

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pro Nummer 1.10 Mk.
Wochenblatt 2.50 Mk. monatlich 1.10 Mk.
niedriglich 20 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interfions-Gebühr
beträgt für die festgesetzte Kolonelle
oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gewerkschaftliche
Bericht- und Berichtigungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Donnerstag, den 16. August 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Papst des Geldsackes.

Der Merkantilismus ist eine Massenerscheinung eigener Art. Je reaktionärer sein Tun, um so radikaler meist seine Phrasen und sein Gebahren. In Deutschland kann man dies in auffälligster Weise beobachten und andertwärts ist es ebenso. Es resultiert das nicht aus bloßer Charakterlosigkeit und Jungendfrescherei, sondern liegt im Wesen des Merkantilismus. Als Religion verschiedener und einander entgegengesetzter Gesellschaftsklassen ruht das Merkantile Christentum auf einem Kompromiß; aus proletarischen Anfängen und proletarischer Denkweise ursprünglich erwachsen, nahm es die herrschenden Klassen und ihre Denkweise in sich auf. Dieser Gegensatz ist nie ganz verwunden worden und klingt noch heute in der Merkantilen Ideologie und ihren Antinomien nach, die dem Aufstehenden als Widersprüche erscheinen und es im tiefsten Wesen auch sind. Gerade dieser Umstand aber ermöglicht es dem Merkantilismus, sich mit der bekannten Geschmeidigkeit allen Lagen anzupassen, von der vorzüglichsten Opposition sich im Handumdrehen zur entschiedensten Reaktion durchzumauern. So lange die Klassengesellschaft währt, hat eine solche Ideologie viele Vorteile; sie läßt jede Dreh- und Wende- und Windfahnenpolitik zu. Je mehr aber die Klassengesellschaft sich ihrem Ende nähert, um so mehr müssen mit dem wachsenden Klassengegensatz die Teile der Merkantilen Ideologie auseinanderfallen. Die Klassensecheidung im Merkantilismus vollzieht sich denn auch in wachsendem Maße im Widerstreit seiner Antinomien; er ist der Ausdruck der fortschreitenden Zersetzung. Es ist nur eine notwendige Folge und Begleiterscheinung dieses Prozesses, wenn das Papsttum mehr und mehr eine Politik der Besitzenden sans phrase treibt, wenn es sich sogar in Italien zum Verfechter der bürgerlichen Ordnung aufwirft und jede erstere Kritik der bestehenden Gesellschaft, des liberalen Freiheitsglaubens, jedes Antastes der kapitalistischen Wirtschaft verfehmt, wenn es vor dem blutigen russischen Bankrotteur auf dem Bauch rutscht, wenn es gegen die französische Republik, die eben die Kirche aus der Schule und dem staatlichen Leben hinausgeworfen, nichts unternimmt, und wenn es auf der anderen Seite der christlichen Demokratie, dem christlichen Sozialismus, die sich auf die niederen Volksschichten stützen möchten, mit allen Mitteln den Garau zu machen sucht. Dazu tritt noch ein anderes. Einst kämpfte die Kirche gegen das kapitalistische System, weil ihre wirtschaftliche Grundlage der Feudalismus war. Heute tritt sie für den Kapitalismus ein, weil sie sich in ihm eingelebt, in ihm eine sehr solide Basis gefunden hat. Und diese Basis wird für sie von ständig wachsender Bedeutung. Die auf die Dauer allerwärts unabwiesliche Trennung von Kirche und Staat läßt für sie ganz beträchtliche Geldquellen verfließen. Die Kirchen und vor allem die Klöster sind jedoch vielfach Großfabrikanten mit ausgedehnten Liegenschaften und bedeutenden wachsenden Kapitalien. Hier besitzt die Kirche die Garantie ihres Daseins in der Zukunft. Fällt die Klassengesellschaft, so fällt auch die wirtschaftliche Basis der Kirche. So wird die Kirche immer lebhafter an dem Bestande jener interessiert, zu einem um so hartnäckigeren Verteidiger des Kapitalismus, je energischer gegen sie selbst die Konsequenzen des kapitalistischen Systems in der Trennung von Kirche und Staat gezogen werden. Wiewohl sich zunächst auf italienische Verhältnisse beziehend, hat die letzte Enzyklika Pius X. gegen die Christlich-sozialen Italiens und ihren Führer Murri allerwärts großes Aufsehen erregt. Und mit Recht. Es ist bekannt, daß Pius X. die Beteiligung der italienischen Katholiken am politischen Leben dringend gewünscht hat. Die Merkantile Wahlbewegung wurde vom Vatikan nach Kräften unterstützt. Ihm steht ein italienisches Zentrum vor Augen. Aber ein solches ist nicht möglich unter Bedingungen, wie sie das deutsche Zentrum schufen. Hier entstand es als Verfechter kirchlicher Interessen gegen das kapitalistische System, und damit war die Gefolgschaft der Massen gegeben. Später als das Einschwenken in die Interessen des Kapitalismus einsetzte und die Merkantile der Marschroute folgte, weil ihr Interesse am Kapitalismus gewachsen, war in dem Kampf von zwei Jahrzehnten die politische Partei fest gefügt. In Italien aber ist eine aus den Massen wachsende Merkantile Partei nur möglich unter Betonung sozialer und demokratischer Tendenzen, d. h. im Widerspruch zur kapitalistischen Ordnung, einem Widerspruch, den die Kirche aus den angebotenen Gründen nicht akzeptieren kann. Von ihrem Standpunkt ist es nicht nur konsequent, sondern Lebensinteresse, daß die Parteigründung sich im Anschluß an die ausgesprochen reaktionären Elemente des italienischen Katholizismus, an Adel und Großbourgeoisie vollzieht, d. h. im Anschluß an dieselben Elemente, die im deutschen Zentrum heute das Septer führen.

Eine solche bürgerlich kirchliche Partei kann neben sich keine selbständige, demokratisch-soziale Gruppe brauchen. Will sie der Volksmassen sicher sein, so gilt es vor allem, die Merkantile selber in ihren Vorn zu zwingen. Daher die Säuberung des Merus, die die Enzyklika den Bischöfen zu Pflicht macht. In der Erziehung der Merkantilen soll die größte Sorgfalt walten, bei der Auswahl der zu Weihenenden mit größter Vorsicht zu Werke gegangen werden. Zweifelhafte Elemente, solche ohne Disziplin, von geistigem Stolz und

ähnlichen üblen Eigenschaften seien unbedingt abzuweisen, keiner zuzulassen, der nicht auf Herz und Nieren geprüft. Kein Geistlicher darf ohne vorgängige Erlaubnis des Bischofs eine Zeile veröffentlichen, mag es sich um was immer für Gegenstände handeln. Die Gründung von Vereinen ist ohne bischöfliche Genehmigung nicht statthaft, ebensowenig das Halten von Vorträgen über populäre Tätigkeit oder irgend sonstige Dinge. Der wahren christlichen Liebe zuwider sei eine Sprache, die im Volke Abneigung gegen die höheren Stände erwecken könne; weiter sei in katholischen Schriften alles zu verwerfen, was nach ungesundem Neuerungen strebt, den frommen Glauben verspottet und auf neue Richtungen des christlichen Lebens, Neuordnung der Kirche, neue Bestrebungen des modernen Geistes, neue soziale Aufgaben des Merus, neue christliche Kultur u. dergl. anspielt. Wie man sieht, versteckt sich hinter der Reform der Kirchenzucht, deren Notwendigkeit Pius X. seit seiner ersten Enzyklika wiederholt betonte, ein sehr weitgehendes reaktionäres Programm, das den einzelnen Merkantilen bedingungslos dem bürgerlich aristokratischen Element in der Kirche, den Bischöfen ausliefert, das jede Tätigkeit des Merus anders als im bürgerlich-kapitalistischen Sinne zurückweist. Damit stimmt überein, wenn der Papst den Bischöfen das Recht nimmt, weitere Klosterniederlassungen zu gestatten. Je lebhafter die Kirche am Bestande der kapitalistischen Gesellschaft interessiert ist, um so nachdrücklicher wird das Papsttum auf die Klöster die Hand legen und die den Bischöfen übertragenen Rechte zurückziehen. Die Kirchenpolitik Pius X. ist ausgesprochene bürgerliche Klassenpolitik. Das tritt immer handgreiflicher zutage.

Eine soeben von Merkantiler Seite erschienene Broschüre nennt Murri einen Vahnbrecher. Er sei von der Art der Geschöpfe, die durchschlagen. Was das junge katholische Italien denke, das sage er: „Als Politiker bedeutet Murri die Lösung des katholischen Italien von den Parteien der Rechten, die Betonung der großen proletarischen Interessen der Halbinsel, die Einschaltung dieser Demokratie in die Welt des Christentums, die neue Wackelkantung der Kirche im Bunde mit den dem Sozialismus unweigerlich verfallenen Bewegungen der Linken. ... In der Entwicklung des Kampfes ist Murri seit der Vertretung direkter Forderungen gegenüber dem wachsenden Widerstand der Kurie immer mehr zur Verfechterin prinzipieller politischer Grundlagen übergegangen, vor allem durch die Forderung einer freien politischen Tätigkeit der italienischen Katholiken, unabhängig von kirchlicher Direktive. Grundfählicher Zentrumsstandpunkt in der Septematsfrage.“ Die Worte, die von einem genauen Kenner der Strömungen des italienischen Merkantilismus stammen, schildern den „jungen Priester der Marken“ richtig. Aber sie zeigen auch das Utopistische seiner Bestrebungen. Eine Merkantile Parteigründung war vor dreißig Jahren auf dieser Grundlage bei schlummernden Klassengegensätzen in Deutschland möglich. Heute in der Zeit der Arbeitergemeindefest ist es in Italien nicht mehr. Sie würde im eigentlichen Sinne des Wortes nur eine Vorfrucht des Sozialismus sein, diesem noch schneller verfallen als die ihm unweigerlich verfallenen Bewegungen der Linken. Konsequent bekämpft der Papst diese Richtung wie alles, was sich selbstständig auf die Merkantilen Arbeitermassen und das Kleinbürgertum zu stützen versucht. Man hat die päpstliche Aktion gegen die demokratische Nationalliga auf den Umstand zurückzuführen wollen, daß sie das Wort „christlich“ in ihrem Namen gestrichen habe. Armselige Auslegung! Als wenn man in Rom und allerwärts im Merkantilismus nicht eine viel zu energische Realpolitik triebe, um über Worte zu stolpern! Die christlichen Gewerkschaften in Deutschland übersehen das Wort „christlich“ mit „nichtsozialdemokratisch“; man könnte also Heide und Mohammedaner sein; wofür man kein Sozialdemokrat, ist man Christ. Gewiß ein Zeichen, daß man im Merkantilen Lager mit Worten sehr weitherzig ist, sobald man des Kerns der Sache bichter ist. Das Verbot an die Geistlichen, der Liga beizutreten, erfolgte, als sie zur Einberufung eines Kongresses, zur Proklamierung eines Programms, zur Konstituierung einer selbständigen, von den Bischöfen unabhängigen Gruppe schritt. Ihren Anhängern sollte es gestattet sein, sich in sozialistischen Vereinen als Mitglieder aufnehmen zu lassen, um dort eine Gegenpropaganda zu entfalten. Es sollte ferner der Wahlkampf in fünfzig Wahlkreisen vorbereitet werden, wobei man freilich konservative Kandidaturen schwerlich ins Auge faßte. Dabei wurde ausdrücklich in rein religiösen Dingen, also abgesehen vom politischen und sozialen Gebiet, die Unterwerfung unter die kirchlichen Organe anerkannt. Zweifelsohne ein durchaus staatsverhaltendes Programm — und doch ein striktes Verbot der Beteiligung! Jeder Geistliche, der der Liga beiträgt, verfällt der kirchlichen Zensur; der Weltgeistliche soll der kirchlichen Funktionen enthoben, der Ordensgeistliche aus der Genossenschaft ausgestoßen werden. Der Papst will eben eine kirchlich-kapitalistische Politik und Partei, keine unabhängige soziale, und wenn sie belläufig vom lautersten Christentum triefte!

In dieser klaren und unzweideutigen Stellungnahme des Papstes für die Interessen des Geldbeutels, des frommen wie des gottlosen, in der totalen Unterwerfung der Kirchenzucht unter die Idee der kapitalistischen Ordnung liegt die Bedeutung der Vorgänge. Ihre Rückwirkungen auf den italienischen Merkantilismus darf man dabei nicht überschätzen. Die vereinigte Macht der päpstlichen Autorität und der Merkantilen Bourgeoisie ist stark genug, um jedes Selbstständigkeits-

gelüftes Herr zu werden und Herr zu bleiben. Verfangen die Mittel der Kirchenzucht nicht mehr, so bleibt das Anathema, das für jeden, den es trifft, das Wirken im Rahmen der kirchlichen Organisation unmöglich macht, weil es gleichbedeutend mit dem Ausschluß ist. Die kirchliche Judikatur verfährt genau wie die bürgerliche Klassenjustiz. Unwillkommene Bestrebungen stempelt sie zu Verbrechen und unbequeme Opponenten zu Verbrechern. Aber in Fluß geratene Dinge lassen sich nicht stauen, bis sie die in ihnen liegende Dialektik voll entwickelt haben. Indem die Kirche die Interessen des Kapitalismus zur Sache der Religion macht, indem sie sich in Widerspruch stellt zu den Existenzbedingungen des Proletariats, treibt sie dieses zum Bruch mit der geschichtlich übernommenen Ideologie. Auch im katholischen Proletariat wird die Religionslosigkeit zur typischen Erscheinung werden, und diese Entwicklung ist in Deutschland wenigstens weiter gediehen, als mancher sich heute träumen läßt. Darum sind jene Vorgänge und die Entwicklung, die sich in ihnen ausdrückt, von unserem Standpunkte nur zu begrüßen. Wir haben Anlaß, mit Pius X. durchaus zufrieden zu sein. Je klarer und unzweideutiger die bürgerliche Klassenpolitik des „heiligen Stuhles“, um so leichter und schneller werden die Volksmassen über die bisherige Ideologie hinausgedrängt. Die Überwindung des letzteren ist nur möglich und vollzieht sich an der Hand der Verschärfung der Klassengegensätze, die je länger je mehr die Merkantile Ideologie spalten und die Kirche zwingen, immer unverhüllter auf die Seite des kapitalistischen Besitzes zu treten. Damit wirtschaftet die Kirche auch als Kirche, als religiöse Anstalt ab. Ihre Lehrautorität ist aus der fortgesetzten Vermittlung zwischen den streitenden Teilen ihrer Ideologie erwachsen. Ist diese Vermittlung und Veröhnung nicht mehr möglich — und sie ist es nicht mehr am Endpunkte der Klassenentwicklung — so ist die Kirche als ausgesprochene und klar erkannte bürgerliche Klasseneinrichtung im moralischen Urteil der Merkantilen Massen gerichtet. Die moralische Heilsanstalt geht an ihrer kapitalistischen Klassenmoral und Klassenpraxis zugrunde.

Man hat von Pius X. den Vorwurf erhoben, er sei ein Erzreaktionär und lasse von der diplomatischen Konnivenz Leo's XIII. vieles, wenn nicht alles vermissen. Der letztere bejaß allerdings den zweifelhaften Vorzug, seine Ansichten in zweideutige Worte zu kleiden und das Reaktionäre in ein klassisches Latein zu wickeln. In der Frage der sogenannten christlichen Demokratie vertritt jedoch Pius X. durchaus die Ansichten seines Vorgängers. Er vertritt sie nur mit einem despotischeren Einschlag und jener rückwärtslosen Unzweideutigkeit, die ihm die verschärften Klassengegensätze vorschreiben. Die christliche Demokratie soll sich danach völlig und in allen Fragen des öffentlichen Lebens der Leitung der Kirchenoberen unterordnen; die Arbeiterschaft soll ökonomische Forderungen nur in engerster Fühlung mit der Geistlichkeit und in konfessionellen Gruppen vertreten dürfen, d. h. in der Praxis überhaupt nicht. Es ist das jene Idee, die Leo XIII. in dem bekannten Patrone französischer und belgischer Kapitalisten teilweise vorgebildet fand. Nach Deutschland importierte man diese Auffassungen als konfessionelle Arbeitervereine, und als solche haben sie hier noch ihre Organisation. Die deutschen Bischöfe stehen grundsätzlich auf dem gleichen Standpunkte; die preussischen verliehen ihm in dem bekannten Fuldaer Pastorale Ausdruck, das trotz alles gegenteiligen Geredes nie korrigiert und nie zurückgenommen worden ist. Im Zentrum gewinnt diese Richtung mehr und mehr an Boden, und immer größer wird die Feindschaft, immer gespannter die Diskussion zwischen konfessionellen Vereinen und christlichen Gewerkschaften. Wir wissen nicht, ob das Wort von der Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterpartei, das aus der Tagung der christlichen Gewerkschaften in Breslau fiel, ehrlich gemeint war. Wir glauben nicht, daß Ernst dahinter steckt. Es mag ein Köder gewesen sein, der im Einverständnis mit den Zentrumsführern hingeworfen wurde, um gewisse Strömungen in unseren eigenen Reihen zu stärken. Machen die christlichen Arbeiter aber jemals ernst mit einer politischen Parteigründung, so wird auch in Deutschland eintreten, was sich jetzt in Italien in ähnlicher Weise vollzogen hat. Als Arbeiterpartei wird die Logik der Tatsachen sie vom ersten Augenblick anzuweisen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung grundsätzlich anzutasten und in sozialistische Bahnen einzuschwenken. Alles aber, was gegen die bürgerlichen Grundlagen der Gesellschaft verstößt, berührt auf das tiefste auch die Kirche, weil diese ohne eine solche Basis in den wirtschaftlichen Verhältnissen politisch mehr und mehr in der Luft schwebt. Mögen die christlichen Arbeiter sich noch so christlich gebärden, mögen sie ihr Symbolum noch so ernst und lebhaft betonen, der offene Konflikt mit der kirchlichen Obrigkeit wird von diesem Augenblick an unvermeidlich sein.

Die russische Revolution.

In die Arbeiter aller Länder!

Ohne Rücksicht auf das gegebene Wort hat der schon zweimal des Reichs überführte Zar Nikolai II. die Duma aufgelöst, wie einst er die Verfassung Finnlands verweigert hatte. Nachdem er seine Truppen in Petersburg konzentriert und die Volksvertretung auseinandergeprengt hatte, hat er, um Europa auf eine falsche Spur zu leiten, ein Manifest erlassen, darin jedes

Die Ueberproffite der Monopolfirma Wörmann.

Der Abg. Erzberger hatte kürzlich angekündigt, daß er demnächst auch die ständlichen Frachtabschlüsse der Kolonialverwaltung mit der Monopolfirma Wörmann zum Gegenstand seiner Angriffe machen werde; habe diese Firma doch noch größere Profite eingehemst als die Firma Tippelskirch und ihre stillen Teilhaber. Das Verl. Tageblatt gibt nun bereits heute eine eingehende Darstellung des Bombengeschäfts, das der mit der Kolonialverwaltung englierten Firma Wörmann durch ihre unbegreifliche Monopolisierung zugeschanzt worden ist. Es schreibt:

Die Wörmann-Linie berechnet für die Beförderung von Lebensmitteln von Hamburg nach Swalopmund bei einer Reisedauer von 25 Tagen pro Kubikmeter 43 Mark, der Norddeutsche Lloyd dagegen für die 50 Tage in Anspruch nehmende Reise von Hamburg nach Tsingtau nur 37,50 Mark Frachtkosten. Obwohl also die Fahrtdauer noch einmal so lang ist, befördert der Lloyd bedeutend billiger als die Wörmann-Linie. Außerdem gibt der Lloyd der Regierung noch einen Rabatt von 20 Proz. Die Beförderung einer mittelgroßen Kiste Konferven von Hamburg nach Swalopmund kostet beispielsweise 5,30 M. Fracht; von Hamburg nach Tsingtau kostet dieselbe Kiste bei der doppelten Entfernung nur 4,40 M. und der Regierung unter Abrechnung des Rabatts sogar nur noch 3,70 M. Das macht einen Unterschied von 40 Proz. bei der halben Leistung! Rechnet man das pro Jahr zusammen, so kommt man zu ganz ungeheueren Summen. Die Regierung läßt jährlich circa 200 000 Kubikmeter nach Swalopmund befördern. Daran hat die Wörmann-Linie allein einen Uebergewinn von 3 Millionen Mark; denn es ist wohl anzunehmen, daß der Norddeutsche Lloyd die Güter von Hamburg nach Tsingtau nicht ohne Verdienst befördert, sondern noch ein gutes Geschäft dabei macht. Dabei bleibt zu berücksichtigen, daß der Lloyd trotz seines bedeutend niedrigeren Frachttages noch die erheblichen Gebühren für die Passierung des Suezkanals zu bestreiten hat.

Nun hat der mehrfach nicht eben rühmlich genannte Finanzreferent der Kolonialabteilung, Geheimrat Dr. Seiy die in Vergleich zu den Transportkosten des Lloyd ganz unverhältnismäßig hohen Frachttage damit zu verteidigen gesucht, daß der Lloyd ja vom Reich subventioniert werde und deshalb billiger befördern könne. Ein durchaus verkehrter Versuch des Herrn Dr. Seiy, die hohen Sätze der Wörmann-Linie zu rechtfertigen!

Denn trotz der Subventionierung des Lloyd durch das Reich erheben alle deutschen Ozeanlinien, wie zum Beispiel die Hamburg-Amerika-Linie, die Firma Diederichsen und andere dieselben Sätze wie der Lloyd; dabei müssen sie nicht nur auf ihre Kosten kommen, sondern noch verdienen. Der Firma v. Tippelskirch u. Co. in der Potsdamerstraße ist nebenbei bemerkt die Berliner Agentur der Wörmann-Linie und der Ostafrika-Linie übertragen. Die letztgenannte Linie, auf der zurzeit die Reichstagsabgeordneten gratis spazieren fahren, besteht aus fast genau denselben Gesellschaftern wie die Wörmann-Linie und erhält vom Reich eine jährliche Subvention von 1 315 000 Mark. Hiernach sollte man es für selbstverständlich halten, daß die Linie die Güter der Regierung möglichst billig und jedenfalls nicht teurer als für Private befördert. Tatsächlich ist im Reichstage unbesritten zur Sprache gebracht worden, daß die Fracht nach der Stadt Beira in Portugiesisch-Ostafrika, welche etwa 600 Seemeilen weiter liegt als die deutsch-ostafrikanischen Plätze, von der Ostafrika-Linie billiger berechnet wird als nach unserer deutschen Kolonie Ostafrika.

Auch der weitere, seitens des Finanzreferenten Dr. Seiy zugunsten der Wörmann-Linie erhobene Einwand, daß letztere auch deswegen ihre Frachttage höher bemessen müsse als der Lloyd, weil die Wörmann-Linie im Gegenfatz zu dieser Gesellschaft keine Rückfrachten von Swalopmund nach Hamburg habe, ist hinfällig. Denn die Wörmann-Linie könnte ebenso wie die Dampfer der englischen und französischen Westafrikaliniien die Stufenplätze anlaufen, um Frachtgüter auf der Rückreise einzunehmen. Tatsächlich hat sie dies auch bis zum Ausbruch des Aufstandes in Südwestafrika getan. Nach Ausbruch des Aufstandes hat die Wörmann-Linie ihre Schiffe in den meisten Fällen auf dem schnellsten Wege nach Hamburg zurückkehren lassen. Die Gründe der Wörmann-Linie für die in ihrem eigenen Interesse bewirkte Verkehrsänderung sind nämlich folgende gewesen: Der Verdienst aus den Rückfrachten steht in gar keinem Verhältnis zu dem hohen Gewinn für die während des Aufstandes unausgekehrt in Hamburg vorhandenen Hinfrachten. . . .

Uebrigens hat die Wörmann-Linie auch aus der notwendigen Heimkehr ihrer Dampfer den größtmöglichen Vorteil zu ziehen verstanden, indem sie für den Transport von Gütern ab Swalopmund nach Hamburg 50 M. pro Kubikmeter, also 7 M. mehr als für den Hintransport sich bezahlen läßt.

Bezeichnend für die Ueberverteilung der Regierung durch die Wörmann-Linie ist die Tatsache, daß sie für den Transport von Regierungsgütern für die kurze Strecke von Kapstadt nach Lüderichsbucht höhere Kosten berechnet hat, als die Fracht von Hamburg nach Brasilien beträgt. Eine englische Dampfergesellschaft hatte sich erboten, dafür weniger als die Hälfte zu liquidieren. Dieses der Kolonialabteilung — dem Prinzen Odenlohe und dem Finanzreferenten Dr. Seiy — unterbreitete vorteilhafte Angebot, durch das Millionen erspart werden können, hat seitens der zuständigen Behörde keine Berücksichtigung erfahren.

Ebenso hat eine ganze Anzahl Hamburger Reeder sich zum Transport von Regierungsgütern usw. gegen niedrigere Frachttage erboten. Von diesen Offerten hat die Kolonialabteilung bisher keinen Gebrauch gemacht. Es wird im Herbst Aufgabe des Reichstages sein, einen Wandel in der merkwürdigen Auffassung dieser Verwaltung herbeizuführen.

Soweit das Berliner Tageblatt. Die Geschäfte der Firma Wörmann sind damit freilich noch nicht alle aufgezählt. Besondere Würdigung verdienen noch die Viegeegelder, die die Firma Wörmann einstrich, bis Ende Februar d. J. nicht weniger als 1 557 000 M. Ferner: In Lüderichsbucht, einem Hafen, der nach den Aussagen der Kapitäne der Wörmann-Linie selbst viel ruhiger und stiller ist, als der Hafen von Swalopmund, erhielt die Firma Wörmann pro Kubikmeter 12,50 M. Landungsgebühr. In dem ungünstigeren Hafen Swalopmund wurde dagegen nur 8,50 M. Landungsgebühr pro Kubikmeter bezahlt. Wollends enorm erscheint die Landungsgebühr, wenn sie mit den in den englischen Häfen Südafrikas üblichen Sätzen von 5—6, höchstens 7,50 M. pro Kubikmeter verglichen wird!

vollmächtigten Delegierten unserer russischen Genossen oder an das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus.

Rieder mit der Autokratie!
Es lebe der internationale Sozialismus!
Das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Bureaus (Belgien)
Eduard Anseele, Emile Vandervelde,
Camille Huysmans, Sekretär.

Ein Kämpfer in Sibirien!

Aus Rußland erhielt die „Sächsische Arbeiterzeitung“ eine Trauerkunde. Dem Genossen Wallfisch, dem Geschäftsführer unseres Dresdener Parteiorgans, ging folgendes Telegramm zu:
Sende dritte Ausgabe meiner Gewerkschaften und hungernden Rußland an Ich werde nächstens verschickt. Gruf Parvus.

Die Verschickung nach Sibirien wartet auf den Tapieren, der den sicheren Port verließ und sich mutig in die Brandung der Revolution stürzte, um für die Sache zu kämpfen, der er sein Leben gewidmet hat. Das Grab der Lebendigen, die sibirische Einöde, soll ihn aufnehmen, wie so viele andere Tapere, so viele andere Märtyrer der Freiheit.

Einer der Besten, der Treuesten und der Fähigsten ist in die Hände der zarischen Henker gefallen.
Nicht nur die russische Sozialdemokratie verliert ihn! Genosse Parvus hatte sich Heimatsrecht in der deutschen Arbeiterbewegung erkämpft.

Das große Gefängnis in Sibirien soll ihn aufnehmen. Möge der Tag nicht fern sein, da der Sieg der Revolution die Pforten dieses Kerkers öffnet.

Der machtlose Premierminister.

Petersburg, 14. August. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Ministerpräsident Stolypin erklärte einem Vertreter eines hiesigen Blattes, er sei mit den Bedingungen der Nichtbureaukraten für den Eintritt in das Ministerium völlig einverstanden gewesen, doch sei sein Vorgehen von Peterhof aus inhibiert worden.

Doch Septemberwahlen?

Frankfurt a. M., 15. August. Gegenüber dem Dementi der Petersburger Telegraphen-Agentur teilt der Korrespondent der „Frankf. Zig.“ mit, daß er seine Meldung aufrecht erhalte, daß die Wahlen für die neue Duma bereits im September ausgeschrieben werden sollen. Diese Meldung stammt aus zuverlässiger Quelle.

Petersburg, 15. August. (Bureau Herold.) Die Regierung arbeitet ein neues Wahlgesetz aus. In den Städten soll direkt und auf dem flachen Lande durch Wahlmänner gewählt werden.

Petersburg, 15. August. (Bureau Herold.) Der Dumasitzungs-saal im Zarsischen Palais wird derart erweitert, daß 800 Abgeordnete Platz haben.

Die Hungernot.

Petersburg, 14. August. Die Schreden der Hungernot in dem Gouvernement Saratow sind unbeschreiblich. Viele Bauern sterben Hungers. Die große Zahl von Aufrufen an das öffentliche Mitleid bleiben ohne Erfolg. Die Wände von Laura, eines in der Nähe gelegenen Klosters, haben sich mit Revolvern bewaffnet, um die großen Reichthümer des Klosters verteidigen zu können.

Die „schwarze Bande“.

London, 15. August. (Bureau Laffan.) Der Petersburger Korrespondent der „Tribune“ telegraphiert seinem Blatte, eine furchtbare Wendung der Dinge sehe unmittelbar bevor; die Reaktionäre hätten beschlossen, gegen ihre Widersacher dieselbe Waffe zu benutzen, welche diese anwenden, nämlich den politischen Mord. Der Korrespondent erzählt, es sei ein geheimer Aufbruch zur Organisation eines Angriffszuges gegen die demokratischen Führer gebildet worden, und zwar siehe er in Verbindung mit dem Polizeiministerium. Es seien Listen der hervorragenden Führer der konstitutionellen Demokraten und der Arbeiterpartei aufgestellt worden, gegen die vorgegangen werden solle; der ermordete Professor Herzenstein sei das erste Opfer gewesen. Die Nachricht ist nicht unglauwürdig. Indessen werden sich die Revolutionäre zu wehren wissen!

Die Opfer von Kronstadt.

Kronstadt, 14. August. Vor dem Kriegsgericht, das seine Verhandlungen in der Angelegenheit des bewaffneten Aufstandes begonnen, der sich zum Ziel setzte, das Fort Konstantin und die Festung der gesetzlichen Obrigkeit zu entreißen, sind angeklagt 25 Mann Mineure, 1 Sappeur, 3 Artillisten und 18 im Fort verhaftete Zivilisten.

Kronstadt, 14. August. Der frühere Deputierte der Reichsduma Onisko wurde in der Nacht zum 2. August verhaftet; man fand bei ihm eine Skizze der Festung Kronstadt. Onisko wurde in das Militärgefängnis eingeliefert und wird am 16. d. M. vor das hiesige Kriegsgericht gestellt werden.

Unsere Meldung, wonach Onisko gehängt worden sei, ist demnach also falsch gewesen.

Kampf in Lody.

Lody, 15. August. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Heute nachmittag kam es hier zu Unruhen. Im dritten Polizeibezirk wurden zwei Bomben geworfen, durch die ein Gebäude in Flammen geriet. Das herbeigeholte Militär gab verschiedene Salven ab; viele Personen wurden getötet und viele verwundet.

Geldmotten.

Kronstadt, 14. August. Die „Birsk. Wjed.“ meldet: Unter den Verhafteten befinden sich auch weibliche Agitatoren, darunter mehrere Kuristinnen. Vor den Oktoberunruhen in Kronstadt sind viele von ihnen, um Propaganda zu machen, in verrufene Häuser eingetreten. Sie haben sich der „Schande“ in die Arme geworfen, um erfolgreich unter den Unteroffizieren agitieren zu können.

Attentate.

Warschau, 15. August. Heute sind in verschiedenen Straßen Nordostseite gegen Polizeibeamte verübt worden; es sollen 20 Wunden durch Messer und Revolver verursacht sein.

Warschau, 15. August. Hier sind der Polizeimeister Rimowicz und der Landpolizeihauptmann Pietrow ermordet worden.

Eine Drohung.

Petersburg, 14. August. Die Matrosen der Schwarzmeer-Flotte haben an den Marineminister Witlow geschrieben und bitten, von einer Massenhinrichtung ihrer Kameraden in Kronstadt Abstand zu nehmen. Sollte diesem Ansuchen nicht stattgegeben werden, so drohen die Matrosen mit einer allgemeinen Revolte.

Auch eine Untersuchung.

Petersburg, 14. August. (Russ. Korresp.) Die Untersuchung über Djalstol unter Stolypin verläuft nach dem Vorbild der Rischnewer Untersuchung unter Plehwe. Der Verwundete Lunsch erklärte dem Untersuchungsrichter Besiloff, daß er mit schwerer Schädeldwunde den Oberst Schröder auf dem Bahnhof um Schuy hat, dieser jagte ihn mit gezogenem Säbel zu den Verfolgern zurück. Der Untersuchungsrichter verweigerte die Annahme dieser Angabe ins Protokoll. Lunsch ging wegen Nemezar zum Bezirksgericht Grodno. Dagegen wird der jüdische Soldat Guffatsky verfolgt, da seine Vertheidigung bedrohter Ausgeplündeter mit dem Revolver gegen die Hooligans als Bedrohung christlicher Arbeiter qualifiziert wird. Eine hochgestellte Persönlichkeit erklärte, daß Stolypin durch Zurückweisung der Oktoberpartei die Gemäßigten den radikalsten Elementen annäherte. Es sei ein absoluter ministerieller Mißerfolg.

Wohl erste Säge ist. Er beschuldigt die Duma, ungeheuerliche Taten begangen zu haben, nachdem er ihr, zuwider seinem Versprechen vom 30. Oktober, ungeheuerliche Staatsgrundgesetze aufzulegen hat. Er verklagt die Duma der Ohnmacht, nachdem er sie durch Zwangsmittel dazu anhielt, nur eine Rednertribüne zu sein, die wenigstens dazu gebietet hat, die Verbrechen der Bureaukratie zu brandmarken. Er macht ihr Vorwürfe über ihre Untätigkeit, nachdem er sie in die Unmöglichkeit versetzt hatte, auch nur ein einziges parlamentarische Werk durchzuführen zu können.

Der internationale Sozialismus soll keine Zeit für eitle Proteste verwenden. Nur appelliert er um einmal mehr an die Aktionsbereitschaft aller.

Der neue Anschlag des Felden vom 22. Januar hat die sozialistische Partei weder überrascht noch unversehens überfallen. Ihr Geschick mußte die Duma heimsuchen, sobald die Kamarilla der Beamten und der Großfürsten die Ohnmacht der Mehrzahl der Versammlung einzusehen vermochte; und diese befolgte, trotz aller Anstrengungen seitens der sozialdemokratischen und der Arbeitergruppe, eine Taktik, die sie ohnmächtig machen mußte.

Eine geschäftig beschränkte Wahlform, der schamloseste Druck der Behörden bei der Abstimmung, das Volksmißtrauen, welches die wenigen Proletarier, die Zutritt hatten, von den Wählern fernhielt, alles dies hatte eine erkünstelte Majorität geschaffen, die keineswegs dem Willen der Mehrheit des Volkes entsprach. Das Verhalten der Abgeordneten des liberalen Bürgertums nach der Auflösung der Duma ist ein Beweis dafür, daß sie unrecht hatten, sich gegenüber den Machthabern unschlüssig zu zeigen, indem sie mit den dringlichsten Reformen zauderten. Haben sie nicht das Vertrauen der Bauern verloren, indem sie ihnen nur ungenügende Agrarreformen versprochen, deren Annahme der Landbevölkerung den Grund und Boden nicht zurückerstattet hätte? Wurden sie den Arbeitern nicht verächtlich, da sie ihnen die besten Palliative statt der gründlichen Reformen darboten? Haben sie nicht alle die enttäuscht, die in heißer Sehnsucht nach Freiheit streben, da sie keine tatkräftigen Beschlüsse zu fassen trugten, über die Amnestie, die Programs, die Todesstrafe? Und trotz ihrer wiederholten Lokalitätsdeklarationen hatte der Jar für sie nur Verachtung. Bei der Eröffnung der Parlaments verlas er ihnen die Verteidigungsrede seiner Staatsgrundgesetze, und während der ganzen Sitzungsperiode hat er ihnen alles verweigert. Endlich, nachdem sie selbstverschuldet ohne Schutz und ohne Macht waren, wurden sie widerstandslos zerstreut, wie das Herbstlaub vom Winde.

Der Staatszweck Nikolaus' II. wird Folgen haben, die die liberale Bourgeoisie zwingen werden, die Phase der Reden aufzugeben und zwischen dem Absolutismus und der Revolution zu wählen. Nun ist es mit den Kompromissen und Ausflüchten zu Ende. Nach dieser Erfahrung werden auch die unbefangenen Optimisten überzeugt sein müssen, daß es nichts nützt, Gegenstrebungen zum Vergleich bewegen zu wollen. Die Schaffung einer Duma ohne Exekutivmacht konnte die Bureaukratie nicht hindern, das Staatsvermögen zu plündern, die Bauern auszuhungern, gegen die Freiheit der Arbeiter Reaktionen und Anschläge zu organisieren vermittelt der Geldspenden der Bourgeoisie Westeuropas.

Aber mit der Duma ist die Revolution nicht gescheitert. Im Gegenteil tritt sie nun in eine neue, entscheidende Phase. Bevor Nikolaus II. der Parlamentskomodie ein Ende machte, hat er den ökonomischen und finanziellen Ruin seines Reiches vollendet. Er hat in den konservativen Bevölkerungsschichten die Idee des konstitutionellen Parlamentarismus im Reime erstickt. Er hat den Bauern die Augen geöffnet, indem er ihnen deren Grund und Boden verweigerte. Er hat einen Teil der Flotte und der Armee dem Volke zugeführt, das nun auftritt, gruppiert um die sozialistische Fahne, nachdem es die Ohnmacht der liberalen Bourgeoisie konstatiert hat. Wie am ersten Anfang des Zusammenstoßes, so führt auch jetzt in erster Linie das Proletariat den Kampf gegen den Absolutismus. Der Arbeiterbevölkerung der Städte schließen sich nun neben den Bauern, die täglich immer mehr begreifen, daß nur dieses Bündnis ihnen den Grund und Boden geben wird, die Intellektuellen an, die mehr als in irgend einem Lande von unseren Lehren durchdrungen sind. Auch das liberale Bürgertum wird, wenn es nicht zu völliger Ohnmacht verurteilt sein will, in vielen Fällen dem Revolutionsstrome nachgeben müssen.

Von nun an stehen zwei Armeen sich gegenüber, die Armeen des Jaten und die Armeen des Volkes, und zwischen diesen beiden Truppen ist der Zusammenstoß unermesslich. Der Sieg der Revolution wird desto entscheidender sein, desto besser die Revolution ihre Kräfte zu konzentrieren, eine Aktionsseinheit zu realisieren und über reichliche Geldmittel zu verfügen vermog.

Die Revolution, die mit dem Aufstand begann, wird zu passender Zeit durch die Arbeitseinstellung, durch Verweigerung von Militärdienst und Steuerzahlung, durch Beschlagnahme der Güter der Krone, der Kirche und der Gutsherren, durch den bewaffneten Aufstand fortgesetzt werden, unter Mitwirkung der Matrosen und Soldaten, die die sozialistische Propaganda täglich für die neuen Ideen erobert. Die Revolution wird ohne Ruhe und Raft fortzudauern bis an den Tag, wo der Zarismus ohne Truppen, ohne Geld, ohne Kredit, ohne irgend welche Macht dastehen wird, und das Volk endlich Herr seines Geschickes werden wird.

Die Vergangenheit der Sozialisten Rußlands spricht für die Zukunft. Sie werden die Einberufung einer konstituierenden Versammlung erzwängen und ihrer Pflicht gerecht zu werden wissen. An uns ist es, unserer Pflicht gerecht zu werden. Wir können der gemeinsamen Sache mit zweifachem Beistand zu Hilfe kommen: indem wir die Autokratie hindern, sich Geld zu verschaffen, indem wir den russischen Sozialisten Geld schicken.

Die radikale Regierung Frankreichs, die reaktionäre Regierung Deutschlands, die Bourgeoisie aller Länder, haben sich zu Mitschuldigen des Jaren gemacht, indem sie ihm zu hohen Zinsen den Sold für seine Gendarmen, für seine Henker, für seine schwarzen Banden gaben. Laßt uns den Regierungen eindringlich bemerken, daß sie ihrer Dienstgefälligkeit ein Ende zu machen haben! Laßt uns den Besitzenden verstanden, daß die russische Republik von morgen die dem Jaren zu dem Zwecke, den Beistand der Reichsmörderbanden zu erkaufen, kontrahierten Schandschulden nicht zahlen wird! Laßt uns der Sache der Freiheit alle mögliche Hilfe leisten, um aus einer unersöhnlichen Dramen Millionen Menschen zu erlösen! Und wenn gegen jede Erwartung die heilige Alliance der internationalen Reaktion versuchen sollte, in dem Kampfe zu intervenieren, um die revolutionäre Kraftanstrengung zu brechen und die Willkürherrschaft des Zarismus zu retten, so laßt uns auf Maßnahmen bedacht sein, wie am tatkräftigsten den Völkern Rußlands zu helfen ist, die durch diese Lage der Dinge noch enger verbunden, nun keinen Unterschied machen werden zwischen dem schon üblich getroffenen Zarismus und dem ausländischen Eindringling, der sich zuschulden kommen lassen wird, sich gegen die Selbständigkeit einer sich ihrer Rechte bewußt gewordenen Nation zu verschärfen.

Laßt uns also geben und laßt uns großherzig geben! Daß die angehäufte Großen der Armen den Sieg bestimmen!

Die Parole sei: Geld für die Opfer des Zarismus!
Jeder Sozialist, jeder Arbeiter sende seinen Opferbeitrag, sei es an die Zentralorganisation seiner Partei, sei es an die be-

bequemem ausländischen Konkurrenz, sondern man schenkt ihnen skrupellos Monopole und damit Millionen über Millionen zu! —

Wilhelm II. und Eduard VII.

Onkel und Nefte haben sich, nachdem sie sich jahrelang ostentativ gemieden, wieder einmal zusammengefunden. Eduard VII. ist heute in Cronberg angekommen und von Wilhelm II. bereits bei seiner Ankunft durch Handschlag und Kuß begrüßt worden. An der darauf folgenden Frühstückstafel nahmen der Kronprinz von Griechenland und die Großfürstin Michailowitsch teil.

Die deutsche sowohl wie die englische Presse kommentiert die Zusammenkunft ziemlich lebhaft. Man spricht von einer beginnenden Wiederannäherung der beiden Hölse von einer Ueberbrückung der deutsch-englischen Gegensätze. Ingleich orakelt man allerlei über die politische Bedeutung des Besuchs, ohne doch bestimmte Gegenstände einer etwaigen Abmachung zu bezeichnen. Für wahrscheinlich hält man es, daß die Aussprache sich um Englands ägyptische Politik drehen werde; auch hält man eine Erörterung der Lage des Jaren und der Situation in Rußland für nahelegend.

Ein Teil der deutschen Presse zieht bei dieser Gelegenheit allerlei Vergleiche zwischen den Persönlichkeiten und den politischen Erfolgen der beiden nahe verwandten gekrönten Häupter. Eduard VII. wird als der gewandte Weltmann, der alle äußeren konstitutionellen Schranken gewissenhaft respektierende Diplomat geschildert, der — nach einem langen Leben des scheinbar sorglosesten Lebensgenusses — sich über Nacht als bedeutender Staatsmann entpuppt und in der inneren wie der äußeren Politik in kurzer Zeit Bedeutendes erreicht habe. Wilhelm II. dagegen, die von romantischem Selbstbewußtsein getragene Natur, habe trotz aller überschäumenden Tatkraft und aller rücksichtslosen Exponierung seiner Persönlichkeit so manchen Mißerfolg und Fehlschlag seiner Hoffnungen erleben müssen. Dem Nefen wird dergestalt der Rhein indirekt als Muster vorgehalten.

Die deutsche Sozialdemokratie braucht sich über dies höfmeisterliche Problem glücklicherweise nicht den Kopf zu zerbrechen. Ihr erscheint das Auftreten und die Wirksamkeit eines Monarchen weniger in dem Temperament und Naturell desselben begründet, als in den gesamten politischen Umständen des jeweiligen Landes heraus erklärlich. Die herrschende Klasse jedes Landes hat das Oberhaupt, das sie verdient, das ihren Interessen entspricht. So ist auch die Persönlichkeit Wilhelms II. aus den preussisch-deutschen Verhältnissen heraus erwachsen. Und daß Wilhelm II. nicht als scheinbar partei- und temperamentsloser Schemen über den Wasser schwimmt, sondern sich als Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft, als Mensch von impulsiver Einseitigkeit gibt, hat die Sozialdemokratie zu allererst zu bewahren. Auch weigen wir ja keineswegs der Auffassung zu, daß ein temperamentsvoller Herrscher nach persönlichem Belieben auswärtige Politik machen, internationale Konflikte schürzen oder lösen könne. Das allbeherrschende kapitalistische Interesse beherrscht auch die auswärtige Politik — das hat gerade wieder der Marokkonflikt bewiesen.

Deshalb halten wir auch im Falle der Cronberger Zusammenkunft alle gewagten Konjekturen über die dort erörterten Fragen und gefassten Beschlüsse für überflüssig. Es dürften dort ebenso wenig weltpolitische Abmachungen von größerer Tragweite getroffen werden, wie schwerwiegende Vereinbarungen in Sachen der russischen Revolution. Deutschland würde Englands ägyptischer Politik auch ohne den Cronberger Besuch keine Knüppel zwischen die Beine geworfen haben, und der Verlauf der russischen Revolution wird sich erst recht nicht von den Hoffnungen oder Befürchtungen der beiden Monarchen beeinflussen lassen. —

Deutsches Reich.

Pod forcht sich nit!

In der Angelegenheit von Lippelskirch-Fischer steht nach der „N. G. A.“ die Vernehmung des Landwirtschaftsministers v. Podbielski unmittelbar bevor. Die genannte Korrespondenz bemerkt dazu weiter:

Herrn v. Podbielski wird ohne Zweifel die Gelegenheit nur willkommen sein, vor dem Untersuchungsrichter nachweisen zu können, daß er nichts von den pekuniären Beziehungen zwischen dem Major und der Firma, deren eigentlicher Leiter er war, gewußt hat. Wie man hört, befindet sich Herr v. Podbielski selbst in zuverlässigster Stimmung, und in den Kreisen, die für unterrichtet gelten können, erzählt man sich, daß er dem festen Vertrauen Ausdruck verliehen hat, an der maßgebenden Stelle, nämlich beim Kaiser, ohne Schwierigkeit sein launenhaftes Verhältnis zu der Kolonialfirma zu rechtfertigen. Herr v. Podbielski hofft, für seinen ausgeprägten Geschäftssinn bei dem so modern empfindenden Monarchen, der den Verkehr mit weitblickenden Geschäftsleuten von der Art des Herrn Vallin liebt, volles Verständnis zu finden. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß der Minister in dieser Richtung bereits einleitende Schritte getan hat, um sich den Besitz seines Ministerportefeuilles auch über den Abschluß des Fischerischen Prozesses hinaus zu sichern. Ein ungeschriebenes, aber um so strenger befolgtes Gesetz will es, daß jedes Mitglied des preussischen Staatsministeriums, dessen Name, wenn auch nur zu Unrecht, in Verbindung mit irgendeiner kompromittierenden Angelegenheit genannt wurde, es als seine Pflicht erachtet, seinen Vorgesetzten, den Ministerpräsidenten, und seine Kollegen, die übrigen Minister, in entsprechender Weise aufzuklären. Dies pflegt in schriftlicher Form zu geschehen. Sehr interessant wäre es zu erfahren, ob sich Herr v. Podbielski inzwischen in dieser Weise geäußert hat, nachdem nun bereits seit mehreren Wochen seine Person den Mittelpunkt einer so unerquicklichen Affäre bildet.

Nach Lage der Dinge und bei den in Preußen herrschenden dreiviertel absolutistischen Zuständen, nicht zum mindesten auch bei der Feigheit unserer im Ernst jedesmal zusammenklappenden bürgerlichen Opposition sind allerdings auch wir der Ueberzeugung, daß Pod alle Veranlassung hat, in „zuverlässiger Stimmung“ der kommenden Dinge zu harren! —

80 Prozent Wasserprovision!

Von einem Lieferanten der Firma Lippelskirch erhält die „N. G. A.“ Nachricht von folgender interessanter Manipulation, wie die Monopolfirma, die stets lange im voraus von einem eintretenden Waffen- oder Truppentransport Kenntnis hatte, ihre festen Abnehmer bediente: Vor längerer Zeit erhielt ein Lederverwerksfabrikant eine mit „Tip-Top“ unterzeichnete telegraphische Anfrage, in welcher Zeit er 600 Armeesättel in Preße von je 50 Mark liefern könne. Die Sättel wurden geliefert und fanden prompte Abnahme bei der Kolonial- oder Schutztruppenverwaltung zum Preise von 90 Mark, d. h. also, die Monopolfirma lieferte nicht einmal eigenes Fabrikat und strich für die Vermittlung 80 Prozent Wasserprovision ein. Bis jetzt sollen überhaupt für unsere Kolonialtruppen in Afrika und Asien 60 000 Stück Sättel geliefert worden sein. —

Die Enttäuschung der Ständeläpferer.

Die „National-Zeitung“, die vor einigen Tagen so brünstig die Gewerkschaften umworben, ist natürlich über die sachliche Art unserer Auseinandersetzung über das Gewerkschaftsprotokoll erbittert. Sie rücht sich für ihre Enttäuschung, daß die Partei ihr und ihren Gesinnungsgenossen zuliebe kein Ständeläpferer anstellt, durch allerlei Blößen,

die ebensobiel verbissene But wie horrenden Stumpfsinn verraten. So meint sie, der zweite „Vorwärts“-Artikel verrate die beglückende „Rauferung der Radikalen“.

„Dem auch die „Leipz. Volksztg.“ beginnt heute eine gerade im Mehring-Blatte, das sonst den „Sauerdenton“ in Reinkultur pflegt, urförmlich wirkende, fählige Umwinelung der Gewerkschaften. Das Leipziger ultraradikale Blatt hat ganz die Kotzfaßel vergessen, mit denen es die Gewerkschaften und einige ihm besonders ans Herz gewachsene Führer (Mehring usw.) bedacht hat, und es gebärdet sich als das gewerkschaftsfeindlichste Blatt von der Welt. Der „Vorwärts“ ist sogar so gütig, den Gewerkschaften das Recht zu einer von der Partei abweichenden Auffassung zu konzessieren.“

Also die Radikalen beginnen nach der „National-Ztg.“ ihren Standpunkt preiszugeben!

Dann aber erweist sich das Blatt darüber, daß wir den Gewerkschaften zumutein, dem Jenaer Massenstreikbeschuß zuzustimmen:

„In verständiges Alltagsdeutsch übersetzt, heißt das nichts anderes als: Der Stärkere hat nachzugeben! Nun redet das Sprichwort ja zwar von Klägern, der nachgibt; aber der Kampf um politischen Einfluß hat dieses Sprichwort noch stets im Umgekehrten gesetzt. Und so werden auch wohl in dem Streit um das Massenstreikproblem die Kläger, die Gewerkschaften also, — denen übrigens damit im Vergleich mit dem „Vorwärts“ keineswegs ein Kompliment gemacht werden soll — zugleich die Stärkeren sein.“

Also: die Radikalen mausern sich und beweisen das damit, daß sie die Gewerkschaften zur Nachgiebigkeit zu veranlassen suchen!

Um den blühenden Widsinn würdig zu übergepfeln, wird dann schließlich noch Weibel nachgesagt, daß er sich seit Jena fortgesetzt gemauert habe! Alle unsere Nachweise des wirklichen Inhalts der Jenaer Resolution und der ganzen Massenstreikdebatte werden glatt unterschlagen!

All diese fahrigten, sich in den tollsten Widersprüchen überschlagenden Wutergüsse unserer lieben Gegner sollten unsere Genossen doppelt von der Nützlichkeit der Taktik überzeugen, durch ruhigen sachlichen Antrag solcher Konstellate die gegnerische Prehementum um den ersehnten Genuß eines Parteistandals zu bringen! —

Die kundigen Thebaner der Sonnemannstrasse.

Auch die „Frankfurter Ztg.“ beginnt über das Protokoll der Gewerkschaftskonferenz und den darüber beginnenden Meinungsaustausch zu philosophieren. Sie urteilt weniger täppisch als die Schornacherpresse, aber sie vertritt doch allzu undorfsichtig ihre innersten Herzenswünsche, wenn sie schreibt:

Die Zeit aber ist ein für allemal vorbei, wo Parteiführer und Gewerkschaftsleiter im Stillen hartnäckig um die Macht rangen und dann nach außen hin bombastisch verkündeten: Partei und Gewerkschaften sind eins! Es ist auch nicht anzunehmen, daß der „gewerkschaftliche Revisionismus“ etwa das Schicksal des theoretischen Revisionismus teilen werde. Die revisionistischen Theoretiker waren deshalb in besonders schwieriger Lage, weil sie keine großen Massen hinter sich hatten. So sehr die Arbeiter Jahrzehnte hindurch mit marxistischen Theorien gefüttert worden sind, so sind ihnen im Grunde doch alle diese Doktrinen gleichgültig geblieben und sie mußten ihnen gleichgültig bleiben, weil sie von den Arbeitern im Grunde naturgemäß gar nicht verstanden werden konnten. Der gewerkschaftliche Revisionismus pocht die Sache von einem ganz anderen Ende an. Er sagt: Theorie hin, Theorie her, wir ändern die Praxis, und wenn die Parteitheorie sich damit nicht abfindet, dann schaffen wir eine aus den gewerkschaftlichen Erfahrungen sich ergebende „gewerkschaftliche Theorie“. Die Gewerkschaften geben also von der Praxis aus, und für praktische Fragen kann man den Massen schon Verständnis beibringen. Das ist es, was die Gewerkschaften der Partei so gefährlich macht: sie haben geschlossen, über das ganze Reich verbreitete und zum großen Teil stramm disziplinierte Organisationen hinter sich; entlich stehen sie sich einmal ernsthaft, diese Organisationen gegen die Partei auszuspielen, dann ist die Partei der schwächeren Teil. Darum konnte der kluge Herr v. Ein auf der Konferenz mit einer gewissen Berechtigung von den Quertreibern in der Partei sagen: „Wenn die Gewerkschaftsmitglieder sich mehr um die Partei kümmern würden, dann würde diese Richtung auf einem einzigen Parteitag einfach hinweggefegt werden.“ Diesen Machtverhältnissen kann sich die Parteilung nicht verschließen. Sie hat ja eben erst in der Massenstreikfrage bewiesen, daß sie auch zurück zuweichen versteht. Welches ihre eigentlichen Gedanken bei der Veröffentlichung des Protokolls waren und welche Absichten sie für den Mannheimer Parteitag hat, ist noch unklar. Sie wird vielleicht versuchen, die Massen auf ihre Seite zu ziehen und die „Parteiarmee“, an die Weibel schon in Dresden appellierte, gegen die Gewerkschaften zu revolutionieren. Auf die Dauer aber haben die Gewerkschaftsführer doch die realeren Machtmittel, und nach ihrem jetzigen Auftreten ist nicht daran zu zweifeln, daß sie diese benutzen werden, um, vielleicht langsam, aber sicher, gegen die Partei an Terrain zu gewinnen.

Herrn Raumanns Aktien beginnen also an der Frankfurter Börse zu steigen. Dieser trägerischen Haufe der Raunerungs-Spekulanten dürfte bald genug eine arge Baiffe folgen! —

Der humoristische Herr Levisohn.

Die „Germania“ nagelt folgenden Erguß des Chefredakteurs des „Verl. Tagebl.“, des Herrn Levisohn, fest:

„Solcher Verringerung des Prestige sind auch die Kolonialskandale, an denen wir jetzt laborieren, nur zu sehr geeignet, erklecklichen Vorschub zu leisten. Man beachte wohl, daß Vorgänge, wie sie in betreff Jostes v. Pattamer, des Gouverneurs Horn, der Herren Fischer, Lippelskirch und Genossen an die große Glocke gehängt wurden, in allen übrigen kolonialpolitisch tätigen Nationen keineswegs zu den Seltenheiten oder Ungehörigkeiten gehört haben. Es wurde überall mit demselben schlechten Wasser gelodet, das jetzt bei uns mit so wenig gutem Geruch überlaufen ist. Aber die Engländer, Franzosen, Italiener, Spanier und die Nordamerikaner haben es fast immer verstanden, ihre schmutzige Wäsche innerhalb der Familie auszulegen. Wertwürdigerweise ist es in Deutschland gerade jene Partei, welche von solcher Familienbehandlung nichts wissen will, die seit ihrem Siege im Kulturkampf sich als den reinsten Reichs- und Vaterlandsfreund aufzuspielen pflegt. Und so werden die Klerikalen der Zentrumspartei Tag für Tag neuen Handstreich in die glimmende Korruptionsglut. Die Tatsache, daß wir dadurch zum Gespött der übrigen Völker herabstinken, scheint die Herren vom Zentrum wenig anzusehen.“

Mit Recht entgegen die „Germania“, daß gerade das Blatt des Herrn Levisohn im öffentlichen Aussehen der schmutzigen Wäsche der letzten Kolonialskandale den größten Eifer entwickelt habe!

Dennoch darf man den kuriosen Fall nicht einfach so auffassen, als ob der Herr Chefredakteur und berüchtigte Wochenbesucher sein eigenes Blatt in den letzten Wochen nicht gelesen habe. Aus Herrn Levisohns Klage spricht vielmehr der liberale Politiker, der Gesinnungsgenosse jenes gleichfalls freisinnigen Hamburger Kollegen, der da kürzlich erklärte, mit bloßer Moral läme man keine Kolonialpolitik betreiben. Herrn Levisohns Jammern über das öffentliche Breittreten der doch unausbleiblichen Kolonialskandale entspricht also ganz den wirklichen politischen Auffassungen des Woffe-Blattes.

Daß das Woffe-Blatt sich andererseits keinen dieser Ständeläpferer entgegen läßt, ihn vielmehr mit der „Germania“ um die Wette aus-

schlachtet, hat freilich nicht minder seinen tiefen Sinn. Ein liberales Zeitungsunternehmen ist ja in erster Linie des Geldverdienen wegen da — und da darf es sich durch die Rücksichten auf die Politik nicht abhalten lassen, der Lieben Konkurrenz wegen jede Sensationsaffäre nach allen Chikanen auszuschlachten.

So kommt es denn, daß Herr Levisohn in seiner Wochenblatt die journalistischen Praktiken verdammt, die sein eigenes Blatt seit Wochen tagtäglich ausübt! Die Profitmacherei des Verlegers und das liberale Gewissen des braven Chefredakteurs kommen so gleichmäßig zu ihrem Rechte! —

Neue Ausichten in Deutsch-Ostafrika.

Berlin, 15. August. Nach einem Telegramm des Gouverneurs aus Dar es Salam vom 15. August meldet der Major Johannes, daß in Upangwa (Landchaft im Nordosten des Nyassa-Sees) nur ein Kleinkrieg zu erwarten und daß kein Grund zu Besorgungen vorhanden sei; er beläßt dort demnach den Hauptmann v. Kleist und kehrt selbst nach Dar es Salam zurück. Hauptmann v. Schönberg meldet neue Ansammlungen von Aufständischen am Ruhesti und Lihwera südwestlich von Livala. Rückkehrende Offiziere haben die Vermutung ausgesprochen, daß der Kleinkrieg im Süden des Schutzgebietes noch ein Jahr dauern könne.

Das wird ein hübsches Stück Geld kosten! —

Ausland.

Schweiz.

Die Ausweisung des Genossen Hauth aus dem Kanton Zürich.

Zürich, 14. August. (Fig. Ver.) Die Ausweisung unseres Genossen Emil Hauth wegen seiner Tätigkeit als Redakteur des „Volkrecht“ ist nun doch zur traurigen Wahrheit geworden. Die demokratischen Regierungsräte haben in brüderlicher Eintracht mit ihren liberalen Kollegen den Gewaltstreik vollzogen und sich so als die willigen Handlanger des scharf-macherisch-reaktionären Züricher Bürgerverbandes bewährt. In Rücksicht auf die ohnehin tiefe Erregung in den Arbeiterkreisen, die nun seit Wochen anhält und angesichts der allgemeinen Beliebtheit unseres Genossen Hauth, hätte man einen Augenblick erwarten dürfen, daß die Regierung aus Staatsklugheit die Ausweisung unseres Genossen unterlassen würde, da die Maßregel als eine starke Provokation wirken mußte. Mit den Scharfmachern im Rücken, mit den Dragoner-Kolaten und der Infanterie, mit der schließenden Finte und dem laudenden Säbel zur Seite fühlten sich die 6 bürgerlichen Mitglieder der Züricher Regierung — das 7. Mitglied, unser Genosse Ernst, hat die Ausweisung Hauths selbstverständlich aber leider vergebens belämpft — jedoch als die „starken Männer“, die sich gegen die Arbeiter, gegen die sozialdemokratische Partei alles erlauben dürfen. Zum nicht kleinsten Teil ist die Ausweisung niedere persönliche Rache der sechs Minister an unserem Genossen Hauth für die im „Volkrecht“ von ihm an der Regierung geübte Kritik, und sodann sollte er auch als sogenannter „intellektueller Urheber“ der Kämpfe in Zürich bestraft werden. Den an der Spitze stehenden schweizerischen Genossen kann man nichts oder nicht viel anhaben, und darum muß den Ausländer die ganze Wut einer aus Rand und Band geratenen Bourgeois-Regierung treffen. Vor 40, 50, 60 und 70 Jahren waren die herbortragendsten Führer und geistigen Inspiratoren des gegen das Patriziatum und die Oligarchie kämpfenden und aufstrebenden Bürgertums Ausländer, deutsche Flüchtlinge, die ja zum Teil ebenfalls verfolgt und bedrückt wurden; wenn es nun aber nachkommen jener bürgerlichen Freiheitskämpfer heute ebenso mit den ausländischen Freunden der schweizerischen Arbeiterschaft machen, so handelt es sich dabei nicht um die gleiche, sondern um eine viel größere Schmach und Schande, als jene der herrschenden Konfessionen vor einem halben Jahrhundert war. Die Rache an dem „intellektuellen Urheber“ hat vor 13 Jahren ebenfalls ein Opfer aus unseren Reihen gefordert. Wegen des sogenannten „Käfigturm-Krawalls“ in Bern im Jahre 1893 war unser Genosse Arbeitersekretär Dr. Waffelich zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden, und er wäre natürlich auch ausgewiesen worden, würde er nicht Schweizer Bürger gewesen sein. Unseren Genossen Hauth konnte man auch beim besten Willen nicht strafgerichtlich verfolgen und einsperren, so benutzt man den Umstand, daß er Ausländer ist, um durch seine Ausweisung persönliche und Klassenrache an ihm zu nehmen. Schmachvoll ist aber seine Ausweisung auch noch aus dem weiteren Grunde, weil die Frau unseres Genossen eine Schweizerin ist und sie also von den herrschenden Sozial- und Prozent-Patrioten brutal aus dem Vaterlande hinausgejagt wird.

Was den Effekt der Ausweisung unseres Genossen Hauth betrifft, so ist er nur ein Schlag ins Wasser. Er kann in Basel oder St. Gallen oder Bern ebensofort als Mitarbeiter und Korrespondent für das „Volkrecht“ tätig sein, wie er es bisher als Mitredakteur in Zürich war. Die schriftstellerische und journalistische Tätigkeit ist ja glücklicherweise nicht an einen bestimmten Ort gebunden.

Die Züricher Arbeiterschaft wird und muß auch diesen brutalen Schlag der freien Reaktion überwinden, aus dem hoffentlich für unsere Bewegung neue Kraft entspringt. Dem Genossen Hauth wird die Arbeiterschaft unvergängliche Liebe und Dankbarkeit bewahren.

Die Volkswahl der Regierung in Neuenburg.

Neuenburg, 14. August. (Fig. Ver.) Die Volkswahl der Regierung im Kanton Neuenburg ist am Sonntag bei äußerst schwacher Beteiligung der Stimmberechtigten mit 2020 gegen 604 Stimmen beschlossen worden. Es bleiben von den 23 schweizerischen Kantonen nur noch die Kantone Freiburg, Bascht und Valais, in denen das kantonale Parlament die Regierung wählt.

Norwegen.

Der erste Sozialdemokrat gewählt. Am Montag fand Stortingswahl in Stavangers Amt, Nord Trondhjems Amt und in der Stadt Trondhjem statt.

In Trondhjem selbst, das im alten Storting durch einen Linken und drei Sammlungsparteiler vertreten war, siegte in einem Kreise der Sozialdemokrat, Redakteur Wuen, mit 688 Stimmen über den Sammlungskandidaten, der 129 Stimmen erhielt. In den drei anderen Stadtkreisen wurden die Sammlungsparteiler gewählt.

In Stavangers Amt, das im alten Storting durch fünf Moderats vertreten war, wurden ein Linksmann, ein regierungsfreundlicher Linksmann und zwei Moderats gewählt; in einem Kreise wird Stichwahl stattfinden. In Nord Trondhjems Amt, das bisher durch die Linkspartei vertreten war, ist ein Linksmann gewählt und in den übrigen drei Kreisen wird Stichwahl entscheiden. —

Italien.

Die Bewegung unter den Gefängniswärtern, die in Mailand ihren Anfang nahm, breitet sich immer mehr aus; auch die Angehörigen der Gefängnisse von Turin, Florenz, Rom usw. haben sich der Bewegung angeschlossen und Eingaben an den Minister gerichtet. Die Bewegung ging von Mailand aus, wo schon seit Jahren unter dem Wärterpersonal der dortigen Gefängnisse große Unzufriedenheit herrschte, die auch dann nicht aus der Welt geschafft wurde, als im Jahre 1902 der oberste Gefängnisdirektor die famose Verordnung erließ, daß jede Klage des Personals als Unbotmäßigkeit strafbar sei. Die Beamten versuchten nun, sich direkt an das Ministerium und an den König zu wenden, aber es war wieder vergeblich. Nun hat sich das Personal der Mailänder Gefängnisse nach verschiedenen sehr erregten Versammlungen dahin geeinigt, eine Eingabe an das Ministerium des Innern, die von sämtlichen Beteiligten unterzeichnet wurde, zu machen, ohne sich

Wetter im den Erlass von 1902 zu kümmern. Die Wärter verlangen, um ihre schwere Arbeit leichter ertragen zu können und vor allem, um in ihrer sozialen Stellung gehoben zu werden, täglich eine Verlängerung der Freistunden um zwei Stunden; zudem an Stelle des halben Tages, der ihnen alle vierzehn Tage gewährt wird, auch je einen Abend und eine Nacht außerhalb des Gefängnisses zubringen und dabei die Uniform ablegen zu dürfen. Nur in einzelnen Gefängnissen ist der Direktor so human, daß er dem Personal gestattet, die allgemeine verbotene Uniform in den dienstfreien Stunden mit der bürgerlichen Kleidung zu vertauschen. Wie die Beamten, fordern auch die Wärter einen Urlaub von vierzehn Tagen und in dringenden Fällen, bei Krankheit und Tod in der Familie usw. Urlaub bis zu zwei Monaten, wie er auch den Soldaten gewährt wird. Wo es sich um Vergehen von Seiten der Wärter handelt, verlangen sie das Recht, sich zu verteidigen und nicht sich vor der Drohung schwerer Strafen ducken zu müssen, sie wollen wenigstens mit so viel Gerechtigkeit und Menschlichkeit behandelt werden, wie die Gefangenen, die sie bewachen. Erst infolge der Veröffentlichungen in der Presse ließ der Gefängnisdirektor die Vertrauensleute der Wärter zu sich rufen und sie durften ihm nun ihre Beschwerden vorbringen. Er war ungehalten darüber, daß man sich an die Presse gewandt habe, hielt ihnen eine freundliche Ansprache und betonte sie väterlich auf nahe bevorstehende Reformen. Die Angeklagten werden sich damit aber nicht zufrieden geben, sondern die Agitation so lange weiter betreiben, bis ihre beschiedenen Forderungen bewilligt sind. Wie schon oben bemerkt, haben auch die Gefängniswärter von Rom ihre Forderungen aufgestellt. Sie verlangen die Verkürzung der Arbeitszeit auf 12 Stunden täglich und einen Lohn von 33 Cent pro Stunde, einen Ruhetag von 24 Stunden innerhalb vierzehn Tagen und Pensionsberechtigung nach zwanzigjähriger Dienstzeit. Ähnliche Forderungen hat auch das Personal der übrigen Gefängnisse aufgestellt.

Spanien.

Massenelend und Auswanderung. Wie „El Sozialista“ meldet, nimmt die Auswanderung in Spanien ungeheure Dimensionen an. Dem Beispiel von Roada, dessen Einwohner insgesamt nach Argentinien ausgewandert, folgt nun Bejar, wo Arbeitervereinigungen stattfanden, in denen man über eine gemeinsame Auswanderung nach irgend einer amerikanischen Republik beriet, denn: „es bleibt uns kein anderes Mittel, unserm Elend zu entfliehen; alle Witten, Forderungen, Klagen verhallen, da alle die Gewalt, die uns helfen könnten, im Dienste des Kapitalismus stehen und mithelfen, daß wir verhungern, indem wir sie bereichern.“

Bulgarien.

Die Meuterei zu Anghialo. Aus Sofia wird vom 14. August gemeldet: Ein offizielles Communiqué schreibt die Schuld der Ereignisse in Anghialo der herausfordernden Haltung der Griechen zu. Die Zahl der in den Kämpfen Getöteten betrage 7, die der Verletzten sei noch unbekannt; ebenso sei die Zahl der Opfer des Brandes noch nicht festgesetzt, da die meisten Leichen unter den Trümmern begraben seien. — Der Minister des Innern hat sich nach Anghialo begeben.

Gewerkschaftliches.

Die Dame mit der Binde.

Ein Arbeitswilliger in Bayreuth bedrohte einen anderen Arbeiter mit Erstickung. Er erhielt dafür vom dortigen Schöffengericht zwei Tage Gefängnis. — Ein Streikender sagte einem Arbeitswilligen einige geringfügige Beleidigungen. Der Streikende wurde vom nämlichen Gericht (!) zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Elektromonteur! Die Differenzen bei der Firma K e h n e r, Kreuzbergstr. 30, sind beigelegt. Die Kollegen haben am Mittwoch die Arbeit wieder aufgenommen. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Ueber den Stand des Streiks der Steinbildhauer berichtete gestern Abend W e l k e r in einer Branchenversammlung in den Industriefällen, zu der sich namentlich die Streikenden vollzählig eingefunden hatten. Der Streik kann als allgemeiner bezeichnet werden. Am 9. August wurde festgestellt, daß sich in Berlin insgesamt 236 Steinbildhauergehülfen aufstellten. Bei fünf Firmen, die bewilligt haben, arbeiten jetzt zu den neuen Bedingungen 47 Kollegen und im Streik befinden sich noch 183 Kollegen. Mit Arbeitswilligen hat man also so gut wie gar nicht zu rechnen. Es haben sich selbst solche der Bewegung angeschlossen, auf die man nicht rechnete. Mit dem Stand des Streiks kann man völlig zufrieden sein. Geschlossen stehen die Kollegen da. Nach den am Freitag geschickten Verhandlungen — Sonnabend begann der Streik — haben neue Verhandlungen noch nicht wieder stattgefunden. Den Unternehmern ist aber mitgeteilt worden, daß die Gehilfen zu weiteren Verhandlungen bereit seien. Zu betonen ist gegenüber irtüßenden Mitteilungen bürgerlicher Blätter, daß der den Arbeitgebern unterbreitete Arbeitsvertrag in Bezug auf die Entlohnung nichts Neues enthält. Gefordert wird allein an Stelle der bisherigen 7/8-stündigen Arbeitszeit die siebenstündige Arbeitszeit, und zwar aus sanitären Gründen, da bekanntlich die Steinbildhauerei einer der gesundheitschädlichsten Berufe ist. Der Referent ließ sich darüber näher aus. Die folgende Diskussion bewies, daß unter den Ausständigen eine vorzügliche Kampfstimmung herrscht.

Die mitarbeitenden arbeitenden Kollegen, die den Siebenstundentag haben, beschloßen in einer Sonderabstimmung, 10 Proz. ihres Wochenlohnes an die Streikklasse abzuliefern.

Eine neue „Arbeits“-Ordnung für die vereinigten Siemens-Schuckert-Werke hat eine hochgradige Erregung unter den Arbeitern der Firma hervorgerufen. Das Maßwerk der Direktion ließ sich aber auch tatsächlich fast wie eine Gefängnisordnung. In den vielen Paragraphen heißt es mit lieblicher Abwechslung fortwährend: Die Arbeitnehmer sind verpflichtet — ist Meldung zu erstatten — ist verboten — hat sofortige Entlassung zur Folge. Von R e c h t e n der Arbeiter findet sich sozulagen nichts darin. Ueber Veränderungen der Arbeitszeit, Anordnung von Ueberstunden usw. entscheidet die Direktion nach eigenem Ermessen, die Arbeiter haben dabei nicht mitzureden. Zeit der Fall ein, daß jemand innerhalb der Arbeitszeit die Fabrikräume zu verlassen gezwungen ist, so hat er sich vom Meister einen Passierschein resp. eine Durchschlarste — nicht zu fordern, sondern zu erbitten. Einfach rigoros sind die Bestimmungen über die Schabenerantwort der Arbeiter bei Fehlerarbeiten. Natürlich fehlt auch nicht die schöne Einrichtung der Strafgeißel. Der erste Kühnheitsmaßstabpunkt kommt dann noch in folgendem Passus drastisch zum Ausdruck. Er lautet:

Zusammenkünfte, Beratungen und Versammlungen, das Sammeln von Unterschriften, der Verkauf von Rosen- und Einladungen, die Vornahme von Geldsammlungen wie der Umlauf von Sammelbüchern und Rundschreiben innerhalb des Fabrikgrundstücks ohne Genehmigung der Werkleitung sind verboten.

Politische oder gewerkschaftliche Betätigung irgend welcher Art innerhalb des Fabrikgrundstücks ist untersagt.

Ob diese Bestimmungen auch auf die unter dem Protektorat der Direktion stehende „gelbe Gewerkschaft“ des Werkes Anwendung findet, dürfte allerdings recht zweifelhaft erscheinen. Schon jetzt wird jene Sippigkeit offensichtlich bevorzugt, und die „Genehmigung der Werkleitung“ wird den Selben bei ihrer Agitation ohne weiteres gegeben werden, haben sie doch von vornherein den Segen der Direktion erhalten. Western protestierten nun die Arbeiter und Arbeiterinnen vom Glühlampenwerk in einer Versammlung gegen die Einführung der neuen Arbeitsordnung. Auch die übrigen Werke der Firma dürften demnächst Stellung dazu nehmen.

Der Streik bei der Paketfabrik.

Wie berichtet, bemüht sich der Lokalverein der Speditionen um eine Beilegung des Streiks bei der Paketfabrik. Unter Leitung des Vorsitzenden des Vereins, Kommerzienrat J a r o b, hielt eine Kommission am Mittwoch früh eine vier Stunden lange Sitzung ab. Die Direktion der Paketfabrikgesellschaft hatte versprochen, sich darüber schlüssig zu werden, ob sie in Einigungsverhandlungen eintreten wollte, und zwar unter Zugabe eines Vertreters vom Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter. Die Forderung der Arbeiter, die Verhandlungen durch ihre Organisation resp. deren Vertreter zu führen, macht der Paketfabrikgesellschaft große Kopfschmerzen. Die versprochene Antwort war gestern noch nicht endgültig eingelaufen und heute, Donnerstag vormittag 10 Uhr, tritt die Kommission wieder zusammen und erwartet von der Paketfabrik endlich das geringe Zugeständnis, in Unterhandlungen eintreten zu wollen. Die Vorverhandlungen sind also noch nicht zu Ende geführt, und das Gerücht, daß die Einigungsversuche gescheitert seien, ist zum mindesten verfrüht.

Die Streikenden erhielten gestern ihre erste Streikunterstützung, die vom ersten Tage an geredet wird. In ihrer Versammlung nahmen sie den Situationsbericht mit Ruhe und fester Siegeszuversicht entgegen. Alle sind entschlossen, auszuharren! Viele kleine Berichte zeigten, daß sich die Schwierigkeiten der Gesellschaft häufen, und daß die Streiker durch solidarisches Handeln anderer Arbeiter bei entsprechenden Gelegenheiten unterstützt werden. Streikarbeit wird von jedem Kostgänger zurückgewiesen, und wenn es sofort die Stellung löst. Auf dem Vorstandstisch wurde eine schwere Eisenkugel niedergelegt, die zu der Ausrufung eines A r b e i t s w i l l i g e n gehörte. Die Streikenden wurden gewarnt, sich durch keine Berichte in den bürgerlichen Zeitungen täuschen oder sprechen zu lassen. Ueber den wahren Stand der Verhandlungen werden sie allein unterrichtet durch ihren Verband und durch die Veröffentlichungen im „Vorwärts“.

Zu den gestern erwähnten Firmen, die Streikarbeit leisten, sind noch zwei weitere zu melden, nämlich B ö l k i, Stephanstr. 10, und L ü t z, Grenadierstr. 10.

Die Paketfabrikgesellschaft sendet an ihre Kundschaft folgendes Zirkular:

P. P.

Sie teilen Ihnen ergebenst mit, daß wir den angefügten Drucksachen, Zeitungs- und Warenproben-Bestellbetrieb, infolge der Streikbewegung unter unseren Beamten, leider erst am 23. August 1906 aufnehmen können.

Hochachtungsvoll

Berliner Paketfabrikgesellschaft.

Starke u. Co.

Drucksachenabteilung.

Der Streik wirkt also! Die Hoffnung, welche sich die Drucksachenabteilung für den 23. August macht, dürfte aber zu Wasser werden, wenn die Direktion sich nicht etwa bis dahin mit ihren Angelegten einigt. Oder will der Herr Direktor umfassen: dem Rollwagenport unterzogen werden und, als Schnellläufer die Straßen durchziehend, den Drucksachenbestellbetrieb höchst persönlich übernehmen?

Was in Berlin bisher schief!

Ein Zentralverband der polnischen Gewerkschaften Berlins, der auf polnisch-nationalem, nicht sozialdemokratischem Boden stehen und die polnischen Arbeiter sowohl den sozialdemokratischen als den christlichen Gewerkschaften fernhalten will, ist hier begründet worden. Es gehören ihm die polnischen Vereine der Tischler, Schuhmacher, Schneider, Maurer, Bäcker, Schlächter, Maler, Gärtner, Barbierer und Gewerbetreibenden an.

Der Verband ist offenbar ein Bedürfnis für die Arbeiterbewegung. Eindringlicher als durch seine Gründung kann man die Absurdität der Arbeiterzerstückelung der Arbeiterschaft nicht mehr klar machen, es sei denn, das Proletariat trennte sich zum Gaudium seiner Unterdrücker etwa noch in die Gruppen der Maurer und Nichtmaurer oder der Leinwand und Wäffe. Täten die Arbeiter wirklich nicht besser, die Interessen ihrer Klasse zu wahren, statt für die Bourgeoisie ihrer Religion, Nationalität oder Rasse die Kassen aus dem Feuer zu holen?

Achtung, Schuhmacher! Die Arbeiter der Schuhfabrik von S a f e i n, Reibstr. 30, haben die Arbeit niedergelegt. Wir erjuchen, den Zugang fernzuhalten. Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Tabakarbeiter! Bei der Firma Reinhold T i m a r in französisch-Buchholz sind trotz der schlechten Löhne und teuren Lebensmittelpreise Lohnabzüge gemacht worden. Die organisierten Kollegen legten deshalb dort einmütig die Arbeit nieder. Die Zigarrenfabrik Reinhold Timar ist für jeden Tabakarbeiter gesperrt und Zugang von französisch-Buchholz streng fernzuhalten. Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Hauptstelle Berlin.

Achtung, Textilarbeiter! Die Situation im Teppichwebereistreik bei Broken in Strolau hat sich bis jetzt wenig verändert. Nur ist man eifrig bemüht, Arbeitswillige zu werden, was aber der Firma bis jetzt noch nicht gelungen ist. Auch mögen die Arbeiter darauf achten, daß den ausgestreuten Gerüchten, welche bei derartigen Umständen stets auftauchen, um die Arbeiter kopfschmerz zu machen, kein Glauben beigemessen wird. Wenn man etwa von gewisser Seite glaubt, die Arbeiter würden nicht in der Lage sein, längere Zeit auszuhalten, so wird man sich wohl sehr täuschen, denn die Arbeiter verfügen über Mittel, welche ihnen noch lange Zeit ein Verharren möglich machen. Auch sind im Laufe der Zeit schon eine ganze Anzahl von tüchtigen Arbeitern und Arbeiterinnen anderweitig in Arbeit getreten, was für die Firma nicht vorteilhaft ist, da neue Arbeiter nicht dasselbe zu leisten vermögen, wie ältere dort beschäftigte. Jedemfalls wäre es im Interesse beider Teile zu wünschen, daß die Firma ihren Herrenstandpunkt verläßt, um sich mit ihren eingearbeiteten Leuten auseinanderzusetzen; die Arbeiter sind gern bereit, die Sache in Güte beizulegen. Bis jetzt sind die Arbeiter in froher Kampfstimmung und sind die Aussichten auf den Sieg sehr günstig. Die Streikleitung.

Deutsches Reich.

Zum Friedensschluß im Steindruckgewerbe.

Das Ergebnis der Verhandlungen im Steindruckgewerbe wurde am Dienstag einer öffentlichen Versammlung der Lithographen und Steindrucker zur Beurteilung vorgelegt, die Kellers großen Saal füllte. Der Referent V a r t h e l schilderte die Entwicklung des langen schweren Kampfes, der eine Hauptprobe für den Senefelderbund war, die dieser glänzend bestanden hat. Er erläuterte Punkt für Punkt die Vereinbarungen und die Gründe, die für den Abschluß des Kampfes maßgebend waren, und sagte unter anderem, wenn es sich lediglich um einen Kampf der Berliner Kollegenhandlung gehandelt hätte, wäre der Ausstand gewiß nicht auf dieser Grundlage beendet worden. Aber man habe Rücksicht auf die in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen zurückgebliebenen Orte nehmen müssen, die teilweise mehr durch die Vereinbarungen erreicht, als sie ursprünglich forderten, wie z. B. Chemnitz, wo die Lithographen sich mit der 8/8-stündigen Arbeitszeit begnügen wollten, aber nun ebenfalls die Einführung der achtstündigen gesichert ist. Gegenüber den Zweifeln, daß die Vereinbarungen auch wirklich durchgeführt werden, erwähnte der Redner eine Erklärung des Arbeitgebervereinsenden Dr. G e r s c h e l, der bestimmt versichert hat, daß Firmen, die sich den Vereinbarungen nicht fügen, keinerlei Schutz durch den Schlichterband zu erwarten haben, daß es also dem Senefelderbund vollkommen frei steht, hier seine ganze Macht geltend zu machen, ohne eine neue Ausperrung befürchten zu müssen. Ein solches Verhalten des Schlichterbandes liegt ja auch im eigenen Interesse der Firmen, die den Vereinbarungen nachkommen.

Durch Zwischenrufe während des Referats sowie später in der Diskussion kam, ebenso wie das am Montag in der Versammlung der Ausgesperrten geäußert, eine starke Mißstimmung über die Vereinbarungen zum Ausdruck. Die Versammlung nahm jedoch gegen wenige Stimmen folgende Resolution an:

„Die versammelten Kollegen erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erkennen an, daß unter den gegebenen Verhältnissen gegenwärtig nicht mehr zu erreichen war, und versprechen, durch treues Festhalten an der Organisation das bis jetzt Fehlende so bald wie möglich nachzuholen.“

Hierauf sollte Bericht darüber gegeben werden, wie sich die verschiedenen Firmen zur Wiedereinstellung der Ausgesperrten verhalten. Es hatte sich gezeigt, daß einzelne Firmeninhaber, offenbar in Unwissenheit über die Vereinbarungen, ganz unannehmbare Bedingungen stellten. Um sie über die in den Vereinbarungen festgelegten Grundätze aufzuklären, hatte Dr. G e r s c h e l am Dienstag eine Sitzung der Unternehmer einberufen. Mit Rücksicht darauf nahm die Versammlung von einer weiteren Beratung über diese Angelegenheit Abstand und vertagte sie auf eine am Montag stattfindende neue Versammlung.

In Nürnberg nahm am Dienstag eine sehr bewegte Versammlung Stellung zur Annahme der Bedingungen für die Wiedereinstellung der Arbeit. 213 Stimmen waren für die Annahme der Bedingungen und Aufnahme der Arbeit, 138 Stimmen waren für Vertagung der Bedingungen und für Weiterführung der Ausperrung. — Die Ausgesperrten sind der Ueberzeugung, daß es einen kolossalen Erfolg bedeutet, daß der J w e d der Ausperrung: die Vernichtung der Organisation, nicht erreicht worden ist, und daß für Nürnberg, wo ein Streik nicht bestand, auch noch eine Anzahl materieller Ertragschancen für die Ausgesperrten zu verzeichnen sind. Noch mehr freut es die Nürnberger Ausgesperrten, daß für viele Orte, wo bis jetzt schlechtere Verhältnisse bestanden als in Nürnberg, ganz namhafte Erfolge erzielt worden sind.

Der Kampf der Textilarbeiter in Guxtra bei Rölln geht nun schon in die sechste Woche. Von den 700 Tuchwebern stehen 500 im Ausstande; 300 gehören dem deutschen, 200 dem „christlichen“ Textilarbeiterverbände an. Die Fabrikanten behaupten, die einzige Lohnforderung nicht bewilligen zu können; dabei reißt einer nach dem anderen in teure Bäder und Sommerfrischen, um Tausende auszugeben, die sie aus den Arbeitern wieder herauszupressen hoffen. Die Sache der Arbeiter steht überaus günstig; sie sind einig und geschlossen, und die Streikführer sind die minderwertigen Kräfte der Arbeiterschaft. Die Arbeitsleistung der Tuchfabriken ist auf die Hälfte bis ein Sechstel herabgesetzt, die Militärschulungsträger, die reichlich eingelaufen sind, müssen zurückgestellt werden und Kundenaufträge gehen massenhaft verloren. Da die Wolle sich in starkem Preisrückgang befindet, werden die Läger, die jetzt nicht schnell verarbeitet werden können, erheblich entwertet — alles nur deshalb, weil die Fabrikantenvereinigung mit ungläubiger Hartnäckigkeit auf ihren eigensinnigen Standpunkt verharret. Die Arbeiter verdienen bei Land- und Gartenarbeit jetzt mehr als früher in der Tuchfabrik und verfügen über eine vorzügliche Streikklasse, so daß sie ihren Sieg ruhig abwarten können.

Die Ausperrung auf „Rote Erde“.

Kachen, 15. August. Trotz der gestrigen Bekannmachung des Hüttenwerkes „Rote Erde“, am 16. d. M. das Werk stillzulegen, haben die Arbeiter in gestern und heute früh abgehaltenen Versammlungen in geheimer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, die Kündigung aufrecht zu erhalten und morgen aus dem Arbeitsverhältnis auszuscheiden, da die angebotenen Verhandlungen scheiterten. In Betracht kommen 867 Arbeiter.

Ausland.

Der Zimmererstreik in Leiden dauert unverändert fort. Die Drohung der Unternehmer, daß, wer bis zum 13. August die Arbeit nicht wieder aufgenommen hat, niemals wieder eingestellt werden soll, hat keinen Einfluß auf die Haltung der Streikenden ausgeübt. Nur drei junge Leute meldeten sich am Montag zur Arbeit, und sie handelten unter dem Druck ihrer Eltern. An ihrer Stelle haben andere Streikbrecher die Arbeit wieder verlassen.

Der Streik der Metallarbeiter von S e n n e b o n t (Frankreich) ist nach mehrmonatiger Dauer beendet, nachdem die Direktion einige Zugeständnisse gemacht hat. Die Abstimmung über die Aufnahme der Arbeit war geheim. Für die Fortsetzung des Streiks stimmten 606, eine große Anzahl hielt sich von der Abstimmung fern, die Majorität aber entschied für Aufnahme der Arbeit. 19 Arbeiter bleiben ausgeperrt, da die Direktion sich der Wiedereinstellung derselben widersetzt.

Versammlungen.

Zentralverband der Typsetzer. Die am Freitag im Gewerkschaftshaus abgehaltene Mitgliederversammlung nahm einen Antrag des Bezirks Rigdors an: Sämtliche Beiträge sind in den Bezirkskassen zu entrichten; jedoch können Beiträge von über 10 Wochen von den Bezirkskassen an den Hauptkassierer verwiesen werden. Zweck des Antrages soll sein, daß das Hauptbureau entlastet wird, damit dringende Arbeiten nicht zurückbleiben. Den streikenden Lithographen und Steindruckern wurden aus der Lokalkasse 500 M. überwiesen. Der Familie eines erkrankten Kollegen wurden 20 M. Unterstützung gewährt. Zur Vervollständigung der Bibliothek wurden der Kommission 300 M. bewilligt. Genosse R i e t h e hielt dann einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Kirche im Dienste des Kapitals“. Alle Diskussionsredner waren mit dem Referenten der Meinung, daß wir am besten die Kirche bekämpfen, indem ein jeder, der sich von dem Dogmenglauben der Kirche frei fühlt, seinen Austritt aus der Landeskirche erklärt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Lohnbewegung der Bergarbeiter von Mährisch-Osttau in Sicht. Wien, 15. August. (W. S.) Die sozialdemokratischen Bergarbeiter im Kohlengebiet von Mährisch-Osttau beschließen, wirtschaftliche Forderungen zu erheben, um für den Fall der Ablehnung in den Ausstand zu treten. — Der Ausstand der Vielher Textilarbeiter ist nach Regelung der Lohnfrage beendet.

Imposante Demonstration für Verkürzung des Arbeitstages.

Brüssel, 15. August. (W. S.) Die sozialdemokratischen Arbeiter ganz Belgiens veranstalteten einen großartigen Demonstrationzug zugunsten des verkürzten Arbeitstages. Der Vorbeimarsch der Demonstranten, deren Zahl sich auf etwa 70 000 belief, dauerte 1 1/2 Stunden. Einige hundert kleine Mädchen, die barfuß und in Arbeitskleidern aus den Biegeleien von Vorn mitmarschierten, stellten einen eindrucksvollen Protest gegen die Kinderarbeit dar, ebenso die kleinen Mädchen und Frauen aus den Goldspinnereien von Gent, die Fahnen trugen, auf denen stand: „Wir wollen lieber in die Schule und nicht in die Fabrik!“ Der Zug war außerdem begleitet von Musikkapellen. Viele rote Fahnen mit Aufschriften wurden mitgeführt.

Häut Bauern beim Befreiungsversuch getötet.

Zusowka, 15. August. (W. S. S.) In dem Dorfe Iwanowka verhafteten die Bauern, die wegen Beteiligung an den Agrarunruhen Verhafteten zu befreien, die Kosaken waren gezwungen, zu feuern. Häut Bauern sind tot, zwei verwundet. Auch aus vielen anderen Orten werden fortgesetzt neue Bauernunruhen gemeldet.

Die Parteipresse zum Protokoll der Gewerkschaften.

Der größere Teil der Parteipresse ist noch mit dem Abdruck des Protokolls beschäftigt und verschiebt die Erörterung bis zur Vollendung. Immerhin sind schon mehrere bemerkenswerte Äußerungen zu verzeichnen. Wir greifen im folgenden die wichtigsten Stellen heraus:

„Leipziger Volkszeitung“ (in einem Leitartikel, der als erster einer Seite gekennzeichnet ist):

Den Gesamteindruck, den die Debatte hervorrief, wollen wir hier mit den Worten eines berechneten, wenn auch leider schon verstorbenen Parteigenossen wiedergeben. Auf dem Kölner Parteitag von 1893 wurden nämlich auch schon Klagen über die angebliche Schädigung der gewerkschaftlichen durch die politische Arbeiterbewegung laut, und zwar vertrat sie der Genosse Legien. Ueber seine Ausführungen urteilte Liebknecht nun so: „Ich hatte geglaubt, Legien würde Tatsachen vorbringen, aber er hat gegen Windmühlen gekämpft; er konnte keine Tatsachen vorbringen, und aus Mangel an Gründen und Gedanken ist er auf das Gebiet des Klaffendes, des Persönlichen gekommen. Er hat förmliche Regiererei getrieben; überall hat er geschmäffelt, alles hat er zusammengefaßt, was ihm als von unserer Seite gegen die Gewerkschaftsbewegung gerichtet erschien, und bei der Auswahl seiner Beispiele hat er eine sehr unglückliche Hand gehabt. Was ihm als Hoch und Abneigung erscheint, ist nur die Ausgeburt seines eigenen Vorurteils. Beschredendes über die Gewerkschaftsbewegung hat uns Legien nicht gesagt. Wir haben keinen Vortrag über Gewerkschaften, deren Ziele und Geschichte zu hören bekommen — nur Angriffe, haltlose Angriffe, denn die Angegriffenen haben ihr möglichstes getan, um die Gewerkschaftsbewegung zu fördern.“

Alles das paßt den Verhandlungen der Februar-Konferenz wie angegossen, immer mit Ausnahme der Redner, die dieser feindseligen Methode der Diskussion entgegentraten. Der Unterschied ist nur der, daß man diese Methode vor dreizehn Jahren, als die deutsche Gewerkschaftsbewegung noch überaus schwach war, immerhin verstehen konnte, während man sie heute, wo die deutschen Gewerkschaften eine wirkliche Macht bilden, nicht recht begreifen kann. Jedenfalls haben diejenigen Gewerkschaftsvorstände, die an solchen Debatten ihre Genüge finden, wenn es sich darum handelt, das wichtige und in mancher Beziehung gewiß schwierige Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Partei sachlich zu erörtern, nicht den geringsten Anlaß, sich moralisch aufzuregen, wenn ihnen einmal der intellektuelle Vorwurf der Beschränktheit gemacht worden ist.

Der Beweis für ihre angeblich feindseligen Anzuspaltungen der Gewerkschaften wurde natürlich aus dem großen Jtalensad bestritten. Wir wollen nur an einem Beispiel zeigen, wie so was gemacht wird. Herr Mehrhäuser teilte der Konferenz unter ihrer „großen Heiterkeit“ als die Ansicht der „Leipziger Volkszeitung“ über die Gewerkschaftsbewegung folgende Sätze mit:

Man hat häufig die politische und die gewerkschaftliche Organisation als die beiden gleichberechtigten und einander ergänzenden Teile der proletarischen Klassenbewegung bezeichnet. Die Auffassung ist schon aus dem Grunde falsch, weil die gewerkschaftliche Bewegung gar keine Klassenbewegung ist. Sie ist die Bewegung der Arbeiteraristokratie, nicht der Arbeiterklasse. Sie steht nicht in einem ergänzenden oder gegenläufigen, sondern in gar keinem Verhältnis zu der proletarischen Klassenbewegung. Sie ist an sich weder gut noch schlecht.

Es ist richtig; diese Sätze haben einmal in der „Leipziger Volkszeitung“ gestanden. Es sind allerdings schon mehr als drei Jahre darüber ins Land gegangen. Sie standen in einem sonst anregenden Artikel eines jungen Parteigenossen, der sich längere Zeit in England aufgehalten hatte und unter dem deprimierenden Eindruck des Trades-Unionismus schrieb. Wir strichen sie nicht, weil wir, wie wir gleich darauf, ebenfalls vor mehr als drei Jahren, bemerken, nicht die Schuldmeister sein, die von jedem Mitarbeiter verlangen, daß er allemal nur ein Echo der Redaktion sei, und fügten als unsere Ansicht über die Gewerkschaften hinzu:

Stehen unseres Erachtens die gewerkschaftliche und die politische Organisation allen anderen Mitteln der modernen Arbeiterbewegung voran, so sind sie unter sich durchaus ebenbürtig, und es würde ein großer Fehler sein, über der gewerkschaftlichen die politische oder über der politischen die gewerkschaftliche Organisation zu vernachlässigen. So sehr aber beide die elementarsten und gewaltigsten Formen der modernen Arbeiterbewegung, so notwendig beide für die Emanzipation des Proletariats sind, so müssen sie durchaus verschiedene Wege zu dem gemeinsamen Ziele einschlagen, wenn jede die ihr eigentümliche Kraft entfalten soll, und auf ihren verschiedenen Wegen kommt, je nach den verschiedenen Zeitumständen, bald die eine und bald die andere schneller vorwärts. So liegt immer die Gefahr vor, daß sie sich gegenseitig aus den Augen verlieren. Dies zu verhindern und beständig die notwendige Fühlung zwischen den beiden Organisationen aufrecht zu erhalten, von denen jede der andern bedarf, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der sozialistischen Theorie.

Da Herr Mehrhäuser unser Blatt sehr genau verfolgt, so weiß er natürlich sehr gut, daß die in diesen Zeilen ausgesprochene Auffassung stets unsere Richtschnur für die Beurteilung der Gewerkschaftsbewegung gewesen ist, und er hat einfach seinen beliebigen Jtalensad mit der Februar-Konferenz getrieben, indem er das von ihm herausgerissene Zitat der Februar-Konferenz als unser Urteil in Gewerkschaftssachen unterbreitete.

Ganz ähnlich steht es mit den sonstigen Zitaten, mit denen die „Modikalen“ und „Theoretiker“ in dieser Konferenz bombardiert wurden. Kein einziger von ihnen hat sich je als Feind der Gewerkschaften bewiesen; sie alle haben nur die Gefahr bekämpft, die noch bei jeder Gewerkschaftsbewegung droht, daß nämlich die Gewerkschaften auf einem gewissen Höhepunkt ihrer Entwicklung die für sie und für die Partei gleich notwendige Einheit und Einheitslichkeit der modernen Arbeiterbewegung aus den Augen verlieren. Daß die „Theoretiker“ nicht gegen Windmühlen gekämpft, nicht überflüssige Gespenstergebetriebe getrieben haben, dafür haben die Debatten der Februar-Konferenz einen neuen, ebenso schlagenden wie unersenklichen Beweis geliefert. Dies ist durch sie allerdings bewiesen worden, wenn auch sonst nicht.

In derselben Nummer der „Leipz. Volksztg.“ ist in der Rubrik „Aus der Partei“ eine Erklärung enthalten, die sich mit den Angriffen befaßt, die in den vom Protokoll wiedergegebenen Verhandlungen gegen den Genossen Haenisch (Mitglied der Redaktion der „Leipz. Volksztg.“, vormals Redakteur der „Dortmunder Arbeiterztg.“) erhoben worden. Es heißt darin:

Ohne uns mit der Zurückweisung dieser Angriffe, die sich in den Reden der Genossen Sacke und Hue finden, im einzelnen anzuhalten, wollen wir an dieser Stelle nur erklären, daß Hue's gravierendste Behauptungen, Haenisch habe (in Gemeinschaft mit dem Genossen Dittell) eine beispiellose Hege gegen die Verhandlungsleiter“ infiziert, die, ohne Beispiel in der Geschichte der Arbeiterbewegung“ dastehende, er habe die „Gründung eines Gegenverbandes“ propagiert und sich bemüht, Hue und Sacke zu stützen, vom ersten bis zum letzten Worte unwahr sind. Und das Schlimmste ist: wir vermögen dem Genossen Hue nicht einmal den guten Glauben an seine Behauptungen zuzubilligen. Der Genosse Hue weiß viel mehr ganz genau, daß Haenisch in Wort und Schrift zu jener Zeit menschlich die Vergleiche ermahnt hat, auch nach der Niederlage neu zum Verbands zu halten, daß er die damals vielfach losportierten persönlichen Verdächtigungen gegen die Genossen Hue und Sacke in Versammlungen und in der

Presse aufs schärfste zurückgewiesen hat. Die sachliche Kritik, die Genosse Haenisch in der „Leipziger Volkszeitung“ und an anderen Stellen an der Haltung der Leiter des Bergarbeiterverbandes während des Streiks geübt hat, war alles andere als eine „beispiellose Hege“, sie hat vielmehr den Personen dieser Leiter, ihren Absichten und Fähigkeiten, vollste Gerechtigkeit widerfahren lassen.“

Die von uns dieser Tage zitierte Äußerung der „Dortmunder Arbeiterzeitung“, die die Veröffentlichung des Protokolls auch deshalb billigte, weil darin geradezu ungeheuerliche Beschuldigungen gegen gute brave Parteigenossen erhoben seien, bezog sich offenbar auf die Beschuldigungen der Genossen Hue und Sacke wider die Genossen Haenisch und Dittell. Die gegen den letzteren erhobenen Anschuldigungen sind ebenso unwahr wie die gegen den Genossen Haenisch.

„Freie Presse“ (Eberfeld-Barmen): „Der Schwerpunkt der Debatten betraf, wie schon bemerkt, das allgemeine Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, und nachdem wir jetzt das Protokoll vor uns liegen haben, begreifen wir einigermassen, weshalb Generalkommission und Zentralvorstände sich mit Händen und Füßen gegen dessen Veröffentlichung sträubten. Es sind da Töne angeklungen worden, die wahrlich nicht geeignet sind, die gewünschte Harmonie zwischen Partei und Gewerkschaften herbeizuführen, wohl aber die Zentralseitungen der Gewerkschaften in ihrem angelegten Kampf gegen die Parteipresse von vornherein in eine ungünstige Position zu bringen. Wenn da die Begeisterung für die russische Revolution verhöht wurde, wenn man von „Rehring, Kautsky und Konsorten“, von „Rehring, Lugenburg und tutti quanti“, von den „kranken Säufern“ in der Partei, die neue Theorien erfinden, sprach, so ist das gewiß nichts weniger als Friedensmusik. Viel wichtiger aber als der Ton erscheint uns der Inhalt der Rusli. Ein salbeteiler Ton ist leicht vergessen, aber die fundamentalen Gegensätze über die Auffassung des Klassenkampfes, die hier wieder einmal deutlich zutage getreten sind, sind nicht so leicht zu überwinden.“

„Volkstimme“ (Chemnitz): „Dem Genossen Bebel wurde zum Vorwurf gemacht, daß er seine Jenaer Ausführungen über den Generalkampf preisgegeben habe. Wir haben vor kurzem den Nachweis geführt, daß dieser Vorwurf durchaus ungerechtfertigt ist. Bebel hat sich an die Jenaer Resolution gehalten. Dagegen verstoßen haben diejenigen, die nach Jena aus Anlaß der Wahlrechtsbewegungen am liebsten einen politischen Massenstreik in Szene gesetzt hätten.“

In der Parteipresse und in Parteiverfammlungen ist wiederholt der Ansicht Ausdruck gegeben worden, die Stellungnahme des Parteivorstandes und insbesondere Bebel's werde klar zu erkennen sein, wenn das Protokoll über die Konferenz der Vorstände veröffentlicht werde. Mehr Klarheit, als bisher bestand, bringt die Veröffentlichung jedoch nicht.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat der Veröffentlichung widersprochen, und die große Mehrzahl der Gewerkschaftsvorstände hat die Genehmigung zur Publikation verweigert. Diese Körperschaften hatten zu entscheiden. Der Parteivorstand hat gegen ihren Willen die Veröffentlichung vorgenommen. Dazu hat er kein Recht! Das muß klipp und klar ausgesprochen werden, weil es sich hier um einen Präzedenzfall handelt. Wir würden es geradezu für verhängnisvoll halten, wenn sich ähnliche Fälle wiederholen würden. Es ist tief bedauerlich, daß es nicht zu einer Verständigung über das einzuschlagende Verfahren zwischen der Generalkommission und dem Parteivorstand gekommen ist. Bei dem Verhältnis, das zwischen der Partei und den Gewerkschaften besteht, darf es nicht wieder vorkommen, daß Dinge von der einen Seite veröffentlicht werden, die von der anderen direkt behandelt und deren Gehaltung gefordert wurde. Bessere Verständigung ist zu erstreben und alles zu vermeiden, was Erbitterung hervorruft und Differenzen zu vergrößern geeignet ist.

Zwingender Grund, um der Veröffentlichung die Zustimmung zu verweigern, lag für die Gewerkschaftsvorstände freilich nicht vor. Der Meinungsunterschied, der jetzt publiziert wird, war vertraulicher Natur. Diskutiert wurde über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften. Es ist manches Schiefe und Unzutreffende, ja Unverantwortliche gesprochen worden. Manche Redner hat sich viel zu sehr gehen lassen. Wir würden sehr zufrieden mit der Publikation sein, wenn sie mit der Zustimmung der Gewerkschaftsvorstände erfolgt wäre. Ihr Wate hat die Veröffentlichung, weil sie geeignet ist, Klarheit über äußerst wichtige Fragen der Arbeiterbewegung zu schaffen. Es wird lebhafteste Absicherungen geben, die aber ebenso notwendig sind, wie sie in jeder Beziehung nützlich sein werden, wenn sie sachlich bleiben.“

Unser Chemnitzer Parteiblatt hält sich sehr streng an das formale Recht. Und doch geht aus seinen eigenen Ausführungen hervor, daß es Ueberbureaufkratismus wäre, wollte man bei der Wichtigkeit der Sache die Veröffentlichung daran scheitern lassen. Und zudem hat es vergessen, daß das Protokoll nach dem Vorgehen der „Einigkeit“ tatsächlich nicht mehr geheim war und daß die Veröffentlichung das letzte Mittel war, falsche Beschuldigungen, die bereits gegen die Teilnehmer an der Konferenz erhoben worden waren, zu widerlegen.

„Sächsisches Volksblatt“ (Zwickau): „Das in Abdruck vorliegende Protokoll der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände über den Punkt „Partei und Gewerkschaften“ hat über die kontroverse Frage, wie Genosse Bebel die Interpretation seiner in Jena gemachten Ausführungen bezüglich des politischen Klassenkampfes in jener der erwähnten Konferenz der Gewerkschaftsführer vorübergehenden Freitag-Sitzung (nach Silberbach) gemacht haben soll, nichts Neues gebracht.“

Die Debatte, die in der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände gepflogen worden ist, hat dagegen viele andere für die Parteigenossen wertvolle Punkte berührt und um deßwillen ist die Veröffentlichung des Protokolls durchaus zu begrüßen. Sie hat den Nachweis erbracht, daß einzelne Gewerkschaftsführer über die sozialistischen Theorien sich noch vielfach unklar sind, denn es ist sogar von dem Fehlen einer „Theorie der Gewerkschaftsbewegung“ (Bringmann) gesprochen worden. Einen überaus großen Raum nehmen jedoch in der Veröffentlichung die persönlichen Polemiken ein und insbesondere Anschuldigungen einzelner Parteitheoretiker (Kautsky, Rehring) sowie der Redaktionen des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“.

Besonders wertvoll aber sind die Anschauungen einzelner Gewerkschaftsführer über den Klassenkampf sowie über die Rolle, die die Gewerkschaften innerhalb wie außerhalb desselben — also auch außerhalb — in der modernen Arbeiterbewegung spielen. Hieraus wird ganz besonders zurückzuführen sein, hier ist dringende Klärung für die Deffektivität vonnöten und unter diesem Gesichtswinkel begrüßen wir die Veröffentlichung dieses Protokolls durchaus.“

„Arbeiterzeitung“ (Dortmund): „Ein regelrechtes Eberbengericht über Parteivorstand, Partei und Parteipresse war die Konferenz der Zentralvorstände, die huer in Berlin zu solch' löblichem Tun versammelt waren. Schon die Lektüre der Verhandlungen über den Punkt Partei und Gewerkschaften läßt es verzweifeln, weshalb der überwiegend große Teil der Gewerkschaftsvorstände sich einer Veröffentlichung des Protokolls widersetzt.“

„Volkstimme für Bochum“: „... Das Druckstück umfaßt drei volle Druckbogen im „Vorwärts“-Format, die Verhältnisse unseres Blattes gestatten uns deshalb nicht, das Protokoll gleichfalls zu veröffentlichen. Wir müssen die Parteigenossen, die Wert darauf legen, das Protokoll kennen zu lernen, auf den „Vorwärts“ verweisen.“

Als im „Vorwärts“ die Veröffentlichung angekündigt wurde, haben wir uns eine Meinungsäußerung über diese Absicht verlagert, weil wir nach den bisherigen Andeutungen, nach dem Ernst, mit dem die Veröffentlichung von denen gefordert wurde, die bereits Kenntnis vom Inhalte hatten, glaubten annehmen zu müssen, das Protokoll enthalte Dinge, deren Bekanntwerden im materiellen Interesse der Arbeiterbewegung unbedingt erforderlich sei trotz der entgegenstehenden formalen Bedenken.

Diese Annahme haben wir jedoch nach eingehendem Studium des Protokolls nicht bestätigt gefunden und wir stehen nicht an, jetzt unter Bedauern darüber auszusprechen, daß der Parteivorstand sich zu dieser Veröffentlichung hat drängen lassen.

Was auf der Konferenz gesagt worden ist, darf jedermann wissen; wir wünschen sogar lebhaft, daß das, was von diesen Ausführungen den Kern gewisser auswählter Parteiretter hervorgerufen hat, auch in der Deffektivität gesagt worden wäre und weiter energisch vertreten würde.

Nachdem aber die Geheimhaltung des Protokolls beschlossen — oder als selbstverständliche Regel bei solchen vertraulichen Ansprachen akzeptiert — war, verheßen wir vollkommen den Standpunkt der Verantwortlichen, daß sie sich nicht durch die Indiskretion Unberufener zwingen lassen wollten, ihre Beschlüsse zu ändern.

Die Veröffentlichung des Protokolls durch den Parteivorstand gegen den Willen der allein Berechtigten ist nach unserer Auffassung nicht geeignet, das freundschaftliche Zusammenwirken zwischen Parteileitung und Gewerkschaftsleitung zu fördern. Man wird sich natürlich in den Kreisen der Gewerkschaftsleitung sagen, daß gegenüber der Parteileitung Vorsicht, ja Mißtrauen geboten sei. Das hätten wir in Kauf genommen, wenn es sich darum gehandelt hätte, durch die Veröffentlichung ein höheres Interesse zu wahren. Darum aber handelt es sich, wie gesagt, ganz und gar nicht, und deshalb war es nicht nur unrichtig, sondern im Parteinteresse auch unklug, das Protokoll von parteiwegen zu veröffentlichen. Die Parteigenossen täuschen sich über die Sachlage, die ein Parteinteresse wahrzunehmen glauben, indem sie fortgesetzt gegen die Gewerkschaften, oder, wenn man will, gegen die Gewerkschaftsführer von Leder ziehen. Wenn wir hier nur als Parteigenossen reden, so müssen wir es als unsere feste Ueberzeugung bezeichnen, daß die Partei gegenwärtig ein gutes Verhältnis zu den Gewerkschaften viel nötiger hat als die Gewerkschaften ein gutes Verhältnis zur Partei. Streit zwischen Partei und Gewerkschaften gereicht der Partei viel mehr zum Nachteil als den Gewerkschaften.

Schließlich ist aber die gesamte Arbeiterbewegung Leidtragende. Die Situation ist gegenwärtig so, daß die Gewerkschaftsbewegung immer mehr an Bedeutung gewinnt. Differenzen zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bewegung sind deshalb nur geeignet, den Einfluß der politischen Bewegung relativ herabzudrücken und gerade das ist es, was wir von unserem Standpunkte als Parteigenossen vermeiden sehen möchten, weil es die Gefahr in sich birgt, daß eine relative Geringschätzung des politischen Kampfes im deutschen Proletariat zur Herrschaft kommt.

Aus diesen Gründen halten wir es gegenwärtig für eine besonders wichtige Aufgabe der Partei, unnötige Differenzen mit den Gewerkschaften zu vermeiden und daher können wir auch die unnötige Veröffentlichung des Protokolls gegen den Willen der Berechtigten, die diese als eine Crüsterung empfinden müssen, nicht billigen.“

Das das „Volksblatt“ über die Notwendigkeit eines guten Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften sagt, ist durchaus richtig. Diese Erkenntnis kann aber leider keine Auseinandersetzung verhindern, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Teilen vorhanden sind. Das gute Verhältnis glauben wir besser gefördert durch offenen Austrag der Differenzen, als durch Vertuschungen, das die Differenzen nicht beseitigt, sondern sie in der Stille lediglich größer werden läßt.

„Volkstimme“ für Anhalt:

Es fehlt, kurz gesagt, an einer durchaus einheitlichen Anschauung für die gesamte Arbeiterbewegung, wenigstens sind die, die an führender Stelle stehen, darüber nicht einig. Die Masse der Parteigenossen und Gewerkschaftler ist sich weit mehr einig, sie geht instinktiv den richtigen Weg. Was fehlt, das ist, daß die Masse auch unter den Führern diese Einigkeit schafft und die eliminiere, welche keine einheitliche Anschauung für die Partei und die Gewerkschaften zu schaffen wissen. Die Gewerkschaftler wollen eine ganz eindeutig auf der Entwicklung fußende Theorie, sie halten nichts von Katastrophen, sie glauben wohl an die Möglichkeit der letzteren, nicht aber an ihre Nützlichkeit. Dönnelburgs Wort von der Ruhe, die die Gewerkschaften brauchen, bedeutet nichts anderes als die Forderung, ungestört am systematischen Aufbau arbeiten zu können.

Es wäre sehr interessant, es fände auch einmal eine Konferenz von Genossenschaftsvorständen, die auch lauter Sozialdemokraten wären, in gleicher Weise wie die der Gewerkschaftsvorstände statt. Wir wissen ganz positiv, daß dann genau dasselbe herauskäme. Denn auch die Genossenschaftler können nur auf Grund der Auffassung ruhiger systematischer Entwicklung geüben. Alle Katastrophen wären für sie selber die schlimmste Katastrophe.

Sowohl die Gewerkschaftsangehörigen als auch die Genossenschaftsangehörigen wenden sich daher auch vielfach von der Mitarbeit an der Partei ab, weil die Partei nicht überall eine beiden Organisationen allein passende Anschauung vertitt. Das könnte einmal gefährlich werden, wenn die Partei noch mehr in das Fahrwasser läme, das die Gewerkschaften und Genossenschaftler nicht brauchen können. Aber darin denken wir wie P o l o r n y:

Diejenigen Genossen und Genossinnen, die eine andere Stellung einnehmen, eine Stellung, die uns nicht lieb ist, spielen in der deutschen Arbeiterbewegung gar keine Rolle. Die gesunde Vernunft unserer deutschen Gewerkschaften, so gut wie die der Parteigenossen in Deutschland ist gegen derartige Verletzungen wie die durch die Genossin Rosa Luxemburg.

Ganz ist das noch nicht richtig, aber es wird richtig. Wir in Anhalt dürfen sagen, wir vertreten schon ganz und gar eine auf dem Grundsatze der Entwicklung ruhende Anschauung des alltäglichen systematischen Aufbaues auf allen drei Gebieten, der Partei, der Gewerkschaft und der Genossenschaft, und wir gedeihen dabei prächtig, wir kommen auf allen Gebieten tüchtig vorwärts, in mancher Beziehung leisten wir mehr als irgendwo, besonders unter unseren kleinen Verhältnissen, die uns das Massenmäßige nur wenig zur Verfügung stellen.

Wir sind sehr überzeugt, die Partei wird sich in wenigen Jahren zu der ganz eindeutigen Anschauung durchringen, die die Gewerkschaften und die Genossenschaften allein brauchen können und mit der auch die Partei selber allein vorwärts kommen kann: das ist die Auffassung des systematischen entwicklungs-mäßigen Aufbaues.“

Die deutsche Sozialdemokratie hat stets erklärt, daß ihr die friedliche Entwicklung das Liebste wäre. Es erscheint nur etwas viel Optimismus, zu glauben, daß die herrschende Klasse einer solchen friedlichen Entwicklung zur sozialistischen Gesellschaft friedlich zuschauen werde.

Aus der Partei.

Wo Bringmann schweigt und wo Bringmann redet. Es wird uns geschrieben: Auf der Gewerkschaftskonferenz hat der Genosse Bringmann nach dem Protokoll sich also über mich geäußert:

Müller führt aus, daß man in Hamburg wenig Kritik nicht nur gegen mich, sondern gegen alle Gewerkschaftsführer vor- gegangen sei. Das trifft zu. Der Mann, der in Danzig gegen uns gewütet hat, heißt Rosbly, er ist von Beruf Schuh- macher. Ob er seiner Gewerkschaft angehört, ist fraglich; denen, die ich danach gefragt habe, versichert es sehr zweifelhaft. Er ist Berichterstatter vom „Echo“. Es handelt sich um denselben Mann, der sich zum Wäbder Parteitag von dem damaligen Vor- sitzenden unserer Zählstelle Hamburg, Schnad, einen gefäßigen Brief gegen die Maurervereinigung hat schreiben lassen, den er dem Parteivorstande in die Hände spielte. Es ist nicht aus- geschlossen, daß der Mann aus eigenem Antriebe und aus Ueber- zeugung handelt, aber ich zweifle daran, denn es geht in der Arbeiterbewegung heute sehr viel hinter den Kulissen vor. (Hört! hört!)

Ich bin vor dem Jener Parteitage in einer Versammlung des Parteivorstandes für den dritten Hamburger Wahlkreis der Ansicht eines Gewerkschaftsführers, daß gewissermaßen schon der Verlauf einer Debatte über den Generalfreil strafbar sei, rein sachlich, ohne Namensnennung, entgegengetreten. Einige Monate später, in der Verichterstattung über den Parteitag in Jena, zu dem ich delegiert war, habe ich mich allerdings in einer Wandsbieder Parteiversammlung in schwerer Weise gegen Bringmann — gegen „uns“, d. h. „gegen alle Gewerkschaftsführer“, sagt B. in seiner bescheidenen Art, indem er seine Worte Person mit der ganzen Gewerkschaftsbewegung identifiziert — vergangen.“ Ich beschäftigte mich in meiner Verichterstattung auch mit der dem Genossen Bringmann nicht un- bekannten Nebenwendung von dem „schwankenden Schiffe, dem die Partei gleiche“ usw., wobei ich allerdings meiner Verwunderung Ausdruck gab, wie ein Sozialdemokrat so etwas schreiben könne. So habe ich gegen die Gewerkschaftsführer „gewählt“.

Es wird außerhalb Hamburgs ein großer Kreis von Partei- genossen über Parteivorgänge in Hamburg be-lehrt. In Hamburg zieht B. es vor zu schweigen; an Parteidiskussionen — auch wenn ihn als Gewerkschaftsführer in erster Linie interessierende Dinge erörtert werden — beteiligt er sich nicht. Aus übertriebener Ver- schiedenheit geschieht das sicher nicht.

Meiner früheren Verursachung, der der Schuhmacher, gehöre ich allerdings nicht mehr an. Nachdem ich jahrelang Verichterstatte des „Hamburger Echo“ gewesen, bin ich ausgetreten um der Verursachung der Parteischristen, dem Verein Arbeiterpresse, beizutreten. Als Mitkämpfer kam ich für die Schuh- macherorganisation nicht mehr in Betracht. Wenn es aber für kämpfende Gewerkschaften zu zahlen galt, habe ich mich nie gedrückt. Näheres darüber kann die Redaktion des „Hamb. Echo“ dem Genossen Bringmann verraten.

Der gefäßige Brief von Schnad war Verteidigungsmaterial. Wir — die Mitglieder des Schiedsgerichtes in Sachen Zentralverband der Maurer kontra Alfordmaurer — sollten auf dem Wäbder Parteitag nach allen Regeln der Kunst „geschlachtet“ werden, alle An- zeichen dafür waren schon wochenlang vor dem Parteitage vor- handen. Und da sollten wir uns kein Material verschaffen dürfen! Und nun noch eine direkte Frage an Bringmann:

Was würden Sie, Genosse Bringmann, sagen, wenn jemand die Gemeinheit beging und den von Ihnen gegen mich beliebigen Satz in bezug auf Ihre „partei-fördernde“ Tätigkeit dahin variieren würde:

„Es ist nicht ausgeschlossen, daß Bringmann aus eigenem An- triebe und aus Ueberzeugung handelt, aber ich zweifle daran, denn es geht in der Gewerkschaftsbewegung heute sehr viel hinter den Kulissen vor?“

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Es bleibt beim Erpressungsurteil!

Zum zweitenmal hat die Breslauer Strafkammer den Genossen Mehrlein wegen Erpressung zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Das Urteil hat eine Vorgeschichte, die die „Vollmacht“ also schildert:

Im vorigen Jahre haben sich die Arbeiter fast aller städtischen Betriebe von Breslau veranlaßt gesehen, beim Magistrat um eine Aufbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu petitionieren. Nach Form und Inhalt waren alle diese Petitionen sehr bescheiden gehalten. Auch die Laternenwärter wagten um eine Auf- besserung ihrer Löhne zu bitten, und Mehrlein hatte für sie die Petition entworfen. Auf jeder Nachtschicht wurde ein Exemplar behufs Sammlung von Unterschriften ausgelegt. Auf zwei dieser Stuben wurde die Petition von unbesonnenen Händen zerrissen. Es wurde von den Wärtern mitgeteilt, daß die Stubenältesten Ros- deutscher und Hütter dies getan hätten. Die Laternenwärter, wie auch der ganze Verband, hatten keine Lust, diese Handlung un- gestört hingehen zu lassen, weil die Petenten sich arg benachteiligt fühlten. Auf Grund eines Versammlungsbeschlusses richtete nun Mehrlein an die erwähnten Stubenältesten je ein Schreiben, in dem um umgehende Zurücklieferung der Petition ersucht wurde. Andersfalls oder wurde von ihnen eine an die Sterbefasse des Verbandes zu zahlende Buße von je 15 M. bei Vermeidung einer Strafanzeige verlangt. Hütter teilte darauf in einem Briefe mit, daß er selbst die Petition nicht zerrissen habe, und der Verband gab sich mit dieser Mitteilung zufrieden. Gegen Rosdeutscher wurde Strafantrag gestellt. Der Herr ist vom Breslauer Schöffengericht jedoch freigesprochen worden, indem angenommen wurde, er habe nicht bewußt rechtswidrig gehandelt.

Gegen Mehrlein hatte der Breslauer „freisinnige“ Magistrat beschloffen, wegen Erpressung Strafantrag zu stellen, und wirklich wurde er auch von der Breslauer zweiten Straf- kammer am 17. September d. J. gemäß dem Antrage des Staats- anwalts zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Das Gericht nahm an, der Angeklagte habe durch Androhung eines Uebels, wie es eine Strafanzeige darstelle, auf die beiden Stubenältesten einzuwirken gesucht, um der Sterbefasse des Verbandes einen widerrechtlichen Vermögensvorteil zuzuführen.

Gegen dieses Urteil, das in den Kreisen aller Sozialpolitischer Kreise und insbesondere auch in bürgerlichen Kreisen das größte Befremden erregte, legte Mehrlein Revision ein. Am 22. Mai stand die Verhandlung vor dem Reichsgericht an. Hier beantragte der Reichsanwalt selbst die Aufhebung des Urteils. In dem Schreiben des Mehrlein sei die Absicht, den Willen der beiden Stubenältesten zu beugen, nicht ersichtlich. Es sei unerfindlich, wie der Vorderichter nur den Papierwert der zerrissenen Listen und ihre Herstellungskosten, nämlich eine Mark berechnen könne, da doch außer der sonstigen Arbeit des Angeklagten auch der Wert der gegebenen Unterschriften berechnet werden müsse. Zudem hat der Gemeindegewerkschaftsverband ein berechtigtes Interesse gehabt, seinen Mitgliedern einen Vor- teil zuzuwenden und der Angeklagte habe die geforderte Buße nicht den Laternenwärttern als Person, sondern der Sterbefasse zuwenden wollen. Bei der Schwere des Delictes der Erpressung hätte der Vorderichter alle Veranlassung gehabt, mit größter Vorsicht und Sorgfalt vorzugehen. Nur das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit ge- höre zum schweren Dolus der Erpressung. — Das Reichsgericht schloß sich dem vollinhaltlich an und beschloß die Aufhebung und Zurückverweisung an die Vorinstanz.

So hatte sich nun am Montag die zweite Breslauer Zelen- strafkammer wieder aufs neue mit der Sache beschäftigt. Wermals hat sie den Versuch der Erpressung in dem Verfahren Mehrleins gefunden und ihn abermals zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Bis das Reichsgericht abermals entschieden hat, bemerkt die „Vollmacht“, haben wir jetzt mindestens Zeit, Vergleiche anzustellen zwischen dem Prozeß gegen denjenigen, der mit frevelnder Hand fremdes Eigentum zerstört und freigesprochen wurde, weil ihm das Erkenntnis von der Rechtswidrigkeit seines Tuns fehlte, und dem

vorstehenden Prozeß, wo derjenige, dessen Eigentum zerstört wurde, Gefängnisstrafe zudiktirt erhielt, weil er Schadenersatz verlangte, obwohl er wissen mußte, daß solches Verlangen ein rechtswidriges ist. Wir meinen, so lange das Privateigentum überhaupt als heilig und unantastbar gilt, darf das „sozialdemokratische“ Eigentum keine Ausnahme machen.

Das gleiche Recht. Vom Schöffengericht Breslau war feiner- zeit der Genosse Klähs, damals an der Breslauer „Vollmacht“, wegen Verleumdung eines christlichen Gewerkschaftssekretärs Vin- lowski zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt worden. In der Ver- handlung hatte unser Genosse Widerklage erhoben, weil der so empfindliche Herr Vinkowski in einem Flugblatte die Behauptung aufgestellt hatte, die Sozialdemokraten in ihrer Ge- samtheit seien Lügner und Verleumder. Daraufhin wurde auch Herr Vinkowski zu 10 Mark Geldstrafe und einem Drittel der Kosten verurteilt.

Die Verurteilungskammer hat nunmehr die Verurteilung des Ge- nossen Klähs verworfen, dafür aber den Herrn christlichen Arbeitersekretär freigesprochen, weil der einzelne Sozialdemokrat sich nicht beleidigt fühlen darf, wenn seine Partei in der Allgemeinheit beschimpft wird! Bekanntlich ist vor kurzem der Genosse Drey als Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes sogar zu Gefängnis verurteilt worden, weil sich die „Christen“ durch eine gegen die „christlichen Gewerkschaften“ allgemein gerichtete Bemerkung beleidigt fühlten.

Verurteilung auf jeden Fall. Die entsetzliche Borussia- Katastrophe, die so manchem Bergarbeiter das Leben kostete, wurde bekanntlich verflochten Winter im Reichstage von den sozia- listischen Abgeordneten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes einer gründlichen Kritik unterzogen. Diese Reden unserer Ab- geordneten benutzten nun die Genossen im Ruhrgebiete zu einer Propaganda, die unentgeltlich zur Verbreitung gelangte. Bei der Ver- teilung, die meistens des Sonntags vorgenommen wurde — aber nicht etwa auf „öffentlichen“ Straßen und Plätzen usw., sondern von Haus zu Haus — wurden einige Genossen von der Polizei abgefaßt, worauf dann auf Grund der famosen regierungs-polizeilichen Verkommungsordnung die üblichen Strafanträge eintrafen. Einer dieser Flugblattverbreiter, der gegen den Strafbefehl Einspruch erhoben, hatte sich vor dem Schöffengericht in Ruhrort zu verantworten. Da dem Manne absolut nicht nach- gegeben werden konnte, eine „öffentlich bemerkbare Arbeit“ verrichtet zu haben — er hatte die Broschüren in den Taschen gehabt und sie einzeln erst in den Wohnungen heraus- genommen —, so ließ man die eigentliche Anklage fallen, aber ver- urteilt wurde dennoch! Und zwar auf Grund des § 10 des alten preussischen Preßgesetzes! Zwar spricht dieser Paragraph von der öffentlichen Verbreitung von Druckschriften, wozu es einer polizeilichen Genehmigung bedarf, doch das ist Nebenfrage. Die Hauptsache ist, daß Verurteilung erfolgt. Charakteristisch für unsere Rechtspflege aber ist das Urteil auf jeden Fall. Eine öffentliche Verbreitung lag nicht vor, es wurde deshalb auch deswegen keine Anklage er- hoben. Da sich aber im Laufe der Verhandlung herausstellte, daß der Flugblattverbreiter auch keine „öffentlich bemerkbare Arbeit“ verrichtet hatte, so ließ man die hierauf bezügliche Anklage fallen und nun erfolgte Verurteilung auf Grund des § 10 des alten preussischen Preßgesetzes, wonach die öffentliche Verbreitung von einer polizeilichen Genehmigung abhängig ist. Zwar hätte müssen aus prozessualen Gründen dem Angeklagten mitgeteilt werden, daß er eventuell auch wegen Verstosches gegen § 10 des alten preussischen Preßgesetzes verurteilt werden könne, doch wozu sich lange mit solchen Zweifelsfragen abgeben. Und da zweifle noch jemand an der Vor- züglichkeit unserer Jurisprudenz!

Verfassungen.

Der Verband der hantewerblischen Hülfsarbeiter hielt am Sonntag bei Buggenhagen eine sehr stark besuchte Genera- lversammlung ab. Wötcher erstattete den Kassen- bericht, der einen sehr günstigen Stand der Finanzverhält- nisse des Verbandes zeigte. Die Einnahmen im zweiten Quartal 1906 betragen 79 179,27 M., der Kassenbestand am Ende des ersten Quartals war 68 088,74 M., das ergibt eine Gesamtsumme von 147 268,01 M.; davon sind abgezogene Ausgaben im Betrage von 73 780,27 M., bleibt somit ein Kassenbestand von 73 487,74 M. Unter den Ausgaben steht die Maßregelungsunterstützung verzeichnet mit 1741,85 M., die Streikunterstützung mit 1861,80 M., und die Unter- stützung der Ausgesperrten von 1. Mai mit 1077 M. Wie die Einnahmen gestiegen sind, zeigt ein Vergleich mit den Kassen- verhältnissen des Jahres 1905. Im ersten und zweiten Quartal 1905 waren die Einnahmen 74 820,28 M., im Jahre 1905 dagegen 136 506,15 M., mithin war ein Mehr von 61 685,87 M. zu ver- zeichnen. An die Hauptkassse wurden in dieser Zeit des Jahres 1905 abgeführt: 46 451,85 M., im Jahre 1906 dagegen 86 862,66 M., mithin ein Mehr von 40 410,71 M. — Die Mitgliederzahl des Verbandes ist natürlich, den erhöhten Einnahmen entsprechend, stark gewachsen. Während am Ende des zweiten Quartals im Jahre 1905 nur 6596 Mitglieder gezählt wurden, erreichte ihre Zahl im Jahre 1906 die Höhe von 11 048. Der Zuwachs vom 1. Januar bis 1. Juli 1906 betrug allein 3643 Mitglieder. Inter- essant ist die Statistik vom 1. Mai. Die Matratze als Kontrollkarte über die Arbeitsruhe lösten 8109 Mitglieder, ein sehr günstiges Resultat, worauf der Verband mit Befriedigung blicken kann. Wegen der Kaiserfeier ausgesperrt wurden 66 Kollegen auf insgesamt 123½ Tage. Die meisten waren Familienväter, die zu- sammen 79 Kinder zu ernähren hatten. An Unterstützung wurde ihnen gezahlt 1077 M. — Einige Spezialangelegenheiten aus den Vorstandssitzungen mit Bezug auf die Kassenverhältnisse brachte Wötcher zur Sprache. Es handelte sich um ein Darlehen von 20 000 M. an einen Verband, für den die Gewerkschaftskommission die Sicherheit leistete. Der Vorstand war einstimmig dafür, mit Ausnahme eines Revisors, Kilišowski, der aus diesem Anlaß sein Amt niederlegte. Der Vorstand bewilligte auch für die Lithographen und für die Buchbinder je 500 M. zur Unterstützung. — Nach einem Beschlusse der Versammlung wird sich der Vorstand in einer besonde- ren Sitzung mit dem Verhalten Kilišowski's, der zu der Sitzung eingeladen ist, beschäftigen und das Resultat der nächsten Genera- lversammlung vorlegen.

Die Ersatzwahlen eines Revisors und zweier Mitglieder der Schlichtungskommission ergaben folgendes Resultat: B. Bohlgenmuth, Rixdorf, als Revisor und S. Weiland und E. Heidemann als Kommissionsmitglieder.

Zu einer ausgedehnten Diskussion führten die Vorkommnisse bei dem Streik der Fahrstuhlarbeiter der Firma Lahn. Auf Bauten dieser Firma hatten etwa 40 Mann die Arbeit niedergelegt, weil sie sich keine Abzüge gefallen lassen wollten. Es wurden auf eine schwarze Liste gesetzt und andere Arbeiter — Verhandlungsmitglieder — fanden sich, welche die Plätze der Kollegen einnahmen, die sich in einem A b w e s e n d e i s t e i l befanden. Die Versammlung zeigte deut- lich ihre Entrüstung über eine solche Handlungsweise. Ein Antrag der Sektion der Fahrstuhlarbeiter, daß diejenigen Kollegen, welche die Arbeit auf den Bauten der Firma Lahn aufgenommen haben, unbedingt aus dem Verband ausgeschlossen werden sollten, wurde gegen 12 Stimmen angenommen. Es wurde im Laufe der Diskussion hervorgehoben, daß zwischen den Steinträgern und den Fahrstuhlarbeitern oft eine Feindseligkeit besteht aus einer Ursache, die bei modern denkenden Arbeitern längst nicht mehr Geltung haben sollte, nämlich aus Karger über die Maschinenarbeit, welche die Handarbeit — hier des Steine- tragen — verdrängt und ersetzt. In diesem Falle mußte der Ver- band eine hohe Streikunterstützung zahlen, — nicht nur im Kampfe gegen die Unternehmern, sondern auch gegen die eigenen Verbands- mitglieder. Von den Angeklagten wagte keiner, sich vor der Ver-

sammlung zu verteidigen. Ein Redner rief zur Milde und meinte, man solle diesen Kollegen eine erste Rüge erteilen, aber die Ver- sammlung erklärte sich entschieden für den Ausschluß. Nach Er- ledigung einer Reihe interner Verbandsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Die Sektion der Führer des Zentralverbandes der Maurer hielt am Sonntag in den Arminballen eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: „Das Verschulden der örtlichen Verwaltung in der Demminer Streikbruch-Affäre“. Mit dieser Sache hatte sich vorher eine Bezirksversammlung in Schönberg befah und die Angriffe, die dort gegen den Sektions- vorstand gerichtet wurden, veranlaßten den Vorstand, sie nun der Sektionsversammlung zur Beurteilung vorzulegen. Bei der noch sehr nicht beendeten Vorerörterung in Demmin kamen in der Pfingstwoche den bedrängten Unternehmern arbeitswillige Püher aus Berlin zu Hilfe und es galt nun, diese Leute zum Verlassen des Ortes zu bewegen. Die Bemühungen der Sektionsleitung blieben erfolglos. Dann wurde der Berliner Sektionsvorsitzende Reumann nach Demmin geschickt, aber auch er hatte keinen Erfolg. Er hatte sich auch nicht für berechtigt gehalten, außerordentlich hohe Geldmittel aufzubringen, zumal die Sektionsleitung schon vorher ver- sucht hatte, durch Reise- und Lohnentschädigung die hartgefolgten Streikbrecher abzuschreiben. In der Schönberger Bezirksversamm- lung war nun das Verhalten des Vorstandes und Vorsitzenden in dieser Angelegenheit in scharfen Worten beurteilt worden und außerdem trat dort die Meinung hervor, daß der Berliner Sektions- vorstand in Berlin selbst nicht alles getan habe, was im Interesse des Gewerbes notwendig sei.

In der Sektionsversammlung wurde ziemlich ruhig und sachlich über die Angelegenheit diskutiert. Eine Abstimmung darüber wurde nicht für nötig erachtet. Die Meinung war allgemein die, daß keinerlei Grund vorliege, dem Vorstand oder Vorsitzenden ein Mißtrauensvotum auszusprechen.

Nach Erledigung dieses Punktes verlas der Kassierer T r e b b i t die zur Aufnahme angemeldeten Kollegen. Gegen zwei Aufnahmen wurden Einwendungen erhoben, so daß diese vorläufig zurückgestellt werden mußten. Hierauf wurde die Abrechnung vom zweiten Quartal verlesen. Die Abrechnung mit der Zweigvereinskasse schließt mit der Bilanzsumme von 18 626,75 M. Die Einnahme der Kassa für den Monat des alten Bestand von 79 715,71 M., betragen 90 224,91 M., samt dem alten Bestand von 49 12,74 M., so daß am Quartalschluß der Bestand auf 85 812,17 M. angewachsen war. — Einstimmig erteilte die Ver- sammlung dem Kassierer Entlastung.

Der Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter hielt am 13. August im Gewerkschaftshaus wiederum eine außerordentliche Generalversammlung ab, um über den Anschluß an den Deutschen Holzarbeiterverband zu beraten. In der vorigen außerordentlichen Generalversammlung, am 17. Mai bei Keller, waren 400 Stimmen für, 411 gegen den Anschluß abgegeben worden und fünf Stimmen waren zerplittert. Seitdem ist die Frage in den Bezirken erörtert worden. Es wurden Anträge an den Vor- stand gestellt, die ihn nötigten, zu demselben Zwecke von neuem eine Generalversammlung einzuberufen. Da in der vorigen Ver- sammlung der Fürsprecher des Anschlusses durch Debattenschluß das Wort abgeschnitten worden war, wurde jetzt der Antrag gestellt und angenommen, immer abwechselnd einen Redner für und einen Redner gegen den Anschluß zu Wort kommen zu lassen, und dem- gemäß vorzugehen. Nach fast zweistündiger Debatte wurde zunächst über die Frage entschieden, ob der § 48 des Statuts, wonach zur Auflösung des Verbandes eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, hier bei Entscheidung dieser Frage Geltung haben sollte, der Ueber- tritt zum Holzarbeiterverband also einer Auflösung des Verbandes gleichzustellen sei. Dies wurde verneint. Hierauf wurde mit starker Mehrheit beschloffen, dem Vorstand den Auftrag zu erteilen, unverzüglich eine U r a b s t i m m u n g über den Anschluß an den Holzarbeiterverband vorzunehmen, dann einer neuen Generalver- sammlung das Ergebnis der Urabstimmung bekannt zu geben und gegebenenfalls den Zeitpunkt für den Uebertritt zum Holzarbeiter- verband festzusetzen.

Gegen verschiedene Vergehen gegen die Grundsätze der Orga- nisation wurden folgende Mitglieder ausgeschlossen: Linewitz, Klindner, Tesmer, Engel, sämtlich von der Firma Radge; Zimmer- mann von der Firma Haase und Otto Pöndel.

Agitationsverein für den Wahlkreis Landberg - Solbin. Sitzung: Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal II. Gäste willkommen.

Verband der Freilegerhelfer Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte. Versammlung am 16. d. Mts., abends 9½ Uhr, Rolfsbale- straße 11/12. Tagesordnung: Gewerkschaftliches. Zahlreiches Erscheinen erachtet. Der Vorstand: J. A.: Bier.

Verein der Bierabzieher Berlins und Umgegend. Genera- lversammlung am Donnerstag, den 16. August, Seebstr. 33.

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeit- rinnen Berlins und Umgegend. Abteilung V. Abteilungssamm- lung: 8 Uhr, bei Bernau, Schwedterstr. 23/24. Vortrag, Diskussion, Be- richte, Beschluß. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder wird erachtet.

Allgemeine Kranen- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (E. O. 29, Hamburg.) Illale Kummelsburg, Sonnabend, den 18. August, abends 8½ Uhr, bei Gust Tempel, Vorklagen, Ecke am neuen Bahnhof; Mitgliederversammlung. — Sonnabend, den 15. September, in den Räumen des Café Bellevue: Jahrsfestes Stiftungsfest.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markt- und Direction. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 71—75 pr. 100 Pfd., Ia 65—70, IIIa 59—64, IVa 54—58, englische Bullen 0,00, dänische Bullen 0,00, holländische Bullen 0,00, Kalbfleisch, Doppelende 100—110, Ia 82—88, IIa 72—80, IIIa 60—70, Hammelfleisch Ia 77—82, IIa 67—75, Schweinefleisch 67—73, Rebhühner Ia pr. Pfd. 0,50—0,55, IIa 0,25—0,49, Rotmilch Ia mit Milchpulver, pr. Pfund 0,38—0,47, IIa 0,34—0,36, Dommling 0,44—0,50, Milchscheweine pr. Pfd. 0,15—0,25, Ferkelunge 0,30—0,35, Kaninchen pr. Stück 0,30—0,50, Waidenten pr. Stck 0,00, Ia 0,00, Hühner, alte, pr. Stck 1,70—1,80, alle, IIa 1,50—1,65, junge, pr. Stck 0,65—1,15, Tauben, junge, pr. Stck 0,25—0,48, alle 0,00, Unten, junge pr. Stck 1,10—1,30, alle pr. Stck 0,00, Hamburger, junge, pr. Stck 2,80, Gänse, Ia pr. Pfund 0,60—0,67, IIa 0,00, Ia pr. Stck 3,00 bis 3,80, IIa 1,50—2,75, Vögel pr. Stck 0,70—1,00, da, klein 0,40—0,60, Gänse, pr. 100 Pfd. 81—96, Hühner 127, Schafe 106—120, Mele matte 36—38, Kalb, groß 118—125, mittel 00, klein a mittel 00, unjort. 69—88, Blöden 63, Karbsen 00, Barfemalt 67—77, Karaulen 75, Weis 00, Bunte Hüh- 20—53, Amerik. Nuch 1 neuer pr. 100 Pfd. 110—130, da, II neuer 90—100, da, III neuer 50—75, Seelachs 10—15, Rindern, ponum I, pr. Schod 9, da, ponum II 2—3, Riefer, Stette Ia 4—6, da, mittel pr. Riste 2—3, da, klein pr. Riste 0,00, Bäcklinge, pr. Weil Kleier 4—5, Strohbraten 5—6, Kafe, groß pr. Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60, Heringe pr. Schod 4—5, Edelkäse Riste 3—4, da, ½ Riste 1,50, Kaffee, pr. 100 Pfd. 10—13, Heibutt 25, Sardellen, 1902er, pr. Anker 30,00, 1904er 38,00, 1905er 30,00—32,00, Schottische Bockeringe pr. Anker 30,00, large 40—44, fall. 35—38, mod. 35—42, beulische 37—44, Deringe, neue Raffes, pr. ½, Lo. 60—120, Dummern, Ia, 100 Pfd. 00, Krebse, pr. Schod, große 00, mittel 11,50—18,00, kleine 00, unjort. 5,00—7,50, Galliger 00, Eier, Länd, pr. Schod 2,80—3,20, Butter pr. 100 Pfd. Ia 115—120, IIa 110—113, IIIa 105—108, abfallende 70—100, Saur Gurken, neue, Schod 2,40—2,60, Pfeffergurken 2,40—2,60, Kartoffeln pr. 100 Pfd. Rosen 1,75—2,00, neue Riste 2,25—2,50, neue blaue 2,25—2,50, neue Herbst 2,25—2,50, Spinat pr. 100 Pfd. 12—18, Karotten pr. Schod 2,00—2,50, Sellerie, biefte, pr. Schod 1,25—5,00, Zwiebeln 100 Pfd. 3,00—4, Peterille, grün, Schod 1,00, Kohlrabi pr. Schod 0,75—1,00, Heiß, dort, pr. Schod 2,40 bis 4,80, Radieschen pr. Schod 0,60—0,70, Salat, pr. Schod 1,00—1,40, Bohnen, krabbe, pr. 100 Pfund 5—10, Bäcksohnen 8—12, Schoten pr. 100 Pfd. 10—16, Pfefferlinge pr. 100 Pfd. 20—27, Roggraben pr. 100 Pfd. 5,00, Blumenkohl pr. Randel 1,00—2,20, Birkenkohl pr. Randel 1,00—2,00, Kohlfahl pr. Randel 2—2,50, Biefkohl pr. Randel 1,50 bis 2,00, Steinpilze pr. 100 Pfd. 25—30, Gurken, Herbst, Schod 0,75—1,00, da, 2,00, Steinpilze pr. 100 Pfd. 25—30, da, Rohden, 2—3,00, da, Riegler 2,00—2,50, da, Fingere, Schod 1,00—2,00, da, Rohden, 2—3,00, da, Riegler 2,00—2,50, Rohrüben, Randel 1,00—1,25, Birnen, Hal, pr. 100 Pfd. 15—25, Siefte 5—14, Zitronen 14—35, Bäckmische 7—14, Heiß, 7—8, Kefjel, ungar., pr. 100 Pfd. 12—15, Italienische 8—15, Siefte 6—25, Stachelbeeren 00, Preiselbeeren 16—22, Karbsen, saure 00, Blaubeeren pr. 100 Pfd. 12—20, Blaumen, ital. runde dunkle pr. 100 Pfd. 15—25, ital. lange gelbe 15—22, ital. runde 15—25, ungarische 10—12, Siefte 8—25, Reinerde 10—22, Zitronen, Reifma 300 Stück 18,00—20,00, 260 Stück 12,00—16,00, 100 Stück 7,00—12,00, 430 Stück, klein 7,00, Biefke, Werberke pr. 100 Pfd. 25—35, Französisch 20—40, Italienische I Riste 1,50—2,00, da, II Riste 1,20—1,60, da, III Riste 1,00—1,30, da, in Rischen pr. 100 Pfd. 35—40

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 16. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
Neues Opernhaus. Die Fledermaus.

Anfang 8 Uhr.
Berliner. Sherlock Holmes, Lesung. Und Pipa tangt.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Carmen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater) Geschlossen.
Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Westen. Die lustige Witwe.
Zentral. Der Kaffeebinder.
Trionon. Die Frau ohne Lächeln.
Lustspielhaus. Spageliebe.
Alteins. Ein idealer Gatte.
Carl Weiß. Adele.
Metropol. Auf ins Metropol.
Apollo. Berlin im Omnibus. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Wintergarten. Lotisjaba. Spezialit.
Vollage. Billy Prager. Spezialit.
Reichshallen. Eitelner Säng.
Urania. Laubentrase 18/19.
Wendts. Der jüngste Ausbruch des Selun.
Sternwarte. Invalidenthr. 57/62.

Ferdinand Bonn.
Berliner Theater.
Donnerstag und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ein idealer Gatte.
Freitag zum erstenmal: Mimensiege. Diplomatie in der Ehe. Das Trottoir roulant.
Sonnabend: Mimensiege. Diplomatie in der Ehe. Das Trottoir roulant.

Neues kgl. Opernhaus (Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.
Donnerstag, den 16. August 1906:
Die Fledermaus.
Freitag zum erstenmal: Das Heimgen am Herd.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.
Heute abend 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Freitag: Die Bohème.
Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag: Hoffmanns Erzählungen.

Zentral-Theater.
(Operette). 8 Uhr:
Kaffeebinder. Operette in 3 Akten.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Spageliebe.

Deutsch-Amerikanisches THEATER. Köpcke-Str. 67-68.
DONNERSTAG, 23. Aug., abends 8 Uhr:
PREMIERE
Gastspiel Adolf Philipp

Im wilden Westen.
4 heitere Bilder m. Ges. v. A. Philipp.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Sonnabend, den 18. August 1906:
Anfang 8 Uhr. Zum 61. Male:
Die Höhle des Löwen.
Schmant in 3 Akten v. M. Desnoesquin und B. Willhaud.
Sonntag und folgende Tage:
Die Höhle des Löwen.
Gastspiel Chahindrey: Rich. Alexander.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Im Theater: Täglich 8 Uhr:
Gastspiel des Herrn Fritz Kidaisch:
Adele.
Im Garten: Gänzlich neues Spezialitäten-Programm.
Anfang 5 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Bernauerstr. 16.
Auf diesen Wunsch!
Nur einmalige Wiederholung!
Die Waife aus Sawood.
Fredo Seybaud, Charakter-Verwandlung - Schauspieler (15 Jahre.)
Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche von 3 Uhr.

Metropol-Theater
Henry Bender. Josef Giampietro. Fritz Massary.

!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Morwitz-Oper.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Carmen.
Große Oper in 4 Akten von Bizet.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Büdel.
Der Postillon von Loujumeau.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Populäre Vorst. bei halben Preisen:
Der Waffenschmied.
Schiller-Theater N. (Friedr. Wilh. Th.). Morwitz-Oper.
Donnerstag u. Freitag: Geschlossen.
Sonnabend, abends 8 Uhr.
popul. Vorstellung bei halben Preisen:
Das Nachtlager in Granada.
Romantische Oper in 3 Aufzügen von Comradin Kreutzer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Sonderl. Opern-Aufführung: Carmen.
Vorbest. ohne Vorverkaufsgeld tagl. im Garten tagl. gr. Militär-Konzert.

Neue freie Volksbühne
Opern-Vorstellung im Schiller-Theater O. (Morwitz-Oper).
Sonnabend, den 19. August, abends 8 Uhr:
Der Freischütz von C. M. Weber.
Billetts für Mitglieder a 1 Mark, für Gäste a 1,20 Mark inkl. Garderobe sind in allen Zahlstellen zu haben. 150/13
Der Vorstand. I. A.: Meier. Hoff.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Wegen kolossaler Nachfrage bis 30. August prolongiert.
Täglich:
16 Löwen sowie 4 neugeborene werden im Publikum herumgeführt.
Die größte Senfaktion u. beste Gruppe der Welt: im Salon des Löwenhändigers. Ein Dompteur, eine Tänzerin im Löwenkäfig und eine Dompteurin mit noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung sämtlicher Bestien aus den Händen des Dompteurs.
The Carl Damman-Familie, Amerikaner beliebteste Afrodaten.
Fund das neue beste Programm Berlin's.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. - Entree 30 Pf. - Vorzugskarten sind gültig.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Wegen kolossaler Nachfrage bis 30. August prolongiert.
Täglich:
16 Löwen sowie 4 neugeborene werden im Publikum herumgeführt.
Die größte Senfaktion u. beste Gruppe der Welt: im Salon des Löwenhändigers. Ein Dompteur, eine Tänzerin im Löwenkäfig und eine Dompteurin mit noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung sämtlicher Bestien aus den Händen des Dompteurs.
The Carl Damman-Familie, Amerikaner beliebteste Afrodaten.
Fund das neue beste Programm Berlin's.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. - Entree 30 Pf. - Vorzugskarten sind gültig.

6. Wahlkreis. Schönhauser Vorstadt.
Sonnabend, den 18. August 1906, in den Gesamträumen des Berliner Prater-Theaters, Kastanien-Allee 7-9:
Großes Sommerfest.
Konzert x Theater x Spezialitäten x Kinderfackelzug
Im Saal: **Tanz.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Eröffnung 1 Uhr. Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet. Anfang 4 1/2 Uhr.
Entree an der Kasse 30 Pf., im Vorverkauf 25 Pf. - Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.
Zahlreichen Besuch erwartet. 219/7*
Das Komitee.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Täglich im Theater 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuv.

WINTERGARTEN
Sonnabend, den 18. August:
Eröffnungs-Vorstellung
Für die nächsten 8 Vorstellungen findet bereits der Billett-Vorverkauf statt.

DOLOCHISCHER GARTEN
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Programm.
Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
♦ Den ganzen Tag Vorstellung. ♦
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Apollo-Theater
10 Uhr! Novität! 10 Uhr!
Großer andauernder Gelerterfolg!
Berlin im Omnibus.
Im zweiten Bilde:
Der Omnibus-Trip.
Vorher: Gute Spezialitäten!
10 7/2 Uhr: Garten-Konzert.
Anfang 8 Uhr.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 (Sehm- u. Bellermannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Das neue August-Programm!
Monte Christo, The Barrot, Henry Sago, Verona de Fonseca, Verwundungs-Schauspielchen. Hierzu:
„Auf fremder Erde“.
Gr. Ausstattung mit Gesang u. Tanz in 3 Bildern von Hugo Schulz.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfackelzug.
Jed. Donnerstag: Gr. Brill-Fourwerk.
Volksbelustigungen aller Art.
Die Kaffeeküche ist v. 1 Uhr an geöffnet.

Rur noch 14 Tage
Rur noch 14 Tage

1. Deutsch-Amerikanischer Cirkus
von Norton B. Smith mit seiner Gesellschaft von Künstlerinnen und Künstlern aus aller Herren Länder.
Berlin, Comeniusplatz, Memelerstraße
Heute und folgende Tage
täglich abends 8 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung
mit neuem Programm.
Preise der Plätze wie bekannt.
210/6 Nat. Behrens, Dir.

Gstbahn-Park
Am Kästrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 17
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Säng.
Anfang
Bodenstr. 8, Sonntag 7 Uhr.

Gustav Behrens Theater,
Berlin O., Frankfurter Allee 88.
Sonnabend, den 18. August:
Eröffnung der Winter-Saison
mit einem erstklassigen, glänzenden Programm. 19733
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 5 Uhr.

Etablissement Buggenhager
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

Freie Volksbühne.

I. Vorstellungsserie I/II. Abteilung:
Sonntag, den 2. September, Berliner Theater, Charlottenstr. 90/92, nachmittags 3 Uhr, im unter künstlerischer Leitung des Direktors Adolf Steinert:

Ludwig Anzengruber: Die Kreuzelschreiber.
Bauernkomödie mit Gesang in drei Akten.

II. Serie I. Abteilung:
Sonntag, den 21. Oktober, im Neuen Schauspielhaus, am Nollendorfsplatz (vis-a-vis Hochbahn).
William Shakespeare: Der Sturm.
Romantisches Schauspiel in fünf Aufzügen.
Unter künstlerischer Leitung des Direktors Alfred Halm und des Oberregisseurs Max Grube. Musik von Humperding.
Musikalische Leitung: Hofkapellmeister Prill und Karl Vach.
Die Vorstellungen der I. bis 18. Abteilung finden in beiden Theatern an den darauf folgenden Sonntagen statt.

Sonnabend, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
17. Kunstabend im Rathaus.
Ordnersitzung: Sonnabend, den 25. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Das Erscheinen aller Ordner ist nötig.

Achtung! Die neuen Mitgliedskarten müssen in den Zahlstellen spätestens bis zum 30. August umgetauscht werden und müssen die August- und Septembermarke enthalten. Spätere Meldungen können nur berücksichtigt werden, soweit in den betreffenden Abteilungen Raum vorhanden ist.

Achtung! Freies Kunstheim! Die Mitglieder werden ersucht, die in allen Zahlstellen ausliegenden Flugblätter und adressierten Fragekarten zur Propaganda für die Erwerbung eines eigenen Theaters abzuholen und sorgfältig auszufüllen und für Weiterverbreitung zu sorgen. Gleichzeitig gelangen die Flugblätter an den Zahlabenden und für die Gewerkschaften im Berliner Gewerkschaftsbureau, Engel-Ufer 15, beim Vorstand der Freireligiösen Gemeinde, des Berliner Volkshors und der Arbeiter-Bildungsschule zur Ausgabe. Die Zahlstellen nehmen sämtliche ausgefüllten Fragekarten zur Weiterbeförderung entgegen. Der Vorstand. I. A.: G. Winkler. 229/10

Max Kliems Sommer-Theater.
Häselstraße 13-15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung**
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: die beliebten Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Klotze Dolly ist da!
Tagl. in Ballett-Entendie.
The Regals musikalischer Akt.
Das Bild des Vaters.
Vollständig in 2 Akten.
Anf. 4 1/2 Uhr. Tanz. Entree 30 Pf.

Sanssouci. Kottbuser Str. 4a.
Sonntg., Montg., Donnerst. und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Säng. und Tanztränzen.
Reu: **Der Sängling.** (Hängendes Sotrepogramm.)
Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.
Sonnt. Beg. 5. Bodenst. 8 U.
Im Vorgart.: Freikonzert.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 68.
Täglich:
Der Verschwend.
Rom. Schauspiel in 2 Aufz. (9 Bildern) v. Ferd. Naimund. Musik v. Krentner.
Nebenher:
12 Attraktionen
ll. a.: Paul Coradini, La Matcheloh, Steffen Bros. Neis Troupe u. v. a. m.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf., num. Platz 50 Pf.
Billetvorverk. v. 10-1 a. d. Theaterkasse.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **Amor von heute.**
Mikardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel.“
Große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Rumelreiter Platz 50 Pf.

Schloß Weißensee.
„Zum Sternecker.“ Inhaber O. Koch.
Heute Donnerstag: **Elite-Tag.**
Militär-Konzert und Spezialitäten-Vorstellung
- Brillant-Feuerwerk. -
Ausstellung Afrika
Afrikanisches Dorf, Negerküche, Beduinen, Zelte, Arab. Kunsthandwerker, Harem, zahlreiche Tiere.
Fantasia, geritten vor dem deutschen Kaiser in Tanger.
1. Vorstellung beginnt 4 1/2 Uhr.
Bannerweihe des Vereins der Molkereibesitzer von Weißensee.
Eintritt 50 Pf. Kinder 15 Pf.

Trionon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die Frau ohne Lächeln.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr
Das glänzende Eröffnungs-Programm.
14 erstklassige Spezialitäten!

Schweizer Garten
Am Königstor - Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten u. Ball.
Berlin arm und reich.
Vollständig mit Gesang in 2 Akten.
Der mysteriöse Wunder-Globus. (Das Rätsel aller Rätsel.)
Der Antipode auf lebender Brücke.
Die 5 Jaksons, Afrohater.
Clothilde u. Bertram.
Trio Schiraflla.
Wochentags: Damenanzug frei.
Anfang 5 Uhr. - Entree 30 Pf.
Dr. Simmel, Prinzess-Str. 41.
Spezialarzt für 137/13
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-6.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber, herzenguter Mann und Vater, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager, der Schneidemüller

Ernst Müller
nach längerem Leiden im 30. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Dies zeigt hiermit Schmerzhaft an: 1906
Die tieftrauernde Witwe nebst Kind und Angehörigen.
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 5 Uhr, vor der Halle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

Sozialdemokrat. Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
Görlitzer Viertel,
Stadtdistrikt 113a.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Arbeiter

Ernst Müller
(wohnhaft Kottbuser Ufer 5), gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
244/20 Der Vorstand.

Verband d. an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Ernst Müller
am 13. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. August, nachmittags 9 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Kirchhof, Hermannstraße, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
76/2 Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
IV. Berliner Reichstagswahlkreis
Nachruf.

Am Sonntag, den 5. August 1906 ist unser Genosse

Adolf Germdorf
beim Baden ertrunken. Die Beerdigung fand am 12. d. M. statt.
Ehre seinem Andenken!
244/19 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 12. d. Mts., verstarb unser Mitglied, der Former

Ferdinand Monis,
Waldstraße 24.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus aus nach dem neuen Paulskirchhof in der Seestraße statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schraubenbrecher

Wilhelm Schmank
am 13. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße aus statt.
Kege Beteiligung erwartet.
152/1 Die Ortsverwaltung.



Bessere Cigaretten als Josetti-Cigaretten sind niemals gemacht worden. Wir können diese Behauptung mit voller Ueberzeugung aussprechen, weil uns langjährige Erfahrung zur Seite steht; und wir sagen ohne jeden Rückhalt, dass

JOSETTI CIGARETTEN

heute weit erhaben über dem höchsten unserer früheren Erfolge stehen. Wenn wir nicht wüssten, dass diese Behauptung wahr wäre und erwiesenermassen wahr auf Grund des Urteils der besten Kritiker der Welt, würden wir unseren guten Ruf, den wir durch langjährige harte Arbeit erworben haben, leichtsinnig aufs Spiel setzen. Josetti-Cigaretten übertreffen alle türkischen Cigaretten durch ihr köstliches Aroma und milde Qualität. Dies sind die beiden Eigenschaften, welche am meisten in feinen türkischen Cigaretten gesucht werden und niemals so vollkommen und in so vollkommener Verbindung gefunden worden sind als in Josetti-Cigaretten.

Josetti

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.

Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Das Aufreihen türkischer Tabakblätter für Josetti-Cigaretten. Die ausgesuchten Blätter werden an Stangen aufgereiht um in der Sonne nachzuweichen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsangehörigen.
(E. N. 86) Hamburg, Verwaltung B.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied

Gottlieb Schneider
am 10. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die liebevolle Teilnahme beim Hinscheiden meines geliebten Mannes, unseres teuren Vaters (senen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.
Rixdorf, den 15. August 1906.
Charlotte Ohlendorf
und Kinder.
Von der Reise zurück. 147/35.

Dr. Max Maschke,
Augenarzt,
Prinzenstraße 42.
Nähmaschinen
(Richter u. Rohmann) billigt, auch gegen Teilzahlung. Buschneide-Sturlos gratis. Rosenthalerstr. 19. 187/22.

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.

Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** | Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad**

Gr. Frankfurterstraße 136. Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.

Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.

2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern
0,75 Mk. (40 Minuten Badezeit.)

Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Hygienische
Bedarfsartikel, Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.

Bestes Teilzahlungs-Geschäft für
Kein Laden. Brennabor-
Bäder. Günstigste Bedingungen.
Berlin SO.,
Louis Barth, Erdbeckenstr. 10a pt.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbaren Kau- u. Schnupftabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak.**
Ratiborer Schnupftabake: Ehssogger, Kownoor, Kardinal, Karotten usw. stets frisch zu billigsten Engrospreisen.
Neu! **Berliner Luft** (Detailpreis: Paket 10 Pl.)
erstklassiger Qualitäts-Schnupftabak aus den Tabakfabriken 1908L*
Amt 4, 3014.

Hamburger Rohrtabak-Haus
Vorstenland-Umblatt leicht und sehr gut brennend, per Pfd. 1.15, 1.20, 1.30 u. 1.35.
Filiale: Berlin N., 297/5* Brunnenstr. 190.

Fey's Salon
Brunnenstraße 184.
Zu Versammlungen und Vergnügungen empfehle mein Lokal zu den billigsten Bedingungen. 3545

Heute: **Pfandauktion**
Große
8 1/2 Uhr beginnend Weidenweg 19.

Nordstift
feinster 1908L*
Nordhäuser Kautabak
Liefere an Großhändler, Händler zu den billigsten Preisen
Athenstädt & Bachrodt, Tabakfabrik, Nordhausen.
Filiale: Berlin NO., Georgenkirchplatz 26.

Keine Cigarre **„Cigaroma“** Keine Cigarette

empfehlenswertestes und billigstes Rauchprodukt
hergestellt aus nur edlen Tabakblättern in der Preislage von 1 1/2 Pf. pro Stück an. Zu beziehen durch den Cigarrenhandel

„Cigaroma“ G. m. b. H. **Fabrik und Hauptgeschäft:**
Berlin SW. 68, Zimmerstr. 13.

Verbandstag der Schneider.

Berlin, 15. August.

Die heutige Sitzung des Verbandstages war eine nichtöffentliche. Den Vertretern der Parteipresse stand jedoch der Zutritt frei. Auf der Tagesordnung stand: Unsere Lohnkämpfe in den letzten Jahren. Der Verbandsvorsitzende Stüßmer-Berlin hielt hierzu ein fast zweistündiges Referat. Er besprach eingehend die verschiedenen Lohnbewegungen und Streiks, untersuchte unter Darlegung der betreffenden Verhältnisse, wie weit in jedem Einzelfalle die von den Streikenden eingeschlagene Taktik als richtig bezeichnet, oder wie weit sie als verfehlt angesehen werden müsse. In Bezug auf den einen oder anderen örtlichen Streit übte der Redner Kritik an der Tätigkeit der betreffenden Streikleitungen und vertrat den Grundsatz, daß vor der Einleitung von Lohnbewegungen die einschlägigen Verhältnisse sorgfältig zu prüfen seien, damit nicht ein Streit ins Werk gesetzt werde, der von vornherein aussichtslos sei. Vor allem müsse darauf gehalten werden, daß die Forderungen nicht ohne ausdrückliche Zustimmung des Hauptvorstandes in eine Bewegung eintreten, da ja doch erstere nur dann erwartet werden können, wenn Lohnbewegungen planmäßig und unter Berücksichtigung der für den gesamten Verband in Frage kommenden Verhältnisse geführt werden. Eingehende Betrachtungen widmete der Referent der großen Aussperrung im Jahre 1905.

In der Diskussion wurden ausschließlich Vorgänge bei verschiedenen örtlichen Streiks und Lohnbewegungen erörtert. Die Delegierten aus den betreffenden Orten verteidigten die von ihnen Kollegen eingeschlagene Taktik und traten der Kritik des Referenten und den von ihnen nicht gebilligten Maßnahmen des Vorstandes entgegen. Aus den Erörterungen, die sehr ins Einzelne gingen, ist zu entnehmen, daß einige Forderungen mit dem Hauptvorstand in Differenzen geraten sind, weil dieser den von den betreffenden Forderungen geplanten Lohnbewegungen die Genehmigung und auch die Streikunterstützung verweigert, weil die im Streikreglement vorgesehenen Bedingungen nicht erfüllt worden waren. Die Vertreter solcher Forderungen suchten nachzuweisen, daß ihre Bewegung notwendig gewesen sei und ihnen die Zustimmung deshalb nicht hätte verweigert werden dürfen. Demgegenüber begründeten die Vertreter des Hauptvorstandes die von demselben für notwendig erachteten Maßnahmen als solche, die durch die Lage der Verhältnisse und unter Berücksichtigung der Gesamtinteressen des Verbandes geboten waren. — Es handelte sich bei diesen Erörterungen nur um interne Verbandsangelegenheiten, die kein öffentliches Interesse haben.

Ein Delegierter, dessen Forderung bei einer Lohnbewegung mit der Hirsch-Dunderschen Organisation zusammengefallen war, führte aus, seine Kollegen hätten dabei die Erfahrung gemacht, daß das Kompromiß mit den Hirsch-Dunderschen, obwohl es nur für die Lohnbewegung abgeschlossen war, nachteilig schädliche Folgen für die Verbandsorganisation gehabt habe, er warne deshalb davor, daß derartige Kompromisse in der Zukunft wiederholt werden.

Die Debatte über den vorliegenden Punkt der Tagesordnung war am Schluß der heutigen Sitzung noch nicht beendet, sie wird morgen fortgesetzt.

Internationaler Gutarbeiterkongress.

Frankfurt a. M., 13. August.

Erster Verhandlungstag.

Es sind anwesend vierzehn Delegierte, inklusive des Sekretärs Espanet. Die Mandatsprüfungskommission schlägt vor, die Mandate von Frankreich, Italien, England, Rumänien, Brasilien, Oesterreich, Schweiz, Dänemark, Deutschland und Belgien anzuerkennen, das Mandat von Portugal dagegen nicht, da Portugal in den letzten Jahren keine Beiträge gezahlt hat. Außerdem wird Wechsle ermächtigt, die russischen Gutmacher von Niga, Warschau und Lodz durch beratende Stimme zu vertreten. Espanet tritt dafür ein, aus Gerechtigkeitsgründen auch das Mandat von Portugal anzuerkennen. Er beruft sich dabei auf frühere Fälle, die der Brüsseler Kongress geschaffen habe, indem er ähnliche Mandate anerkannte. Mallaiou sagt, in diesen Fällen hätten aber die betreffenden nationalen Organisationen später die Beiträge bezahlt. Wechsle macht auf die Konsequenzen eines Beschlusses im Sinne des Antrages Espanets aufmerksam. Vordet empfiehlt, aus Menschlichkeitsgründen dem Vertreter Portugals beratende, aber nicht beschließende Stimme zu geben. Mallaiou schließt sich dem Vorschlage Vordets an. Rödel stellt einen dahingehenden Antrag. Mallaiou hat gegen einen dahingehenden Beschluß nichts einzuwenden, da Espanet der Mandatsträger sei und dessen beratende Stimme der Kongress auf alle Fälle zu hören bekomme. In nationaler Abstimmung wird hierauf beschlossen, daß die Mandatsträger von Portugal und Rußland nur beratende Stimme haben.

Die Tagungszeit des Kongresses wird hierauf auf 9 bis 12 und 2 bis 6 Uhr festgesetzt. Darauf tritt eine Mittagspause ein.

In der Nachmittags-sitzung führt Wechsle-Allenburg den Vorsitz. Sekretär Espanet-Paris erstattet nun zunächst den Tätigkeitsbericht des internationalen Sekretariats der Gutarbeiter. Er sagt, sein Bericht sei mehr eine Würdigung der Situationsberichte in den einzelnen Ländern. Er sei nicht in der Lage gewesen, eine genaue Statistik über den Stand der Organisationen in den einzelnen Ländern zu geben, weil trotz seiner Aufforderung die Organisationen nicht das Material eingeschickt hätten. So sei er auf die Berichte und Korrespondenzen angewiesen. Wenn jetzt einzelne Vertreter ihm Vorwürfe machen wollten, über falsche Wiedergabe der Situation in den einzelnen Ländern, so tragen diese Länderorganisationen selbst die Schuld daran. Man möge dabei weiter bedenken, daß er das Sekretariat im Nebenamt zu verwalten habe. Er habe also nicht die nötige Zeit, seine ganze Kraft dem Sekretariate zu widmen. Dazu komme noch, daß die Organisationen ihm sehr mangelhaft die Berichte eingeschickt haben. Deutschland, Oesterreich und England schickten wohl regelmäßig vierteljährliche Berichte, die anderen Nationen aber nicht. Er sehe selbst ein, daß seine Tätigkeit eine mangelhafte gewesen; aber die Schuld liege nicht an seiner Person. Vielleicht werde es besser, wenn das Sekretariat in deutsche oder österreichische Hände gelegt werde. Er danke für die Ehre, weiter internationaler Sekretär zu sein.

In der Diskussion nimmt zuerst Selznoff-Wien das Wort. Wenn er Kritik übe, so gebe er sich nicht des Glaubens hin, daß er es etwa besser gemacht hätte. Der Sekretär sei mit einer Arbeit betraut worden, die über seine Kraft ging. Hier müsse versucht werden, Änderung zu schaffen. Wenn der Bericht Espanets nicht vollständig ist, so liegt das nicht so sehr daran, daß die Organisationen die Berichte nicht rechtzeitig eingeschickt haben, sondern daran, daß er die Fragebogen für die Generalrapporte nicht rechtzeitig verschickt und die übernommene Arbeit nicht bewältigen konnte. Espanet hätte in Brüssel sagen sollen, daß er nicht genügend Zeit habe, die übertragenen Arbeiten auszuführen. Reklamationen seitens der Nationalorganisationen hätten keinen Zweck gehabt. Alles, was heute Espanet zu seiner Entschuldigung vorbringe, hätte er früher sagen müssen. Mit diesen Einwendungen nehme er den Bericht entgegen.

Allibert-Paris schließt sich der Kritik Selznoffs an. Wenn Espanet zu seiner Entschuldigung gesagt habe, daß die französische Organisation keine Statistiken gebe, so sei das richtig. Das geschähe aus taktischen Gründen, damit das Unternehmertum nicht über den Stand der Klasse informiert werde. Für einen Bericht an den internationalen Kongress hätte Espanet die Zahlen bekommen, wenn er ihn darum ersucht hätte. Für die Kontrollkommission sei die Tätigkeit sehr schwer gewesen, weil Espanet zu

große Autorität auf sie ausgeübt und eigenmächtig gearbeitet habe. Darauf sei auch ein Teil seiner Unfruchtbarkeit zurückzuführen.

Espanet-Paris erwidert ziemlich erregt: Er hätte die jährlichen Berichte nicht eingereicht, weil er doch außerhande gewesen sei, den Allgemeinbericht anzufertigen. Wenn man ihm heute sage, er hätte 1903 in Brüssel die Situation klar ins Auge fassen sollen, so erwidere er darauf, er habe nicht gewußt, daß die Arbeit so umfangreich sei. Er wendet sich dann gegen die Ausführungen Alliberts. Gerade die französischen Kollegen hätten am wenigsten Ursache, sich über ihn zu beschweren; denn gerade in deren Interesse sei er tätig gewesen und habe darüber die Arbeiten für das internationale Sekretariat vernachlässigen müssen. Was man von seiner Autorität gegenüber der Kontrollkommission sage, sei ein Märchen.

Reina-Ronza erklärt, daß in den Ausführungen der deutschen und österreichischen Delegierten viel Wahres enthalten sei. Er pflichte dem bei, daß die Berichte über Streiks usw. stets sehr mangelhaft gewesen seien. Angaben über die Zahl der Streiks, ihre Bedeutung usw. hätten meistens gefehlt. Ein internationales Sekretariat könne nur dann gut wirken, wenn alle Einläufe sofort überföhrt und erledigt und alle Vorgänge in der Bewegung genau verfolgt würden. Hier müsse mit der Verbesserung eingeseht werden. Er bitte, die gemachten Fehler zu vergessen und dahin zu streben, daß für die Zukunft das Sekretariat besser wirke.

Mallaiou-Denton findet, daß der Fehler Espanets nicht darin liege, daß er zu wenig getan, sondern weil er zu viel tun wollte. Wenn er nicht die vierteljährlichen Berichte eingeschickt habe, so aus dem Grunde, weil er den Jahresbericht eingeschickt und dadurch dem Sekretariate Ueberseherkosten gespart habe. Die Aufgabe eines internationalen Sekretariats könne nicht sein, daß der Sekretär Agitationsreisen mache, sondern die organisatorischen Arbeiten erledige. Im übrigen wünscht er für die Folge genauere Abrechnung über die Streiks und eine internationale Unterstützung nur dann, wenn es sich um größere Konflikte handele. Sonst müßten die Nationalorganisationen die Kosten selbst tragen.

Rödel-Berlin rügt, daß Espanet die deutschen Berichte nicht gewissenhaft genug verfolgt habe, dann hätte er auch genaue Generalrapporte geben können. Wenn Espanet sage, sein Bericht sei mehr eine Würdigung der Situation in den einzelnen Ländern, so müsse er sagen, diese Würdigung sei bezüglich der deutschen Verhältnisse doch eine sehr schlechte. Rödel protestiert entschieden gegen die Darstellung der deutschen Taktik in dem Berichte Espanets. Was da von „Eindämmen“ usw. gesagt werde, sei total unrichtig. Die deutschen Arbeiter seien mindestens so kampfbereit, wie die österreichischen. Was Oesterreich an Streikunterstützung geleistet habe, wolle er anerkennen; aber Deutschland habe das selbe getan. Deutschland brauche sich vor Oesterreich nicht zu schämen. Das gebe er zu, daß die Deutschen in Streiks etwas vorsichtiger seien, wie die Arbeiter anderer Nationen. Zur Behebung der Uebelstände im internationalen Sekretariat stellt Rödel folgende Anträge:

Das internationale Sekretariat ist zu verpflichten, endlich nachstehende Beschlüsse des internationalen Gutarbeiterkongresses 1903 in Brüssel zur Ausführung zu bringen. Diese außer acht gelassenen Beschlüsse lauten: Der internationale Sekretär hat von den bundesangehörigen Verbänden alljährlich einen Bericht über die numerische Stärke und Leistungsfähigkeit der Organisationen, sowie über die Vorkommnisse in den Organisationen und im Verufe einzufordern.

Diese Berichte hat das Sekretariat alljährlich zu einem Generalbericht zusammenzufassen und den beteiligten Verbänden zur Publikation einzusenden.

Podrahsli-Wien erklärt sich mit den Vorschlägen Rödel einverstanden. An den Mitgliedschaften des internationalen Sekretariats seien wohl zum Teil die Differenzen Schuld, die unter den Franzosen selbst herrschen. Deshalb dürfe Espanet auch die Kritik, die hier an seiner Tätigkeit geübt werde, nicht persönlich auffassen. Nach seiner Meinung liegt die Stärke der Gewerkschaften in der Verhütung der Streiks; insofern sei die Taktik der Deutschen, Oesterreicher und Franzosen allerdings verschieden. Wenn Espanet heute früh gesagt habe, die Franzosen publizierten ihre Kasernenberichte nicht, um die Unternehmer nicht in die Karten sehen zu lassen, so sei das ein Eingeständnis der Schwäche. Gerade die Kenntnis der Stärke der Gewerkschaften und ihrer Kasernen flöße dem Unternehmertum Respekt ein. Im übrigen ist er der Meinung, daß es vielleicht das beste ist, wenn der Sitz des internationalen Sekretariats von Paris verlegt werde.

Vordet-Paris bedauert, daß Espanet die Debatte ziemlich persönlich geführt habe. Die Kontrollkommission habe öfters die Tätigkeit Espanets beanstandet. Die Franzosen hätten seinerzeit das internationale Sekretariat übernommen im vollsten Pflichtgefühl; er bedauere, daß das Sekretariat die Erwartungen nicht erfüllt habe, die man in es gesetzt habe.

Reina-Ronza meint, manches Mißverständnis würde vermieden, wenn die einzelnen Nationalorganisationen ihre Berichte in der Sprache abfäßen, die der betreffende Sekretär als Landessprache beherrscht. Er beantragt, das Sekretariat sei zu beauftragen, in der strengsten Weise die Beschlüsse des internationalen Kongresses auszuführen. Unter dieser Voraussetzung will er den sachlichen Teil des Berichtes des Sekretärs Espanet anerkennen wissen.

Wechsle-Allenburg erklärt, daß die Deutschen für die Resolution Reina stimmen werden, nachdem Espanet erklärt, daß die Angriffe auf die Deutschen im Berichte nicht von ihm, sondern von dem Uebersetzer herrühren.

Mallaiou-Denton erklärt, wenn die Resolution Reina sich auf die Anerkennung der nationalen Berichte in dem Tätigkeitsberichten beziehen sollte, so müsse er dagegen stimmen, da in dem englischen Berichte grobe Reklamationen enthalten seien.

Espanet-Paris hat diesen Irrtum auf. Die Resolution Reina wird hierauf einstimmig angenommen. Das gleiche geschieht mit den Anträgen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns betreffend die weitere Tätigkeit des internationalen Sekretariats.

Soziales.

Eine Muster-Heilanstalt.

Ueber skandalöse Zustände in einer Heilanstalt geht uns unter dem 8. August aus Sälzhayn folgender Bericht zu: Das Sanatorium des Herrn Dr. Hirschfeld liegt inmitten des Sälztales in Sälzhayn am Sälzberg, von herrlichen Waldungen umgeben; hohe Berge und tiefe Schluchten ergötzen das Auge, eine reine frische Luft läßt die Brust freier aufatmen. Aus dem eintönigen Großstadtdrummel in das schöne Harzgebirge versetzt, glaubt der Kranke baldiger Genesung entgegenzusehen zu dürfen. Vieler Hoffnungen sind schon zu Grunde gekommen. Seit circa 1 1/2 Jahren belegt die Brandenburger Versicherungsanstalt die „Heilstätte“ des Herrn Dr. Hirschfeld durchschnittlich mit 80 Kranken. Ein Verein aus Bremen sendet ebenfalls Erholungsbedürftige hierher, so daß durchschnittlich 70 Kranke anwesend sind. — Die Anstalt ist aber nur für 30 Kranke konzipiert! Die Einrichtungen sind sehr primitiver Art. Der Speisesaal — für 70 Personen — hat eine Länge von circa 12 1/2 Meter und eine Breite von 4 1/2 Meter. Schlafzimmer sind vorhanden für eine bis sechs Personen, jedoch stehen in einzelnen Zimmern mehr Betten wie die Vorschriften erlauben.

Liegebetten sind fast vorhanden und so vollgeproßt, daß man sich nicht rühren kann. Leses-, Schreib-, Spiel- oder Arbeitszimmer gibt es nicht, diese Räume sind nach der Auffassung der Besitzerin Dr. Hirschfeld selbst weilt seit längerer Zeit in einer —

anderen Heilanstalt) überflüssiger Luxus. Ein Bade- und Waschraum ist vorhanden; in diesem befinden sich ein Badeseifen und zwei Bännen. Tische gibt es in den Schlafzimmern außer den Nachtischen nicht. Die Kranken sind meistens genötigt, Briefe auf dem Schoß im Liegestuhl zu schreiben. Kleinere Arbeiten, wie Anfertigung von Decken, werden ebenfalls auf den Liegestühlen ausgeführt. Die Verpflegung ist durchaus unangenehm, sie war eine Zeitlang derartig schlecht, daß es die Kranken vorzogen, Eier und andere Speisen selbst zu kaufen, um etwas bei Kräften zu bleiben. Verschrieben wegen Verabfolgung saurer und nicht gut riechender Wurst waren an der Tagesordnung. Eine von der Landesversicherung angeordnete Untersuchung durch Landesrat Maier hatte zur Folge, daß für einige Wochen etwas Verbesserung eintrat, bald aber war die alte Geschichte wieder im Gange.

Der leitende Arzt erkannte an, daß die Speisen nicht genießbar waren, aber helfen konnte er nicht. Das Wasser ist oft ungenießbar. Seit acht Tagen ist das Essen wieder etwas besser, ob's lange dauert, ist eine andere Frage.

Das übliche Abreiben mit kaltem Wasser macht wer will, Wärter, die in anderen Anstalten dabei helfen müssen, gibt es hier nicht. Innerhalb sechs Wochen wurden kaum 30 Wäber verabreicht. Ankommende blieben 14 Tage lang ungebadet. Der Badeofen war alle paar Tage kaputt. Die Wasserpumpe funktionierte nicht. Die Wasserleitung, die seit langer Zeit gelegt ist, lieferte kein Wasser, und so sehen die Kranken sich oft gezwungen, Wasser aus der Sülze zu holen, um sich waschen zu können. In die Sülze werden alle Abwässer von den Anliegern eingelassen — tote Hunde, Katzen, Mäuse und sonstiger ekelregender Unrat.

Der leitende Arzt tat was er konnte, allerdings die Wasserpumpe konnte er nicht finden. Reparaturen durfte er auf ausdrückliches Verbot des Besitzers nicht vornehmen. Bis vor 12 Wochen waren nicht einmal Badetische vorhanden. Im Waderäume mußte man sich aus- und ankleiden. Einen Vorrat gab es bisher nicht, jetzt ist ein solcher vorgebaut, jedoch dient er als Waschkammer, Vorbereitungs-, Wiegelstube, Aufwahrungsraum für Medikamente usw. Milch- und Kaffeetöpfe sehen oft so einladend aus, daß man schon satt ist, wenn man das vorgelegte Eßgeschirr ansieht. Kranke, von denen festgestellt, daß sie Bazillen haben oder leibstoptkrank sind, haben kein besonderes Eßgeschirr. Verschiedene Patienten sind hier halbtot geworden. Leibwäsche und Kleidung muß jeder Kranke selbst halten. Die Leib- und Bettwäsche muß nach einer Belüftungsdauer vom 2. August jetzt einen Tag früher abgegeben werden — damit sie vor dem Waschen desinfiziert werden kann. Wie war's bisher damit? Die Matratzen der Betten und Liegestühle werden bei Wechsel der Kranken oft nicht desinfiziert, ja sogar nicht einmal ausgewaschen! Ein Desinfektionsraum ist zwar vorhanden, derselbe dürfte aber als solcher kaum gelten. Es steht dort ein kleiner, runder Kessel für Formalin, wie ihn die Kammerjäger in Berlin zu besitzen pflegen. Zeit- und Leibwäsche, Wolldecken usw. werden auf einen Haufen geworfen, etwas Formalin entspricht dem Kessel und die Sache ist abgetan. Die Tür, welche den Raum abschließt, ist nicht dicht, die Gase entweichen sofort.

Das nennt man desinfizieren. Ein Fall ist bekannt, daß ein Zimmer, in dem ein Schwerverkranker gelegen hatte, vor der Neubelagerung — desinfiziert worden ist. Die frischgewaschene Wäsche bedeckt oftmals die Frage heraus: Hat denn diese Wäsche überhaupt Wasser und Seife gesehen? Die Reinigung der Zimmer wird so schlecht besorgt, daß Staub und Schmutz in allen Ecken umherliegt. Der Sputumraum steht oft geradezu ekelregend aus. Die Verbrennung des Futters geschieht nicht jeden Tag, und der Herd ist in einer derartigen Verfassung, daß sobald mehrere Flaschen entleert sind, der Schleim unten durchsickert und so den Fußboden bedeckt. Die Patienten, die ihre Sputumflaschen entleeren, schleppen an den Säulen den mit Bazillen durchtränkten Auswurf durch die ganze Anstalt. Wasser, womit man die Flaschen reinigen kann, ebenso Desinfektionsmittel fehlen sehr oft. Auch hier konnte der leitende Arzt, dem alle Mißstände bekannt waren und sie auch anerkannte, keine Remedur schaffen. Dazu fehlt es schon an genügend geschultem Personal. Zum Reinigen der Zimmer und zur Verpflegung der Kranken sind vorhanden: 1 Wärter, 3 Hausdiener und seit einigen Tagen eine Reinemachefrau, in der Küche anwesend eine Köchin, 2 Mädchen, eine Bedienung. Als Assistentin des Arztes wirkt eine Schwester. Das ist das ganze Personal. Und der leitende Arzt darf nichts unternehmen, was dem Besitzer nicht beliebt: Sechs Jahre hat es schon so gegangen, und es wird auch weiter so gehen, so die Antwort der Besitzerin gegenüber der gemachten Vorschläge. Und in 22 Wochen hat die Dame schon vier Ärzte verschifft. Hinter dem Hause sah es nach einer Müllabladestelle aus. Dort wurden alle Abfälle gelagert. Der Müllhaufen verschwand; der Arzt und einige Patienten legten Hand an Werk, es wurde gebuddelt, Mist abgefahren und schließlich ein kleiner Raten angelegt. Es war wenigstens hinter dem Hause etwas Keimlichkeit geschaffen. Im Hause ordnete der Arzt zweibediene Änderungen an. Das paßte der Besitzerin nicht. Der Arzt, der seine Stellung selbst schon zum 1. Oktober gekündigt hatte, weil er es mit seiner ärztlichen Würde nicht vereinbaren konnte, in solcher Anstalt tätig zu sein, wurde plötzlich entlassen. (Wir nennen den Namen des Arztes nicht, weil dieser befürchtet, es könne ihm in seiner Praxis Schaden, wenn bekannt würde, daß er in dieser Anstalt tätig war.) Eine Kommission, die vor 14 Tagen auf Anregung des Landesrates Herrn Maier und auf allgemeines Verlangen sämtlicher Patienten gewählt wurde, bemühte sich vergeblich um Abstellung der Mißstände.

Der Kommission bezw. ihrem Obmann sollte ein jähes Ende bereitet werden. Am 27. Juli 12 Uhr mittags mußte der Arzt die Anstalt verlassen. Um 1 Uhr kam ein neuer Arzt und der Obmann der Kommission sollte wandern. Die Besitzerin meinte, der Obmann der Kommission habe die Patienten ausgehehlt. Die Patienten erklärten, sie würden eventuell mit dem Obmann hinausgehen. Das veranlaßte die Dame einzulernen. Der neue Arzt, Dr. Kessel, hielt eine Ansprache an die Patienten, die in der Aufforderung gipfelte, den guten Ruf (!!), den das Haus bis jetzt besessen habe, ferner zu bewahren. Der Kommission aber gab er noch zu verstehen, daß er vom Militär pensioniert sei und jetzt noch ein Studium machen wolle. Troy seiner 66 Jahre sei er gern bereit, sein Studium zu verabschieden. Zu dem vorigen Arzt hatten sämtliche Patienten volles Vertrauen. Auf den neuen Arzt ging keine Spur davon über. 48 Patienten beauftragten die Kommission, die Landesversicherungsanstalt Brandenburg davon in Kenntnis zu setzen. Das geschah. Die Folge war die Entlassung des Obmanns und eines anderen Kommissionsmitgliedes. Mehrere Patienten gingen freiwillig. Aber dieser Siege werden Dr. Kessel und die Besitzerin sich nicht lange zu erfreuen Gelegenheit haben. Die Versicherungsanstalt hat mittlerweile die Beschwerden geprüft, auf ihre Berechtigung hin untersucht und den Tatsachen entsprechend befunden. Die weitere Folge ist, daß die Versicherungsanstalt der Anstalt keine Kranken mehr überweisen wird. Damit darf die Angelegenheit aber nicht erledigt sein. Es ist Aufgabe der Gesundheitsbehörden, das Muster-Sanatorium unter scharfer Kontrolle zu stellen, dafür zu sorgen, daß Verhältnisse wie die hier geschilderten für die Zukunft unmöglich sind.

Aus Industrie und Handel.

Die armen Aktionäre.

Fortgesetzt wird über Freidestigerung berichtet, die sich auf fast alle industriellen Erzeugnisse erstreckt. Dem Kohlenyndikat folgend, haben nun auch die schiffschiffhändlerischen Großhändler die Preise hinausgesetzt. In den letzten Wochen sind die Preise für Stabeisen von 125 M. auf 145 bis 160 M. pro Tonne hinaufgegangen. Die

Zweite ordentliche Generalversammlung des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Hamburg, 14. August.

Aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission geht hervor, daß 29 Zahlstellen durch 62 Delegierte vertreten sind. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

Dem von Ewald erstatteten Vorstandsbericht entnehmen wir folgende Angaben: Zurzeit bestehen 33 Zahlstellen mit 2300 Mitgliedern gegen 11 Zahlstellen mit 1150 Mitgliedern im Vorjahre. Die Zahlstelle Berlin zählt 822, die Zahlstelle Hamburg 413 Mitglieder. An Sterbefällen wurden 1950 M. gezahlt, für Rechtschutz 1608 M. Den streitenden Metallarbeitern wurden 500, den Lederarbeitern und Buchbindern je 100 M. überwiesen. Die Agitation erforderte eine Ausgabe von 1715 M.

Aus dem vom Hauptkassierer Fischer-Vorlin vorgelegten Kassenbericht ist ersichtlich, daß die Gesamteinnahmen des Verbandes von 21 691 auf 27 890 M. gestiegen ist. Das Vermögen des Verbandes beträgt 19 841 M. gegen 14 818 M. im Vorjahre.

Wie Ostfeld-Hamburg im Namen des Ausschusses berichtet, haben Beschwerden gegen die Geschäftsleitung nicht vorgelegen. Ein Ausschluß sei vollzogen worden, der die Generalversammlung als oberste Instanz beschäftigen werde.

Die Revisoren haben die Kassenführung in bester Ordnung befunden.

Mit der Tätigkeit des Vorstandes ist man im allgemeinen einverstanden. Gefordert wird allseitig eine intensive Agitation und Aufklärung der Parteigenossen über die Verbandsziele, damit die Animosität gegen den Verband verschwinde.

Darauf wird der Geschäftsleitung einstimmig Decharge erteilt. Ueber den Punkt „Agitation und Organisation“

führte von der Heyden-Köln aus: Noch weite Bezirke in Deutschland müßten planmäßig bearbeitet werden, was am besten durch Bezirkseinteilung und Einsetzung von Agitationskomitees geschehe. Viele politisch und gewerkschaftlich organisierte Gastwirte zögen es vor, einem bürgerlichen Wirteverein weiter anzugehören, obwohl unser Verband ihnen dieselben Vorteile gewähre und große Erfolge aufzuweisen habe. Es gebe leider auch viele Parteigenossen, die unseren Verband mit großem Mißtrauen betrachten und lieber zu blauen Wirten gingen als zu unseren Mitgliedern, wie auf der anderen Seite ebenfalls gesündigt werde. Pflicht der sozialdemokratischen Wirte sei es, an den von der Partei veranstalteten Versammlungen, Kommunalwahlen usw. teilzunehmen.

Die Polizeibehörden brauche man nicht wie den leibhaftigen Gottseibeiuns zu fürchten, und gefährlichen Übergriffe, so müsse dagegen eben Front gemacht werden mit Hilfe des Verbandes. Vielesach gingen die Wirte Verträge mit Brauereien ein, die sie in Schuldneidenschaft führen. Von einem freien Verhältnis könne da nicht die Rede sein. Er behaupte, daß neun Zehntel der Gastwirte unfreier seien als offenkundige Landarbeiter. Redner ersucht um Annahme seiner auf Bezirkseinteilung und Einsetzung von Agitationskomitees abzielenden Resolution.

In der recht lebhaften Debatte verlangen mehrere Delegierte eine intensive Agitation unter den sich sozialdemokratisch fühlenden Wirten, sowie eine Aufklärung der Parteigenossen über die Bestrebungen des Wirteverbandes, damit schiefe Auffassungen beseitigt werden. Auch müßte mit den Gewerkschaftsfraktionen Fühlung genommen werden, was beiden Parteien zum Vorteil gereichen würde.

Die Resolution wird angenommen mit dem Zusatz: „Der Vorstand hat das Recht und die Pflicht, zum Zweck einer einseitigen Agitation je nach Bedarf eine Zusammenkunft zu veranstalten und von Zeit zu Zeit im Verbandsorgan kurze Anweisungen für die Agitation zu geben.“

Ueber die „Bierpreisverhöhung“ referierte Ditfin-Vorlin. Nach lebhafter Aussprache wurde folgender Resolution zugestimmt:

„Die am 13. August 1906 in Hamburg tagende zweite Generalversammlung des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands protestiert auf das entschiedenste gegen das Vorgehen der deutschen Brauereien, die Brausteuer auf die Wirte abzuwälzen.“

Die wirtschaftlich-soziale Lage des Gastwirtsberufes ist als eine durchaus unbefriedigende zu betrachten. Zu den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen kommen die immerwährenden Steigerungen der Mieten und Abgaben und ganz besonders die Lebensmittelpreise. Durch die verwerfliche Regierungspolitik der indirekten Besteuerung wird das Gastwirtsberufes durch Einführung der Bier- und Brausteuer noch ganz besonders schwer belastet. Schematisch Hand in Hand tritt zu dieser Verleumdungspolitik der Regierung die Deutepolitik der Brauereien.

In elender Verblüdung, getrieben durch die Gabsucht dividendensaugender Aktionäre, werden von den Ringbrauereien für ihre Produkte Preise diktiert, welche die Degimierung des Berufes unausbleiblich erscheinen lassen.

Die Vertreter des Verbandes sprechen daher den organisierten Kollegen, welche bis jetzt manhaft eine Preisverhöhung zurückgewiesen haben, ihre volle Sympathie aus und erwarten von allen, daß sie den Kampf bis zum äußersten führen und jede erhöhte Forderung strikte ablehnen werden.

Gegenüber dem unaufrichtigen Wettbewerb, welchen die Brauereien auf dem Gebiete des Flaschenbierwesens führen und wodurch dem deutschen Wirteberuf die schärfste Konkurrenz gemacht wird, sowie den Vergünstigungen, welche die Brauereien unabhängigen Kunden gewähren, indem sie diesen Bier bis zu 2 M. unter Tagespreis liefern, erachtet wir den Beweis erbracht, daß die Brauereien die erhöhte Brausteuer und auch die sich aus den Wirkungen des Zolltarifs ergebenden anderen Mehrbeiträge selbst aufbringen können.

Die Generalversammlung verurteilt ganz entschieden das Vorgehen der Kollegen in Leipzig, Kassel, Hannover, Schleswig-Holstein und anderen Orten, welche ohne Rücksicht auf die Stimmung des Publikums den Preisauflschlag geduldsig hinnahmen und diesen Aufschlag auf die Gäste abwälzten, in einem noch höheren Maße, wie es bedingt war.

Die Generalversammlung protestiert ferner dagegen, die deutschen Wirte in einem noch größeren Maßstabe wie bisher zu Heloten und Sklaven des Braukapitals zu machen, wie solches durch den Kundenschutz usw. geschieht, und erwartet, daß die noch fernstehenden Kollegen sich baldigst organisieren.

Die Delegierten versprechen diesen Bestrebungen einen warmen entgegenzusehen durch Gründungen und Unterstützung von Genossenschaftlichen, um den Brauereien geschlossen gegenüber treten zu können.

Die in Hamburg versammelten Vertreter der sozialistisch denkenden Gast- und Schankwirte richten an die organisierte Arbeiterschaft und das rechtlich denkende Publikum Deutschlands die höfliche Bitte, den Gastwirten im Kampfe gegen die Bierverleumdung die Sympathie und ihnen die solidarische Unterstützung zu bewahren.“

Die Frage der „Konzessionssteuer“ wird von von der Heyden behandelt. Die von ihm eingereichte Resolution findet einstimmige Annahme.

Dem Vernehmen nach will man dem Gast- und Schankwirtsberuf eine Sonderbesteuerung zu den vielen auferlegen, nämlich eine Konzessionssteuer.

Die 2. Generalversammlung des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands protestiert energisch gegen eine solche Besteuerung und verweist auf alle die drückenden Lasten, welche heute auf unserem Gewerbe ruhen.

Die Generalversammlung erwartet, daß die gesetzgebenden Körperschaften einer solchen Steuer, die nur dazu angetan ist, zahl-

reiche kleine Existenzen im Wirtegewerbe zu vernichten, die Zustimmung verweigern werden.“

Von den Anträgen allgemeiner Natur wurde dieser angenommen:

„Die 2. Generalversammlung spricht denjenigen Kollegen, welche sich in Vertrauensstellungen der Partei befinden und gleichzeitig Mitglieder eines bürgerlichen Wirtevereins sind, ihre schärfste Mißbilligung aus. Die Versammlung sieht auf dem Standpunkt, daß diesem Doppelspiel ein Ende gemacht werden müsse und erwartet von den Parteinstanzen, daß sie uns in diesem Sinne unterstützen.“

Hamburg, 15. August.

In der Vormittagsitzung wurde u. a. folgender Antrag der Zahlstelle Hamburg angenommen:

„Der Vorstand zu beauftragen, fortlaufend eine Statistik zu führen über ringfreie Brauereien in den Städten, wo wir Zahlstellen haben, und wie viel diese Brauereien produzieren, damit jede Zahlstelle sich leicht orientieren kann, wie viel Ware anzuschaffen ist bei einem Streik oder Pökkott in einer Zahlstelle.“

Partei-Angelegenheiten.

An die Berliner Genossen richten die Genossen von Jüterbog folgenden Aufruf:

In Jüterbog findet am Freitag, den 17. d. M., die Erftwahl in der dritten Abteilung zur Stadtverordnetenversammlung statt. Der Kampf ist ein äußerst heftiger. Ein Genosse sitzt bereits im Jüterboger Stadtparlament, ein zweiter soll am Freitag hinzugewählt werden. Um der Arbeiterschaft zum Siege zu verhelfen, ist es absolut notwendig, daß die 40-50 Maurer, Zimmerer usw., welche in Berlin und den Vororten arbeiten, am Freitag zur Wahl in Jüterbog anwesend sind und dort ihr Wahlrecht ausüben. Es ist dringend notwendig, daß ein jeder dazu Verurteilung seiner Wahlpflicht nachkommt. Die Jüterboger Genossen ersuchen darum, doch alle diejenigen, die hier in Frage kommen, auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. Denn nur, wenn jeder einzelne seine Pflicht erfüllt, wird die Arbeiterklasse den Sieg davontragen und einen weiteren Vertreter in das Stadtparlament, das heute fast ausschließlich aus Spielbügeln erster Qualität besteht, entsenden. Kandidat der Arbeiterschaft ist der Textilarbeiter Genosse Patwera.

Reinholdsdorf und Umgebung. Wir machen unsere Mitglieder nochmals auf die am 16. d. M. bei Sadat, Reinholdstr. 124, stattfindende öffentliche Versammlung aller an Zentralverbänden angeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder behufs Gründung eines Gewerkschaftsartikels aufmerksam und bitten um rege Beteiligung.

Der Vorstand.

Rudow. Die nächste Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 18. d. M., abends 8 Uhr bei Palm statt. Wegen der reichhaltigen Tagesordnung wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Zur Berechnung der Säuglingssterblichkeit

so!., so lesen wir in einigen Zeitungen, der Leiter des Charlottenburger Statistischen Amtes, Professor Dr. Nahls, eine „neue und lehrreiche Methode“ angewandt haben. Er vergleiche die Zahl der Säuglingssterbefälle nicht mit der Zahl aller Sterbefälle, sondern mit der Zahl der Geburten. Diese Methode ist aber nicht „neu“, sondern schon recht alt. „Neu“ ist sie dem Verfasser der Notiz wohl deshalb erschienen, weil jene ganz alte Methode, den Anteil der Säuglinge an der Gesamtsterblichkeit als Maßstab für die Säuglingssterblichkeit zu nehmen, im letzten Monatsheft der Veröffentlichungen des Charlottenburger Statistischen Amtes von Professor Nahls als fehlerhaft bezeichnet und mit Hilfe eines drastisch wirkenden Zahlenmaterials dem Leser in all ihrer längst bekannten Wertlosigkeit gezeigt wird.

Nahls stellt da für Berlin und zwanzig Vororte zwei Tabellen nebeneinander, die die Säuglingssterblichkeit des Jahres 1904 beleuchten sollen. Die eine teilt mit, wie stark die Säuglingssterblichkeit an der Gesamtsterblichkeit beteiligt war, die andere weist nach, in welchem Verhältnis die Zahl der Säuglingssterbefälle zur Zahl der Geburten stand. Nach Angabe der einen Tabelle waren unter je 1000 Gestorbenen 3, 9 in Berlin 293 Säuglinge, aber in Blöhensee nur 67, andererseits in Hohen-Schönhausen 608. So bedeutende Unterschiede — Blöhensee und Hohen-Schönhausen stellen die beiden Extreme dar — erklären sich hauptsächlich aus der Ungleichheit der Geburtenzahl. Auf je 10000 Einwohner kamen nämlich in Berlin 248 Lebendgeborenen, aber in Blöhensee nur 47, andererseits in Hohen-Schönhausen 426. Wo wenig Kinder geboren werden, können natürlich (falls nicht viele Säuglinge von außerhalb mitzubringen) auch nur wenig Säuglinge sterben, so daß der Anteil der Säuglingssterblichkeit an der Gesamtsterblichkeit gering ausfallen wird. Wo aber die Geburtenzahl hoch ist, da ist von vornherein eine hohe Zahl von Säuglingssterbefällen zu erwarten und dementsprechend auch ein hoher Anteil der Säuglingssterblichkeit an der Gesamtsterblichkeit. Die andere Tabelle ergibt ein durchaus anderes Bild. Auf je 1000 Lebendgeborene kamen z. B. in Berlin 200 Säuglingssterbefälle, aber in Wilmersdorf nur 101, dagegen in Weihensee 341. Hier sind Wilmersdorf und Weihensee die Extreme. Auf Wilmersdorf folgen Stralau mit 125 Säuglingssterbefällen auf je 1000 Lebendgeborene, Friedenau mit 130, Schöneberg mit 151, Steglitz mit 163, Zehlendorf mit 164, Pantow mit 166, Charlottenburg mit 171, Lichterfelde mit 177, Treptow mit 186. Dann kommt Berlin mit, wie oben angegeben, 200 Säuglingssterbefällen auf je 1000 Lebendgeborene, weiter Nieder-Schönhausen mit 203, Reinholdsdorf mit 216, Tempelhof mit 220, Rixdorf mit 222, Lichterberg mit 246, Friedrichsfelde mit 260, Vorhagen, Nimmelsdorf mit 274, Hohen-Schönhausen mit 293, Blöhensee mit 294 und schließlich Weihensee mit, wie angegeben, 341. Blöhensee und Hohen-Schönhausen, die nach der ganz alten Methode die Extreme waren, stehen nun — wie man sieht — zufälligerweise dicht nebeneinander. Das Beispiel wirkt sehr überzeugend und ist recht geeignet, die Sinnlosigkeit jener veralteten Methode vor Augen zu führen.

Rebenbei bemerkt: auch die andere Methode, die übrigens von Nahls selber mit keiner Silbe als „neu“ hingestellt wird, ist selbstverständlich noch lange nicht einwandfrei. Sie ist nur weniger mangelhaft, aber ganz ohne Mängel ist auch sie nicht. Einen nahezu richtigen Maßstab für die Höhe der Säuglingssterblichkeit kann die Zahl der jeweils lebenden Säuglinge abgeben, aus deren Mitte der Tod sich seine Opfer holt. Dieser Maßstab ist aber sehr viel weniger leicht zu beschaffen; bei Vororten, die kein

Statistisches Amt haben, ist das überhaupt nicht möglich. Eine möglichst vollkommene Methode, die Säuglingssterblichkeit zu berechnen, ist unentbehrlich für die Sozialhygiene. Sie würde in vollster Klarheit die Tatsache hervortreten lassen, daß die Höhe der Säuglingssterblichkeit eines Ortes wesentlich und hauptsächlich abhängt von der wirtschaftlichen Lage seiner Bevölkerung. Schon die Zahlenreihe, die wir oben mitgeteilt haben, läßt das deutlich genug erkennen. Alle westlichen Vororte stehen in ihr günstiger als Berlin, fast alle übrigen Vororte zeigen ungünstigere Verhältnisse. Im Westen sind eben die Wohlhabenden stark unter der Bevölkerung vertreten — im Osten, im Norden usw. sind sie nur dünn gesät und verschwinden in der Masse der Unbemittelten.

Etwas ehrlicher!

Ueber die Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz finden wir in der bürgerlichen Presse eine Betrachtung, die über Wesen und Zweck dieses Unternehmens Aufschluß gibt. Neues wird darin nicht gesagt; es ist ja hinreichend bekannt, daß das Rote Kreuz im Kriege den Sanitätsdienst ausübt. Die Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz sind zwar nicht formell, aber faktisch eine militärische Einrichtung und dürfen geradezu als ein Teil der Armee angesehen werden.

Hiernach wird mancher meinen, daß alle, die dem Militarismus abhold sind, auch kein Verlangen danach haben werden, diesen Sanitätskolonnen anzugehören und an ihren Übungen teilzunehmen. Diese Annahme ist aber unzutreffend. Es gibt immer noch Leute, die da wähnen, auch der schärfste Gegner des Militarismus habe nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, im Kriegsfalle wenigstens zur Pflege der Verwundeten seine Hilfe und Mitarbeit anzubieten, falls er nicht selber am Totschiefen sich beteiligen muß. Solche Träumer werden nicht ohne Verwunderung vernehmen, was in Lichterfelde der Vorsitzende der dortigen Abteilung der Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz über das Recht der Zugehörigkeit zu den Sanitätskolonnen gesagt haben soll. Der Mann hätte, nach einem Bericht des „Lokalanzeiger“, vor versammelter Kolonne „ungefähr folgendes“ ausgeführt:

„Ein Samariter, der den Bedrängten, Hülfesuchenden Kranken und Verwundeten Hilfe bringen soll, ist nicht befangen auf andere Denkende den ersten Stein zu werfen. Es sei auch nicht die Pflicht und Aufgabe der Sanitätskolonne, darüber zu streiten, welcher politischen Richtung man angehört. Aber hier in dieser Sanitätskolonne, welche die von Seiner Majestät besoldete Uniform mit der schwarz-weiß-roten Kokarde trägt, kann ein Anhänger der sozialdemokratischen Richtung nicht aufgenommen werden. Wir schulden dem Kaiser unseren Respekt und Hochachtung, und die Sanitätskolonne vom Roten Kreuz kann nur dadurch erklären, wenn Männer zu derselben gehören, welche voll und ganz befeelt sind von Vaterlandsliebe und Königstreue. Unsere Versammlungen beginnen stets mit einem jubelnden Zuruf auf den Kaiser. Es wäre eine Freibeit, dieses Hoch auszubringen und es innerlich nicht zu fühlen. Deshalb werden diejenigen Herren, welche in dieses Hoch auf den Kaiser nicht freudig und gern einstimmen können, gebeten, doch wenigstens ehrlich zu sein und sich nicht in die Kolonne aufnehmen zu lassen.“

Der selbe Bericht des „Lokalanzeiger“ schildert sodann, wie der Vorsitzende den Versammelten den Dienst der Sanitätskolonnen erklärte, sie zu weiterer Mitarbeit aufzuforderte und schließlich das Kaiserhoch ausbrachte. „Die Vereinerung, die den Redner befeelte, hatte“ — so fährt der Bericht fort — „sich auch den Anwesenden mitgeteilt, und jubelnd erklang dieses Hoch durch die gefüllten Räume; manch Auge leuchtete, manch Herz schlug höher, als man den Worten des Vorsitzenden lauschte und dann einstimmte in das Nationalheil dir im Siegerkranz.“

Sehr schön gesagt! Für nicht minder schön gefagt wird der Herr Vorsitzende die Ausführungen halten, mit denen er — immer unter der Voraussetzung, daß der Bericht zutreffend ist — die Abweisung von Sozialdemokraten begründete. Wenn er aber ein bißchen über seine Kolonne hinaus denken will, so kann er leicht zu Schlussfolgerungen gelangen, die von Leuten seines Schlages gewöhnlich als sehr unpatriotisch bezeichnet werden. Eine „von Seiner Majestät besoldete Uniform mit der schwarz-weiß-roten Kokarde“ wird ja wohl auch vom Militär getragen. Auch den Soldaten wird der Grundsatz: „Wir schulden dem Kaiser unseren Respekt und Hochachtung“ zur Pflicht gemacht, auch von ihnen wird erwartet, daß sie „voll und ganz befeelt sind von Vaterlandsliebe und Königstreue“, auch sie werden bei manderlei Gelegenheiten aufgefordert, in einen „jubelnden Zuruf auf den Kaiser“ einzustimmen. Sollen deshalb auch in die Armee fortan „Anhänger der sozialdemokratischen Richtung nicht aufgenommen werden“? Will man von ihnen fordern, auch der Armee gegenüber „doch wenigstens ehrlich zu sein“ und „sich nicht aufnehmen zu lassen“? Da dürfte am Ende das Aushebungsgeßchäft sich ein bißchen sehr schwierig und nicht besonders ertragreich gestalten.

Die erste Seite dieser Bekenntnisse eines sozialistenfürchtigen Ritters vom Roten Kreuz ist die, daß hier einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt wird, wohin die Wünsche und Absichten unserer Gegner gehen. Sie wollen nicht mit uns Sozialdemokraten zusammen arbeiten, auf keinem Gebiete! Selten bekennen sie das so offen und ehrlich, wie in diesem Falle. Nun sie es mal, so kann man ihnen dafür nur dankbar sein, weil dadurch die wünschenswerten Klarheit geschaffen wird. Diese Abjage der Sanitätskolonnen an die Sozialdemokraten wird denen zu denken geben, die da immer noch meinen, daß es „neutrale Gebiete“ gebe, auf denen man mit der bürgerlichen Klasse zusammengehen könne.

Die Verkehrsverhältnisse der Linien- und Gollnowstraße waren in den achtziger Jahren Gegenstand der Verhandlungen zwischen Polizei und Magistrat. Sie führten dazu, daß im Jahre 1888/89 die Gollnowstraße mit einem erheblichen Kostenaufwande von Seiten der Stadt verbreitert wurde. Es wurden mehrere Häuser angekauft, abgebrochen und die Restparzellen nach Verbreiterung der Straße wieder verkauft. Nach polizeilichen Zählungen passierten am 11. November 1887 rund 20 000 Personen die Gollnowstraße. Auch der Wagenverkehr war damals schon ganz bedeutend. In den Hauptverkehrsstunden verkehrten dort damals 3000 Personen stündlich. Seitdem ist der Verkehr und damit die Schwierigkeiten der Passage an der Ecke der Linienstraße gewachsen. Am von der Gollnowstraße nach der Poststraße (Prenzlauer Tor) zu kommen, müssen die Fußworte vier scharfe Ecken mit Winkel von 90 Grad umfahren. Unfälle aller Art sind die Folgen dieser schwierigen

Passagen, die nur durch eine Verlängerung der Koststraße oder durch die Befestigung der Geden vermindert werden können. Zunächst sollen neue Vorstadtlinien festgelegt werden.

Neben dem Kampf um die von den Brauereien beschlossene Bierpreissteigerung geht noch ein anderer, und zwar einer der Zigarettenhändler, in dem es sich darum handelt, wer die Zigarettensteuer trägt. Die Berliner Zigarettenhändler sind durch das neue Zigarettensteuergesetz in eine recht unangenehme Lage gebracht. Die Zigarettenfabrikanten haben die Preise ihrer Waren nicht nur um die Zehnfache erhöht, sondern vielfach noch einen Extraaufschlag gemacht, so daß in den meisten Preislisten die Steuer nur von den Händlern getragen wird. Wie die Berliner Gastwirte nicht gewillt sind, sich die Erhöhung der Bierpreise allein auferlegen zu lassen, so wollen auch die Zigarettenhändler sich dagegen wehren, daß ihnen zugemutet wird, die Steuer allein zu tragen. Am Freitag, den 17. August, findet in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, eine Versammlung statt, in der die Zigarettenhändler Berlins und Umgebung zu dieser Frage Stellung nehmen werden.

Die Beschwerden der Anwohner des Viehhofes über den Gestank, der dort herrscht, sollen radikal beseitigt werden. Aus dem Rathaus wird nämlich berichtet: „Die Gerüche, die an heißen Tagen bei ungünstigem Winde der Septonfabrik an der Eldenaerstraße entströmen und zu wiederholten Beschwerden Veranlassung gegeben haben, sollen nunmehr radikal beseitigt werden. Es werden bezw. sind schon Vorkehrungen zur Verdrängung der Ausdünstungen getroffen; außerdem wird noch eine ganz besondere Einrichtung zur Beseitigung der Nebelstände geschaffen. Sie besteht im wesentlichen in einer sogenannten Regenvorrichtung, wodurch etwaige nach der Verdrängung der Ausdünstung noch entstehende Gerüche gebannt werden, d. h. für die Nachbarschaft nicht mehr lästig werden.“

Wenn's nur wahr wird, und nicht immer bei Verschleppungsversuchen bleibt!

Über den neuen Drohschiffen wird jetzt gemeldet, daß in neueren Konferenzen zwischen Magistrat und Polizeipräsidentium eine Verständigung dahingehend erfolgt ist, daß lediglich die Grundtage für Pferde-, Schweine- und Rindfleisch von 50 Pf. auf 70 Pf. erhöht wird, die Verkleinerung der Taxen (Fortfall der Taxe 1), die eine weitere Fahrpreisverteuerung bedeutet, aber unterbleibt. Bei den elektrischen Drohschiffen, deren Grundtage jetzt schon 80 Pf. beträgt, soll überhaupt keine Tarifänderung vorgenommen werden. Eine Preissteigerung soll hier nur bei den Gebühren für die Wartezeit eintreten, die auf drei Mark pro Stunde, oder 75 Pf. pro Viertelstunde festgesetzt werden soll. Eine Deputation des Verbandes der Fußverkehrsbereine Berlins und Umgebung, die die dieser Lage beim Berliner Magistrat wegen der Tariffrage vorstellig wurde, erhielt vom Stadtrat Böhm die Auskunft, daß der Magistrat sich neuerdings für die vorstehende Form der Tarifsteigerung entschieden habe.

Die vorläufige Beschlagnahme von fünf Pf. Pferdefleisch in der Wurstfabrik von H. Schwarz, Svinemünderstraße, auf deren Rechnungen sich der Vermerk befindet, daß sie ihre Wurstfabrikate nur aus reinem Rind- und Schweinefleisch herstellt, ist, wie die „Allg. Fleisch-Bez.“ berichtet, nunmehr bestätigt worden, nachdem die inzwischen erfolgte amtliche chemische Untersuchung ergeben hat, daß das Fleisch in der Tat Pferdefleisch ist. Die gerichtliche Untersuchung ist bereits eingeleitet und man darf hoffen, daß es gelingt, Licht in dieses dunkle, die reelle Wurstfabrikation schwer schädigende Treiben zu bringen. Es handelt sich dabei um sehr bedeutende Umläge, denn der Fleischlieferant der Firma Schwarz verbraucht wöchentlich 150 Zentner Pferdefleisch. Sogar die Kochschächter beginnen schon über diese Konkurrenz zu klagen, die ihnen die Pferde wegkaut und verteuert. Fast die gesamten Fabrikate der Firma Schwarz werden von der hiesigen „Union-Gesellschaft“ gekauft, die sie an Kolonialwarenhändler usw. vertreiben läßt.

Opfer der Hitze.

Die nachteiligen Begleiterscheinungen, die bei der vergangenen Hitzeperiode auftraten, zeigen sich auch wieder seit Dienstag. Menschen und Jungtiere haben unter den Einwirkungen der hohen Temperatur, die gestern mittig im Schatten weit über 30 Grad betrug, ganz außerordentlich zu leiden und leider sind auch bereits wieder eine Reihe von Hitzschlägen zu verzeichnen. Der Mitfahrer Ostler Wind, Werstr. 33 wohnhaft, wurde Dienstagmittag während der Fahrt nach dem Steinhilber Bahnhof plötzlich von einem Hitzschlag getroffen und fiel benimmungslos vom Wagen auf die Straße hinab. Bei dem Sturze zog er sich einen schweren Unterarm- und Rückenbruch zu und auf der Infirmität in der Eichenborffstraße erhielt er die erste ärztliche Hilfe. — Einen tödlichen Ausgang nahm ein Hitzschlag, von dem der Kutscher Hermann Schütte in Kummelsburg getroffen wurde. Als Sch. beim Passieren der Neuen Prinz Albrechtsstraße die Hitzperiode kreuzte, kam er plötzlich bewußtlos nieder und starb nach wenigen Minuten an den Folgen eines Hitzschlages. Die Leiche wurde nach der Halle des Begräbnisplatzes in Kummelsburg übergeführt. — Auf dem Kettelbeckplatz wurde eine ältere unbekannt, anscheinend dem Arbeiterstande angehörende Frau von einem Hitzschlag getroffen und in bewußtlosen Zustande in das städtische Krankenhaus eingeliefert. — Auch unter den Pferden macht sich die verheerende Wirkung, die durch die hohe Temperatur hervorgerufen wird, wieder recht stark bemerkbar und eine ganze Reihe vom Hitzschlag getroffene Tiere mußten bereits der Abdeckeri überwiesen werden.

Inhaber von Fahrrädern werden auf die sich mehrenden Fahrrad- diebstähle aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, auf ihre „treuen Begleiter“ zu achten. Ein gefährlicher Fahrradmarbler hat sich seit einiger Zeit in den westlichen Vororten mit großem Erfolg „etabliert“. Fast tagtäglich werden dort, speziell in Charlottenburg, Diebstähle an Fahrrädern verübt und die Art und Weise, in der sie zur Ausführung gelangen, deutet darauf hin, daß der Urheber immer dieselbe Person ist. Mit Stenmer-Bild sucht sich der Marbler, der übrigens ein äußerst geschickter Fahrer sein muß, wertvolle Näder aus, die für kurze Zeit unbeaufsichtigt auf der Straße stehen und in dem Augenblick weniger Sekunden ist dann der Diebstahl verübt. So gelangen dem dreisten Vurschen Fahrrad- diebstähle vor dem Hause Potsdamerstr. 38, Schillerstr. 66, am Eingangsportale des Bahnhofs Zoologischer Garten, in der Kant-, Schloß-, Niebuhrstraße usw.

Zwischen den Buffern. Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich gestern nachmittag auf dem Lagerplatz der Eisenhandlung von Scheweiger u. Döbler in der Ritterstraße 108/9 zugetragen. Der Schlosser Ernst Döl war mit mehreren Kollegen damit beschäftigt, eiserne Rollen wegzutransportieren. Infolge einer unvorsichtigen Bewegung geriet O. zwischen die Buffer zweier Wagen. Er wurde an der Brust eingeklemmt und mußte, nachdem er auf der Unfallstation in der Warkauerstraße die erste Hilfe erhalten, in bedenklichem Zustande dem Krankenhaus Am Friedrichshain zugeführt werden.

Ein großer Metalldiebstahl ist gestern in der Mühlenstraße verübt worden. Es werden dort gegenwärtig elektrische Kabel verlegt, und ein großer Posten Messinggläserhülle war vor dem Grundstück Mühlenstr. 24 aufgelagert. Eine Diebesbande hat sich diese Gelegenheit zunutze gemacht und den größten Teil der Gläserhülle im Werte von etwa 600 M. gestohlen. Die dreisten Vurschen konnten ganz ungehindert am hellen Tage arbeiten, da jedermann glaubte, sie seien zur „Fortschaffung“ der schweren Gegenstände beauftragt.

Was alles vergessen wird. Über 20 000 Gegenstände sind in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli in den Wagen der Großen Berliner Straßenbahn und den mit dieser vereinigten Gesellschaften gefunden worden und haben zur Aufspeicherung eines förmlichen Warenanlagers in den Kellerräumen des Verwaltungsgebäudes am Leipziger Platz geführt. Was alles von Fahrgästen „vergessen“ wird, darüber gibt ein Rundgang durch die Fundkammer einen interessanten Aufschluß. Inmeist sind es Schirme und Stöcke, die in den Wagen sitzen gelassen werden, von denen etwa zurzeit 6000 Stück daselbst angelagert sind. Zur Vervollständigung eines Herren- und Damen-

artikelgeschäftes können große Kartons, Hüte, Handschuhe, Strümpfe, Stiefel, Gamaschen in allen Größen und Ausführungen dienen, ebenso Kravatten, Fächer, Schleifen, Weiswäse; ja sogar eine vollständige Brautausstattung harrt dort der Auserziehung. Täglich werden in den Wagen bis zu zwanzig Stück Damenhandtaschen gefunden und auf die Vergeßlichkeit des schönen Geschlechtes deuten ferner Theatergläser, Pompadours und ähnliche Gegenstände. Freilich beweisen Haus- und Geldschrankschlüssel, Taschmesser, Bleistifte und Schreienutskilien, daß auch die Herren der Schöpfung recht vergeßlicher Natur sind. In den Morgenstunden werden hauptsächlich Schulbücher, ganze Schulranzen, Frühstücksflaschen, Kaffeekannen, Bierflaschen mit und ohne Inhalt gefunden. In den späteren Vormittagsstunden finden die Schaffner dann in den Wagen, nach dem Zertreten und den städtischen Voranlagen hinaus, Spielkarten aller Art, hauptsächlich Puppen, ja sogar gefüllte Milchflaschen, ein Beweis, daß auch die „Kinderfräulein“ recht vergeßliche Damen sind. Die Wagen der Linien, die nach den Vororten führen, liefern Spaten, Sägen und anderes Handwerkzeug in die Fundkammer. So mancher Rechtsanwalt kommt wohl in Verlegenheit durch vergessene Aktenmappen, welche in den nach den Gerichtsgebäuden führenden Linien verloren gehen und später in der Fundkammer der „Großen“ ein bescheidenes Dasein führen. Auch Trauringe sind in den Straßenbahnwagen gefunden worden. Ueber hundert derartiger „Eheflecken“, die zurzeit am Leipziger Platz lagern, sind zumeist in der Winterzeit verloren und gehören zum größten Teile dem schwächeren Geschlecht. Zu den Fundstücken gehören auch Wertgegenstände, wie Uhren und schwere goldene Uhrketten, kostbare Brillenringe und Armbänder, Portemonnaies mit Inhalt bis zu 300 M.; ja selbst ein Paket mit Wertpapieren in Höhe von 12 000 M. wurde in einem Straßenbahnwagen verloren, welches der Berliner merkwürdigerweise erst eine Woche später reklamirte. Das Fundbureau erhält durch die Vergeßlichkeit der Fahrgäste Kenntnis von allen neu erschienenen Werken des Buchhandels. Die Musikalienabteilung ist reich assortiert durch Noten, Trompeten, Selgen und andere Musikinstrumente, ja sogar der Notensänder fehlt nicht. Das Drogen- und Chemikalienlager der Fundbureau besteht aus Teesorten aller Art, Seifen, Parfüms, Farben, ganze Ballons Dole, destilliertem Wasser z. Am stärksten ist die Vergeßlichkeit der Fahrgäste in den Morgenstunden. Die Verlierer der Gegenstände sind Schüler und Arbeiter. In auffälliger Weise aber nimmt die Vergeßlichkeit des Publikums mit der Ausdehnung des Nachtbetriebes und der Verlängerung der einzelnen Linien zu. Bemerkenswert ist ferner, daß auch die Bauart der Wagen für die Nachlässigkeit des Publikums von Bedeutung ist. In den Wagen mit langen Sitzbänken werden verhältnismäßig viel weniger Gegenstände gefunden, als in den bequemeren Bechelswagen, in denen die Bänke mit Polsterfüßen versehen sind.

Aus dem Fenster gestürzt. Dienstagabend nach 9 Uhr fiel die 11jährige Tochter Biola der Plätterin Witwe Wittner aus dem im zweiten Stockwerk des Hauses Admiralsstr. 92 belegenen, zur mitternächtigen Wohnung gehörenden Koffettfenster aus unbekannter Ursache auf den asphaltierten Hof hinab. Ein herbeigerufener Arzt legte der Schwerverletzten einen Notverband an und ließ sie nach dem Krankenhaus am Urban schaffen, wo man einen komplizierten Bruch des linken Unterarmes sowie eine erhebliche Verletzung am Gesicht feststellte.

Die Opfer der Brandkatastrophe in der Eisermannschen Spiritusfabrik sind gestern unter allgemeiner Teilnahme beerdigt worden, betrauert von ihren Familienangehörigen, denen ein grausames Geschick den Ernährer raubte. Ein grausames Geschick? Nun, wie man's nimmt. Von den Arbeitern, die jenen Betrieb kennen, wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß dieser betäubende Verlust von Menschenleben höchstwahrscheinlich nicht zu beklagen gewesen wäre, wenn der Kellerraum, in welchem die folgenschwerere Explosion erfolgte, Notausgänge gehabt hätte. Es existierte dort aber nur ein einziger Ausgang, wodurch es auch unmöglich wurde, daß die auf der Galerie tätigen beiden Arbeiter sich zu retten vermochten. Wären hier Notausgänge vorhanden gewesen, so war diesen Arbeitern zum mindesten die Möglichkeit gegeben, den Kellerraum zu verlassen. Schon bei der Lohnbewegung der Eisermannschen Spiritusfabrik im Februar d. J. war in den Forderungen der Fabrik enthalten: Schaffung besserer hygienischer Einrichtungen im besonderen Hinblick auf die Lebensgefahrlichkeit des Betriebes. Wäre es damals zu Verhandlungen mit der Organisationsleitung gekommen, so würde der Mangel an Notausgängen im Kellerraum zweifellos zur Sprache gebracht worden sein. Herr Eisermann lehnte jedoch alle Verhandlungen brüsk ab. Die Folge war, daß die damaligen Arbeiter der Kellerräumung sich andere Beschäftigung suchten und dem Betriebe den Rücken kehrten. Man kann sagen: zu ihrem Glück. Vielleicht lägen sie sonst heute als Opfer der Sparsamkeit des Herrn Eisermann verbrannt und verstümmelt im Grabe. Außer dem Vorarbeiter, der sich an jener Lohnbewegung von vornherein nicht beteiligte, war einer der Berufungsläden tatsächlich ein Arbeitswilliger vom Februar freil. Hoffentlich werden jetzt bei der erforderlich gewordenen Neuordnung der Fabrik die so dringend notwendigen Einrichtungen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter geschaffen. Wenn damit Unglücksfälle obiger Art auch nicht mit absoluter Sicherheit verhindert werden können, so läßt sich ihnen doch innerlich bis zum gewissen Grade vorbeugen.

Ein zusammengebrochener Kartoffelwagen verursachte Dienstagabend in der Gegend der Bad- und Hochstraße eine längere Verkehrshinderung. Eine Kiste des schwer beladenen Arbeitswagens war auf den Gleisen der Straßenbahn gebrochen, und es bedurfte längere Zeit, ehe das Verkehrshindernis beseitigt werden konnte. Als die Wagen der Straßenbahn, die sich zu einem mächtigen Wagenpark angeammelt hatten, ihre Fahrt fortsetzen wollten, stellte sich ihnen ein neues Hindernis entgegen. In den Schienen hatten sich die Kartoffeln festgeklemmt und eine breitartige Masse gebildet, die das Vorwärtskommen der Bahnen hemmte. Mit Hilfe von Sand wurde nun dieses zweite Hindernis überwunden und dann konnte endlich, nach fast einer Stunde, der Betrieb nach und nach wieder vorstößen gehen.

Der Vorfall hatte viele Hunderte von Menschen angelockt und junge Vurschen machten sich das Privatvergnügen mit den umherliegenden Kartoffeln ein regelrechtes Bombardement zu eröffnen, während andere die Gelegenheit benutzten, um zu billigen Kartoffeln zu kommen.

Durch einen herabstürzenden Planerstein lebensgefährlich verletzt wurde Dienstagnachmittag der 20jährige Arbeiter Paul Schillingen-dorf, Adersstr. 51. Sch. war auf dem Neubau Leipzigerstr. 68 mit dem Abladen von Baumaterialien beschäftigt und als er über den Hof schritt, stürzte plötzlich aus der Höhe der dritten Etage ein Planerstein herab und traf den Arbeiter mit solcher Gewalt auf den Kopf, daß ein Schädelbruch herbeigeführt wurde. Sch. brach bewußtlos zusammen und wurde nach der Unfallstation in der Kronenstr. gebracht, von wo seine Ueberführung in das Krankenhaus Roabit erfolgte.

Feuerbericht. In der letzten Nacht um 3 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Johannisstr. 22, Waldemarstr. 29 und Klosterstr. 37 gerufen. In der Klosterstraße, Ecke der Sieberstraße, standen Wodenverklänge mit dem Dachstuhl in Flammen. Die Feuerwehr eröffnete den Angriff über eine große mechanische Leiter und es gelang, die Flammen auf den Dachstuhl zu beschränken. An den anderen beiden Stellen brannte ein Keller und Stall usw. auf dem Hofe. Um 1 Uhr nachts brannte in der Friedrichstr. 127 Papier usw. und in der Perlebergstr. 15 ein Baumstamm u. a. Gardinen, Wäsche, Papiergewinde und anderes wurden in der Wilmenshal-straße 18, Uferstr. 4, Vintenstr. 151 und anderen Stellen ein Raub der Flammen. Der 19. Löschzug hatte längere Zeit in der Kronenstr. 26 zu tun, wo ein Wädelkeller in Flammen stand. Durch kräftiges Wassergeben wurde der Brand auf den Keller beschränkt.

Besten früh um 9 Uhr brannten in einem Keller in der Warkauerstraße 25 Brennmaterialien. Ferner liefen noch Feuermeldungen aus der Schivelbeinerstr. 3, vom Karlsplatz und anderen Stellen ein. Der 11. Löschzug hatte außerdem am Hafen am Urban zu tun, wo ein Pferd aus dem Landviehstall geholt werden mußte, das dort ins Wasser gestürzt war und sich in einer Notlage befand.

Vorort-Nachrichten.

Nowawes-Neuendorf.

Die Vereinigung der beiden Gemeinden Nowawes und Neuendorf ist einstimmig beschlossen — das ist das Resultat der am Montag im Neuendorfer Rathaus stattgefundenen gemeinschaftlichen Gemeindevertreterversammlung beider genannten Orte. Als Vertreter des Landrats wohnte Kreisdirektor Hannemann der Sitzung bei und leitete dieselbe. Derselbe erläuterte die Verhältnisse, die die Vereinigung notwendig machen, und betonte, daß die Kreisverwaltung den dringenden Wunsch habe, daß sich die kleinen Gemeinden zu großen, leistungsfähigen zusammenschließen. Demgemäß haben auch in den letzten Jahren mehrere Zusammenlegungen von Gemeinden, Kolonien und Gutsbezirken des Kreises stattgefunden; alle diese vereinigten Gemeinden haben den Zusammenschluß als einen Segen empfunden. Nowawes sei noch die einzige von Friedrich dem Großen gegründete Kolonie, die noch nicht mit einer anderen Gemeinde verschmolzen sei. Obwohl die von Nowawes und Neuendorf ausgeschiedenen Kommissionen einstimmig sich für die Vereinigung ausgesprochen hätten, seien in letzter Zeit in der Bürgerchaft und Presse doch Stimmen laut geworden, die sich gegen eine sofortige Vereinigung erklärten; demgegenüber müsse er betonen, daß nur durch die Zusammenlegung das Schul-, Armen-, Straßenbauwesen, Kanalisation usw. fortschrittlich ausgebaut werden können; auch lassen sich dadurch bedeutende Ersparnisse an Verwaltungskosten herbeiführen; er ersuche daher, dem vorgelegten Vertragstexte die Zustimmung zu geben. Die hierauf folgende Beratung des von den beiderseitigen Kommissionen ausgearbeiteten Vereinigungsvertrages zeitigte eine recht lebhafte Debatte. Von Neuendorfer Seite wurde verlangt, daß die definitive Beschlußfassung über die Vereinigung noch vertagt werden möge, damit die Bürgerchaft erst noch über die Frage aufgeklärt werden könne. Von Nowaweser Seite hingegen wurde geltend gemacht, daß die Frage so lange in der Schwebe sei, daß man behaupten könne, wer heute über die Sache noch nicht klar sei, würde es auch in zehn Jahren nicht werden. Bei einer Vertagung der Beschlußfassung würden beide Gemeindeverwaltungen auf einen toten Strang geraten, wo sie weder rückwärts noch vorwärts könnten; die Kanalisation würde schwer darunter leiden, da sie ohne den Bau eines Elektrizitätswerkes nicht in Betrieb genommen werden könnte. Auch die Frage, ob die Regierung nach der Vereinigung der erweiterten Gemeinde den bisher an Nowawes gezahlten außerordentlichen Zuschuß von 21 000 M. jährlich zu den Schullasten weitergewähren würde, wurde angeworfen und angeregt, ob diese Subvention nicht der Regierung zur Bedingung gemacht werden könne. Direktor Hannemann erklärte, daß sich die Regierung über die Weitergewährung des Zuschusses keine Vorschriften machen lassen könne; er dürfe aber versichern, daß der Landrat die Weiterzahlung der Schullastsubvention warm befürworten werde, und es sei alle Aussicht vorhanden, daß, wenn die neue Gemeinde nicht in eine bedeutend günstiger finanzielle Lage gelange wie Nowawes, die Unterstützung weitergezahlt werde. Auch die Frage der Kirchensteuer, die in Neuendorf im Betrag von 20 Proz. erhoben wird, während in Nowawes eine solche nicht eingeführt ist, sondern die Kirchenverwaltung aus den Mitteln der politischen Gemeinde Zuschüsse erhält, wurde erörtert, und erklärte Direktor Hannemann, daß nach der Verschmelzung wohl eine Kirchensteuer für den neuen Ort eingeführt werden müsse, da sich die politische Gemeinde kaum entschließen würde, alle Ausgaben zu beden, die die Kirchenverwaltung beschließt. Nach einigen weiteren Ausführungen wurde der vorgelegte Vertragstext mit einigen Abänderungen angenommen. Derselbe besagt u. a., daß die neue Gemeinde am 1. April 1907 ins Leben treten soll; die Vertretungen beschließen, beim Könige zu beantragen, der neuen Gemeinde den Namen Fabelsdorf zu verleihen.

Da in letzter Zeit in Neuendorf die Lehrgelder erhöht wurden und somit höher als in Nowawes sind, verbleibt letzterer Gemeinde das Recht, ihre Lehrgelder mit rückwirkender Kraft ab 1. April 1906 nach dem Neuendorfer Besoldungsplan zu regeln.

Die Mitglieder des Gemeindevorstandes — Gemeindevorsteher und Schöffen — von Neuendorf und Nowawes, die Gemeindeverordneten dieser Gemeinden sowie der Amtsvorsteher des Amtsbezirks Nowawes-Neuendorf legen ihre Ämter mit dem 1. April 1907 nieder.

Die Gemeindevertretung der neuen Gemeinde Neuendorf-Nowawes soll bestehen aus a) 1 besoldeten Gemeindevorsteher, b) 6 Schöffen und c) 24 Gemeindeverordneten.

Die Neuwahlen sind so frühzeitig vorzunehmen, daß die neue Vertretung die Beratungen über den Etat 1907 und über die damit in Verbindung stehenden Vorlagen vor Ablauf des Etatsjahres 1908 zu Ende führen kann.

Da die Steuerzuschläge in beiden Orten nicht die gleichen sind, erfolgt die Aufstellung der Wählerlisten nach einem Satze von 120 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer, 100 Proz. Gewerbesteuer, 3 vom Tausend Grundversteuern, 50 Proz. Vertriebssteuer.

Da die einzelnen Positionen des Vertrages einstimmig angenommen wurden, gab auch die Neuendorfer Vertreter ihren Widerstand gegen die sofortige Beschlußfassung auf, und so wurde der ganze Vertrag einstimmig angenommen, was von der Vertretung und den zahlreich anwesenden Zuhörern mit Handklatschen begrüßt wurde. Direktor Hannemann beklundmühte die Gemeindevertreter zu dieser Abstimmung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Vereinigung den beiden Gemeinden zum Segen gereichen möge. Nachdem die beiden Gemeindevorsteher Herrn Hannemann für seine Mitwirkung gedankt, wurde die denkwürdige Sitzung geschlossen.

Lichtenberg.

Der als vermißt gemeldete vierjährige Sohn des Restaurateurs Worliger aus der Gürtelstraße in Lichtenberg konnte am gestrigen Tage den Eltern wieder zugeführt werden. Der Kleine hatte mit anderen Kindern an einem Laubenteis teilgenommen und war auf dem Festplatze „ausgelassen“ worden, ohne daß sich die Eltern gemeldet hätten. Eine Frau nahm sich des Kindes an und gewährte ihm in ihrer Wohnung Unterkunft, leider jedoch, ohne der Polizei sofort Mitteilung zu machen. Erst die polizeiliche Befragung machte von dem Verschwinden des kleinen B. veranlaßte die Frau, sich zu melden und den Eltern das Kind zu überbringen.

Witterungsüberblick vom 15. August 1906, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer, hand man | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. G. 10 u. 4 u. p. n. | Stationen | Barometer, hand man | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. G. 10 u. 4 u. p. n. |
|-------------|---------------------|--------------|------------|--------|------------------------------|-----------|---------------------|--------------|------------|--------|------------------------------|
| Eminende | 758.50 | | 5 heiter | 20 | Daprunnda | 760.20 | | 4 bedeckt | | 15 | |
| Dandburg | 757.50 | | 4 bedeckt | 19 | Beiersburg | 767.20 | | 3 wolkenl. | | 15 | |
| Berlin | 758.50 | | 4 heiter | 21 | Schiff | 756.50 | | 4 wolflig | | 15 | |
| Frank a. M. | 760.50 | | 3 bedeckt | 17 | Aberdeen | 751.50 | | 1 heiter | | 13 | |
| Randern | 763.50 | | 4 bedeckt | 17 | Paris | 762.50 | | 3 bedeckt | | 15 | |
| Wien | 761.50 | | — wolkenl. | 19 | | | | | | | |

Wetterprognose für Donnerstag, den 16. August 1906.

Ein wenig kühler, zeitweise heiter, vorwiegend wolflig mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 14. August. Elbe bei Ruffig — 0,40 Meter, bei Dresden — 1,73 Meter, bei Bayreuth — 0,99 Meter. — Unstrut bei Strahburg — 1,40 Meter. — Oder bei Ratibor — 1,12 Meter, bei Breslau Oberpegel — 4,80 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,62 Meter, bei Frankfurt — 0,88 Meter. — Rheine bei Wehrmünde — 2,42 Meter. — Rarthe bei Woten — 0,02 Meter.